

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



28. November 1986
Jg. 7 Nr. 24

G 7756 D

Preis:
2,50



4. Familienbericht: Weiterer Ausbau der familiären "Dienstpflicht" geplant
Seite 8



Philippinen: Rechtsputsch mit Aquino-Fassade zur Bekämpfung der Revolution
Seite 15



Bundestagswahlen: CDU, CSU und FDP festigen ihr Bündnis. Sie nehmen Forderungen von reaktionären Verbänden auf
Seite 34

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-
gesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

USA: Wahlschlappe für Reagan dämpft Vormarsch der Reaktion .. 4

Hamburg: Große Koalition nach den Bundestagswahlen 7

UdSSR/BRD: Zum Tode Moltows 7

4. Familienbericht: Weiterer Ausbau der familiären "Dienstpflicht" geplant 8
"Pflegesicherung" in der Familie.. 9

Nach den Gewerkschaftsunternehmen: Jetzt geht es auch gegen kommunale Versorgung und Versicherungsleistungen! 10
Vom Oppositionsinstrument zum Regierungsknöppel 11

Auslandsberichterstattung

Spanien: Der Heilige Isidoro, die EG und die NATO 12
Ni OTAN, ni Yankees 13

Frankreich: Krankenhausreform und Kostendämpfung geplant 13

Indien: Kommunistische Parteien vor Zusammenschluß? 14

Jugoslawien: "Notprogramm" der Regierung 14

Albanien: 9. Parteitag der PdAA verabschiedet Fünfjahrplan 15

Philippinen: Rechtsputsch mit Aquino-Fassade zur Bekämpfung der Revolution 15

Internationale Meldungen 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:

Polizeiknüppel - "GRÜN" gerechtfertigt 18

Verkäuferinnen: Arbeitsperspektiven und Familie 18

SPD-Wirtschaftspolitik am Beispiel Hessens 18

"Auf meinem Vater liegt kein Makel" 18

Kongreß der Grünen: "Zukunft des Streiks - Streik der Zukunft". 19
Abschlußerklärung - Auszüge.... 20

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Polizeiaktion

gegen Anwaltsbüro

Am Donnerstag, den 13.11.86, durchsuchten Staatsanwaltschaft und politische Polizei die Kanzleiräume von zwei Freiburger Rechtanwälten. Grund: Die Staatsanwaltschaft München ermittelte gegen Unbekannt wegen einer beleidigenden Äußerung gegen einen Richter in einem Protestbrief des Antiklerikalen Arbeitskreises der Bunten Liste in Freiburg. Dieser Münchner Richter hatte in einem Strafverfahren gegen einen Selbstständigen, der sich geweigert hatte, die Kirchensteuer seiner Angestellten abzuführen, eine psychiatrische Zwangsuntersuchung angeordnet. In dem Protestbrief war dagegen protestiert und erklärt worden, das Vorgehen des Richters erinnere "an die dunkelsten Kapitel der deutschen Rechtsgeschichte". In dem daraufhin eingeleiteten Strafverfahren sollte nun die Identität des Briefunterzeichners festgestellt werden. Die Vorsitzende der Bunten Liste wurde als Zeugin geladen und soll unter Androhung von Zwangshaft dazu gebracht werden, den Unterzeichner des Briefes zu nennen. Sie weigerte sich und nahm sich einen Anwalt, der in zahlreichen Verfahren Bunte Liste Mitglieder vertreten hatte, vor allem in Prozessen wegen Gotteslästerung. Daraufhin wurde jetzt dessen Mandantenkartei durchforstet. Die Anwälte haben bei der Kammer und dem Anwaltsverein gegen diesen Eingriff in Verteidigerrechte protestiert. - (mim)

Wiedergutmachungsbericht: Zeit ist Geld

Der auf Initiative der SPD hin und mit Unterstützung der Grünen angeforderte Bericht der Bundesregierung über "Wiedergutmachung" und "Entschädigung" an Opfern der NS-Herrschaft ist veröffentlicht. Er enthält zahlreiche die Opfer entwürdigenden und verhöhnelnden Feststellungen und ist im ganzen darauf angelegt, herauszustreichen, welche Unsummen der Steuerzahler all die Jahre schon hinblättern mußte. Die Summe von 77 Mrd. DM hört sich gewaltig an, auf wieviele Geschädigte sich dieser Betrag mit größtenteils lächerlichen Summen teilt, ist nur durch mühseliges Zusammensuchen aus allen Einzelleistungen (Renten, Einmalzahlungen, Sozialversicherung, Öffentlicher Dienst etc. und nur mit Schätzungen) zu ermitteln. Über die Zahl der Nichtentschädigten enthält der Bericht keine zuverlässigen Angaben. Üble Entschädigungspraktiken werden gerechtfertigt. Z.B. daß die unter Mengèle durchgeführten Zwillings- "untersuchungen" nicht zu Gesundheitsschäden führten, die Bestrafung homosexueller Betätigung sei nach den nach strafrechtlichen Vorschriften durchgeführten Verfahren weder

NS-Unrecht noch rechtsstaatwidrig, ebenso gelte dies für Wehrkraftersetzung, Fahnenflucht usw. SPD und Grüne brachten Entwürfe für zusätzliche Leistungen an bisher nicht Entschädigte ein. Der Zentralrat der Sinti und Roma übergab der SPD eine Liste von 435 NS-Verfolgten, denen trotz mehrerer Jahre KZ-Haft Entschädigungsrenten verweigert werden. Der Bericht sei geeignet, die systematische Benachteiligung von Sinti und Roma zu kaschieren. 95 Prozent der Anträge nach der Härte- regelung von 1981 seien abgelehnt worden. Der Zentralrat forderte erneut, u.a. in einem offenen Brief an Kohl, eine monatliche Mindestrente von 1000 DM für alle bisher unzureichend entschädigten NS-Verfolg-



ten. Der Staatssekretär im Finanzministerium Voss (CSU) machte sich lustig, alle materielle Wiedergutmachung für das von den Nationalsozialisten begangene Unrecht müsse unzulänglich bleiben. Neue grundsätzliche Erkenntnisse, die zusätzliche Maßnahmen erforderten, hätten sich nicht ergeben. - (düb)

Föderation von Emigranten in Europa gegründet

Das europäische Komitee für die Verteidigung der Flüchtlinge und Einwanderer (C.e.d.r.i.) teilt mit, daß am 1. und 2. November in Basel ein Kongreß stattgefunden hat, auf dem sich die Föderation der Emigranten in Europa (F.E.E.) gegründet hat. Vertreter von Emigranten-Organisationen aus 26 Staaten beschlossen die Gründung, darunter die Befreiungsorganisationen aus Azania, die Kommission der philippinischen Wanderarbeiter, die Vereinigung afrikanischer Arbeiter in Frankreich, die lateinamerikanische Arbeitervereinigung. Die F.E.E. wendet sich insbesondere gegen die Komplizenschaft zwischen den europäischen Staaten und Regierungen in Staaten der Dritten Welt, aus denen die Flüchtlinge stammen. F.E.E. will der wirtschaft-

lichen, politischen und sozialen Knebelung der Dritten Welt und dem Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit und dem Flüchtlingshass entgegentreten. Sie sieht es als eine wichtige Aufgabe an, für elementare Rechte der Emigranten und Flüchtlinge in Europa zu kämpfen, dazu gehört auch das Recht, selbständig für den Lebensunterhalt zu sorgen und vor Abschiebung geschützt zu sein. Die Delegierten richteten einen Aufruf "1. an die demokratisch gesinnten Bürger und Organisationen in den Ländern Europas, damit sie – solange noch dazu Zeit ist – aufstehen, um die Pest des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit zurückzudrängen. 2. An unsere Kollegen, die Emigranten, und ihre Organisationen, damit sie durch ihren Beitritt zur F.E.E. die dringend notwendige Einheit stärken. Denn, so heißt es in der Gründungspräambel: 'Allzuoft sind wir Emigranten schon zu einer Art Spielball bei Wahlen der unter krankhaften Zuckungen leidenden Gesellschaften gemacht worden. Wir glauben besser als irgendjemand in der Lage zu sein, den Völkern Europas zu erklären, wer wir sind'." – (uld)

BDI treibt die Regierung: Lohnkürzung im Staatsdienst!

Einer der Schwerpunkte des Jahresberichts des BDI ist die Kritik an der Politik der Regierungskoalition in den öffentlichen Haushalten: Laut "Handelsblatt" vom 24.11. erklärte der Kapitalistenverband:

"Trotz aller Bemühungen stehe der Gesundungsprozeß der öffentlichen Haushalte noch erst am Anfang. Noch immer werde ein zu großer Teil der gesamtwirtschaftlichen Leistung vom Staat beansprucht und umverteilt ... Die Kehrseite sei eine Steuer- und Abgabelast, die sowohl die Investitionskraft der Unternehmen als auch die Konsumkraft der privaten Haushalte

schwäche. Unbefriedigend sei das bisher Erreichte bei der dringend erforderlichen Umschichtung der staatlichen Ausgabenstruktur. Die 'qualitative Konsolidierung' komme nicht voran: Personalausgaben und andere konsumtive Ausgaben prägten auch heute noch die Dynamik der öffentlichen Haushalte. Einem Zuviel bei den konsumtiven Ausgaben stehe ein Zuwenig bei den öffentlichen Investitionen gegenüber ... Die bisherige Praxis, finanzielle Engpässe durch Kürzung der Investitionsvorhaben zu meistern, müsse ein Ende haben."

Der BDI verlangt von allen Regierungsebenen, erstens die Lohnkürzungen und Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst beschleunigt voranzutreiben. Schon bisher war Praxis, daß z.B. die Kommunen wegen fehlender Einnahmen Stellen strichen, in Halbtagsstellen oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen umwandelten oder Teile der staatlich organisierten Dienstleistungen privatisierten und auf diesem Wege Lohnsenkungen durchsetzten. Das soll verstärkt werden. Zum zweiten will der BDI den "konsumtiven Bereich", das heißt z.B. Sozialhilfe, Finanzierung von Kindergärten, Sportstätten, Spielplätzen usw. empfindlich beschnitten wissen. Jegliche staatlichen Zuschüsse an Sozialversicherungen sollen unterbleiben.

Interessant ist, daß der BDI, der lange Jahre gegen die Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden polemisiert hat, gegenüber der CDU/CSU/FDP-Regierung diesen Kurs nicht so einfach fortsetzt. Staatsverschuldung soll sein, schließlich gehört die Staatsschuld in der Hauptsache den Kapitalisten. Aber die Staatsschuld und die Staatstätigkeit sollen nur den Kapitalisten zugute kommen – über vermehrte Investitionen von Bund, Ländern und Gemeinden. – (uld)

Arbeitstreffen gegen reaktionäre Gesundheitspolitik

Am 13./14. Dezember findet in Hannover ein "Arbeitstreffen gegen reaktionäre Gesundheitspolitik" statt. Ziel dieses Arbeitstreffens ist die bessere Koordination von örtlich oder landesweit tätigen Arbeitsgemeinschaften im Gesundheitswesen. Ein Instrument für die bessere Koordination soll ein "Informationsdienst Gesundheitswesen/Gesundheitspolitik" werden.

Konferenzort:

Hannover, Freizeitheim Lister Turm, Waldseestr. 100

Das Arbeitstreffen beginnt am 13.12. um 13.30 Uhr mit dem Plenum. Dort wird über "Politische Grundsätze" für einen "Informationsdienst Gesundheitswesen/Gesundheitspolitik" beraten, ein Koordinationsausschuß gewählt, eine Redaktion eingerichtet und werden Fragen der Finanzierung entschieden. Ab 17.00 Uhr sollen in Arbeitsgruppen verschiedene Themenbereiche bearbeitet werden. Am Sonntag (9.00 Uhr bis 12.00 Uhr) sollen deren Ergebnisse im Plenum als mittelfristige Vorprojektierung für den Informationsdienst zusammengefaßt und soll über dessen Gestaltung und Gliederungsabschnitte beraten werden.

Anmeldungen und Bestellungen von Konferenzmaterial sind zu richten an: GNN, Große Düsselstr. 55, 3000 Hannover 1.

Krankenhausreform: Mit einem EDV-Gesamtkonzept zu mehr Wirtschaftlichkeit und Leistungskontrolle..... 22

IG Chemie: "Humanisierung durch Belastungsabbau" 22

Schleswig-Holstein: Lukratives Geschäft für die Kapitalisten . 23

"Volkstrauertag": Faschisten-treffen bei Essel verhindert 23

Schiffbaukrise: Ahlers (HDW): Arbeiten bis "an die Grenze aller Möglichkeiten" 24

KuKoz: Die CDU will den Verein fertigmachen..... 25

Isolationshaft: Ausstellung, Veranstaltungen gegen Isolationshaft..... 25

Berufsverbote in Niedersachsen: Massive öffentliche Protestaktionen, aber kein dauerhafter Erfolg 26
Stellungnahmen gegen Berufsverbote..... 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

**Antifaschistische Aktions-
einheit:** Ausweitung der Aufgaben – Klärung von Strittigem steht an..... 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Sprengel Museum Hannover: Vorurteile gegenüber "moderner Kunst" abbauen lernen 30

**Ermittlungen gegen die
Dresdner Bank:** "Wer marschiert hinter dem ersten Tank?".. 31

Katholische Kirche: Deutsches Bewußtsein erwache! Das Evangelium sei mit Dir 32
Deutschlandpolitik, Nationalbewußtsein – Wahlprogramme: CDU/CSU, FDP, SPD 33

Spezialberichte

Bundestagswahlen: CDU, CSU und FDP festigen ihr Bündnis. Sie nehmen Forderungen von reaktionären und bürgerlichen Verbänden auf..... 34

**Konservative, Nationale und
Christlich-Soziale:** Wachsender Rückhalt für faschistische Propaganda 38

USA

Wahlschlappe für Reagan dämpft Vormarsch der Reaktion

Eines muß man den arschkriechenden Journalisten der Massenmedien lassen, sie haben einen guten Sinn dafür, woher der Wind weht. Während die Experten noch dabei waren, das Ergebnis der Kongreßwahlen zu analysieren, lieferte die Presse, indem sie beharrlich auf Reagan wegen der Waffenlieferungen an Iran hackte, die ersten Anzeichen dafür, daß sich das Klima leicht verändert hat. Wie üblich redete Reagan auf der Pressekonferenz zu diesem Thema einen Haufen Unsinn zusammen – von Unkenntnis bis zu plump-dreisten Lügen reichend. Neu ist, daß die Presse das Thema nicht nach ein paar Tagen einfach "vergaß". Bisher ist Reagan mit seinen Lügen immer davongekommen. Nie ist etwas am Teflon-Präsidenten hängengeblieben. In den letzten vier Jahren, seit der Grenada-Invasion, hatte Reagan die Presse am Gängelband. Jetzt kann man bei den sogenannten liberalen Blättern beobachten, wie sie richtig aufmucken. Ist Reagan schon ein zahnloser räudiger Hund, den jeder treten kann? Diese Folgerung hieße das Wahlergebnis weit überinterpretieren. Sicher aber ist, daß nicht mehr alles so ist wie früher.

Der Ausgang der Wahl ist eine Schlappe für Reagan. Die Mehrheit der Demokraten im Senat von 55:45 ist größer als die optimistischste Voraussage. Die Gewinne der Demokraten im Repräsentantenhaus sind zwar etwas geringer als erwartet, aber eine Mehrheit von 80 Stimmen kann auch der Optimist Reagan nicht ignorieren. Die Demokraten haben zwar einige

Gouverneursposten verloren, sie halten jetzt 26 von 50, vorher 36. Dafür haben sie aber in Abgeordnetenhäusern und Senaten von Bundesstaaten Mehrheiten dazugewonnen, zum Teil in genau den Bundesstaaten, wo sie den Gouverneur verloren und den Senator gewonnen haben. In 27 Bundesstaaten kontrollieren sie beide Kammern (bisher 26), während die Republikaner das nur in 9 erreicht haben (bisher 11). Seit Anfang September war Reagan in 16 Staaten für seine Senatskandidaten im Einsatz, nur vier haben gewonnen. Reagan forderte die Wähler auf, für seine Kandidaten zu stimmen, um seine Politik fortsetzen zu können. Die Wähler haben sich nicht darum gekümmert. Reagans Po-

pularität nach Meinungsumfragen vor den Wahllokalen war aber ungebrochen hoch. Was bedeutet das? Ist das Schauspielergesicht Reagans beliebt, jedoch die Politik, für die er steht, verliert an Anziehungskraft, die abgedroschenen Phrasen von der goldenen Zukunft und den herrlichen Chancen ziehen nicht mehr?

Einige bürgerliche Zeitungen und Magazine in den USA deuten solche Befürchtungen der Reaktionäre an. TIME schreibt:

"Anstatt während seiner Präsidentschaft eine grundlegende Umorientierung der Parteibindungen zu erreichen, ähnlich wie sie unter Franklin Roosevelt stattfand, wird die Partei eines der populärsten Präsidenten in der Geschichte acht Senatsstühle und wahrscheinlich 15 Repräsentantenhaussitze weniger haben, wenn er sein Amt verläßt, als zu Beginn seiner Amtszeit. Anstatt eine loyale Gefolgschaft von neuen republikanischen Wählern unter Arbeitern und jungen Leuten aufzubauen, hat das Ergebnis letzte Woche aufgezeigt, was Experten 'Ent-Bindung' nennen, einen allgemeinen Verlust aller Parteibindungen."

Das letztere spielt darauf an, daß die Wahlbeteiligung der Wähler unter 30 Jahren, auf die die Republikaner große Hoffnung gesetzt hatten, mit 17% noch weit unter der ohnehin äußerst niedrigen Wahlbeteiligung von 37,5% lag.

In der Hauptsache wird das Wahlergebnis in der bürgerlichen US-Presse aber einerseits als persönliche Nie-



Nach der Wahlschlappe ist Reagan erstmals angeschlagen.

MLPD: Rückschlag vor dem Bundesverfassungsgericht

In der "Roten Fahne" Nr. 47/86 berichtet die MLPD unter der Überschrift "Warum die Richter in den roten Roben kneifen wollen. Erste Prüfungsinstanz des Bundesverfassungsgerichts lehnt Behandlung der Verfassungsbeschwerde der MLPD ab" über ihre beiden Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht. Per einstweiliger Anordnung wollte die MLPD vom Verfassungsgericht ihre Parteidestellung festgestellt haben, und mit einer Verfassungsbeschwerde sollte der Bundeswahlleiter gezwungen werden, sie in die bei ihm geführte Parteiliste aufzunehmen (s. PB 23/86, S. 4). Die Rote Fahne berichtet nun, etwas ungenau, von ersten Schwierigkeiten: "Auf den Antrag der MLPD reagierte das BVG zwar schnell, aber ausweichend: 'Weder das Verhalten des Bundeswahlleiters ... noch die

bloße Befürchtung einer negativen Entscheidung des Bundeswahlausschusses dürften Gegenstand eines Verfassungsbeschwerde-Verfahrens sein können.' Zu deutsch, die MLPD möge ihren Antrag zurückziehen." Die MLPD will dagegen auf einer Entscheidung des Verfassungsgerichts beharren. – (rül)

BRD/Türkei: Kein Vertrag über Steuersenkungen?

Der Finanzausschuß des Bundestages hat das von der Bundesregierung zur Ratifizierung vorgelegte "Doppelbesteuerungs"-Abkommen mit der Türkei verworfen. Nach diesem Gesetz wären die Profite westdeutscher Kapitalisten aus Kapitalanlagen in der Türkei weitgehend steuerbefreit. Im Gegenzug dazu hatte die Bundesregierung der Türkei das Recht zugesagt, türkische Steuerbeamte in die BRD als "Steuerberater" entsenden zu dürfen. Dieses ungewöhnliche Zugeständ-

nis hat der Finanzausschuß nun wie vor ihm schon die Länder-Finanzminister verworfen, der Vertrag ist damit hin. Offenbar sind sich die Parlamentarier sicher, die Türkei auch ohne solche Zugeständnisse zu Steuerkonzessionen für westdeutsches Kapital zwingen zu können. "Ein neues Doppelbesteuerungsabkommen mit der Türkei kann nun frühestens 1988 in Kraft treten", klagt das "Handelsblatt" am 17.11. und treibt damit die Regierung zur Eile. – (rül)

1500 Stellen mehr für BGS und Bundeskriminalamt

Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das nächste Jahr hat der Bundesfinanzausschuß beschlossen, daß der Bundesgrenzschutz um 1000 Stellen aufgestockt werden soll. Die neuen BGSler sind ausdrücklich für den Einsatz bei Großdemonstrationen vorgesehen, wo der Bundesgrenzschutz künftig vermehrt eingesetzt werden



In Maryland gewann Barbara Mikulski den Senatssitz. Sie war vom AFL-CIO aufgrund ihres bisherigen Abstimmungsverhaltens empfohlen worden.

derlage Reagans dargestellt, weil sein Einsatz den Verlust der Senatsmehrheit nicht verhindern konnte. "Reagans Popularität hilft nur Reagan", heißt es da. Zum anderen wird argumentiert, es sei um lokale Angelegenheiten und nicht um Reagans Politik gegangen, er habe auf keinem Stimmzettel gestanden. Besonders die BRD-Presse – FAZ und Welt z.B. – versuchen, die Wahlschlappe mit solchen Erklärungen herunterzuspielen. Solche Erklärungen sind zu kurz gegriffen und stimmen auch nicht. 1980, 1982 und 1984 sind viele Senatoren und Abgeordnete an Reagans Rockzipfeln hängend gewählt worden. Stets haben die Reaktionäre das als eine Bestätigung für Reagans reaktionäre Politik gepriesen.

Um die Bedeutung der Wahlniederlage im Interesse der Reaktion herun-

terzuspielen, "entdecken" Zeitungen wie FAZ und Welt plötzlich die Besonderheiten der politischen Maschinerie in den USA. Die Parteien in den USA seien keine Parteien, sondern Wählergemeinschaften, und jeder Kandidat stehe für sein eigenes politisches Programm. Und außerdem mache der Wechsel von einem liberalen Republikaner zu einem konservativen Demokraten keinen so großen Unterschied. Der andere Charakter der Parteien in den USA, keine festgefügten Parteien europäischen Typs mit einigermaßen bindendem politischen Programm zu sein, ist nichts Neues. In der bürgerlichen Presse hat diese "Entdeckung" allerdings Methode. Sie soll von der Frage abbringen, ob der Ausgang der Wahl nicht vielleicht doch einen Dämpfer für die Reaktion signalisiert.

Wenn Reagans Rockzipfel 1980,

1982 und 1984 lang genug waren, warum waren sie es 1986 nicht? Richtig, 1986 waren keine Präsidentschaftswahlen, und insofern ging es nicht um Reagan. Aber es waren auch nicht nur Wahlen für die Parlamente und Gouverneure der Staaten und Ämter auf Kreisebene, sondern für das US-Repräsentantenhaus und den Senat, und damit ging es auch um nationale und internationale Politik. Richtig, die Abgeordneten und Senatoren sind viel mehr als in Europa ihren Wählern verantwortlich unter der – nicht leeren – Drohung der Abwahl, und somit spielen lokale Angelegenheiten eine größere Rolle. Richtig, die Parteien haben kein festes Parteiprogramm und üben keine feste Parteidisziplin über ihre Abgeordneten aus. Richtig, die Unterschiede zwischen Republikanern und Demokraten sind oftmals nicht auszumachen. Das mag zwar alles tatsächlich so sein, geht aber nicht auf die Frage ein, wofür die beiden großen Parteien im Bewußtsein der Massen stehen.

Wenn man von so gängigen Marken wie "konservativ" und "liberal" und den Gemeinsamkeiten als Verfechter des Kapitalismus und Vertreter einer imperialistischen Macht absieht, repräsentieren die beiden Parteien doch in den Augen der Öffentlichkeit zwei unterschiedliche Linien. Seit Präsident Franklin D. Roosevelt und dem "New Deal" stehen die Demokraten für die Auffassung, daß der Staat eine Aufgabe bei der Regelung der ökonomischen Verhältnisse in der Gesellschaft und eine soziale Verantwortung habe. Die Republikaner stehen für die Auffassung, daß der Staat sich aus dem Privatleben der Bürger heraushält. Damit ist gemeint, daß die ökonomischen Verhältnisse dem freien Spiel der Kräfte – sprich Kapitalisten – überlassen bleiben sollen. Jeder ist

soll. Gleichzeitig beschloß der Ausschuß, daß das Bundeskriminalamt um 450 Kriminalbeamte erweitert werden soll, sie sollen vor allem in der Jagd auf die RAF und andere Organisationen, die als "terroristische" definiert sind, eingesetzt werden. – (uld)

Dregger für Respekt vor der Wehrmacht

"Verdienen alle Toten des Krieges und der Gewalt Herrschaft die gleiche Ehrfurcht ... Ich bin dieser Ansicht und will sie begründen". So Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in der Feierstunde in Bonn zum Volkstrauertag. Er will darauf hinaus: "Unsere Sehnsucht nach Sinnerfüllung für das Opfer der Toten" – ihm geht es mit den Toten um die Wehrmacht – "muß ein politisches Ziel haben. Es kann nur auf eine Ordnung gerichtet sein, die Frieden stiftet, wozu Freiheit gehört". Diese Ordnung soll eine "Friedensordnung der Freien

und Gleichen für ganz Europa" sein, was nur mit Zustimmung der Weltmächte geschehen könne, sie hat also westlich, kapitalistisch, imperialistisch zu sein. Von der Anerkennung bestehender Grenzen hält Dregger jedenfalls nichts. Deshalb soll sich die Nation und vor allem der westdeutsche Soldat wieder den preußischen Tugenden zuwenden: "Pflichtgefühl, Unbestechlichkeit, Verantwortungsbewußtsein vor Gott und den Menschen und Opferbereitschaft." Die Ablehnung des NS-Völkermordes will Dregger aus akuten Gründen in "Ehrfurcht" ummünzen. – (düb)

Private Hochschulen in der BRD

Auf Anfrage der GRÜNEN im Bundestag (BT 10/6126) hat die Bundesregierung über die Anzahl und Art privater Hochschulen in der BRD Auskunft gegeben (BT 10/6365). Danach gibt es 52 nichtstaatliche Hochschulen (dem

stehen etwa 300 staatliche Hochschulen gegenüber). 18 wissenschaftliche Hochschulen unterhalten Religionsgemeinschaften, 6 andere Träger (z.B. die Anthroposophenuniversität Hertdecke und die Hochschule für Unternehmensführung Koblenz). Dazu kommen 15 kirchliche Fachhochschulen für Sozialwesen, sowie 8 technische und 5 künstlerische Fachhochschulen anderer Träger. Über die Studentenzahlen wird nichts ausgesagt. Die Hochschulen werden durch Kapitaleinlagen der Träger, Studiengebühren und Staatszuschüsse in unterschiedlichen Proportionen finanziert. Teilweise kommt der Staat für die Bauten auf, vor allem bei den kirchlichen Hochschulen. Indirekte Finanzierung durch öffentliche Mittel findet außerdem durch steuerliche Abzugsmöglichkeiten für investiertes Kapital statt. Solche Steuererlässe will die Regierung durch Reform des Stiftungssteuerrechtes ausbauen. – (tob)



Offenes Ziel der Reagan-Reaktion ist es, die unter dem New Deal 1934 eingeführten Gesetze zu beseitigen, die der Kapitalistenwillkür Schranken auferlegen. (links: Hormel-Streik, rechts: Streik städtischer Beschäftigter in Detroit)

seines Glückes Schmied.

Die Wahl des Demokraten Roosevelt 1932 und das "New Deal" waren eine Reaktion auf die übelsten Auswüchse des "laissez-faire"-Kapitalismus. Staatliche Regeln für die Geschäfte der Banken und Börsen, für den öffentlichen Dienstleistungsbe- reich wie Transport, Energieversorgung etc., Aufbau einer staatlichen Behörde (National Labor Relation Board - NLRB), die das Verhältnis zwischen Lohnarbeitern und Kapitalisten regelt und den Kapitalisten gewisse Schranken auferlegt. Reagans "Revolution" ist die offen erklärte endgültige Beseitigung der Restbestände des New Deal. Entregulierung ("deregulation") allenthalben war das Ziel. Besondere Bedeutung hat u.a. die Besetzung des NLRB mit Reagan-Leuten, die regelmäßig gegen die klagen- den Gewerkschaften entscheiden

und so den Kapitalisten bei der Zerschlagung der Gewerkschaften helfen. Das große Ziel Reaganscher Politik ist, dem Kapital wieder uneingeschränktes Schalten und Walten zu ermöglichen. Insofern kann man das Wahlergebnis interpretieren als Entscheidung der Wähler für Ketten für das Kapital und für Erhalt ihrer sozialen Errungenschaften. Den Republikanern ist es nicht gelungen, ihren Anhang aus dem weißen gehobenen Mittelstand zu mobilisieren, während die Stimmen der Schwarzen vielen Demokraten zum Sieg verholfen haben. Der Gewerkschaftsverband AFL-CIO hatte vor der Wahl Empfehlungen anhand des bisherigen Abstimmungsverhal- tens der Kandidaten herausgegeben. 66% der empfohlenen Kandidaten ha- ben gewonnen, 1980 waren es nur knapp 60%.

Der neue Kongreß tritt erstmals im

Januar zusammen. Zur Zeit finden innerhalb der demokratischen Mehrheitsfraktion Abstimmungen über die Vorsitze in den diversen Ausschüssen statt. Die Mehrheitsfraktion hat den Vorsitz in allen Ausschüssen. Ände- rungen gegenüber der bisherigen Hal- tung des Senats wird es in der Haus- haltpolitik geben. Streichungen am Militärhaushalt werden erwartet. Eventuell könnte es gewisse Ein- schränkungen in der Verwendung der Gelder für die Anti-Sandinistas geben. Ziemlich sicher wird es protektioni- stische Maßnahmen im Außenhandel geben. Die notwendige Zweidrittel- mehrheit gegen ein Veto von Reagan wird die Schärfe des Gesetzes aller- dings sehr drosseln.

Quellenhinweis: TIME, 17.11.86; Newsweek, 17.11.86; Philadelphia Inquirer, 5.-22.11.86; AFL-CIO News, 8.11.86 - (ger, her)

USA-BRD: Krach um Werkzeugmaschinenexport

Zwischen der BRD und den USA ist eine Auseinandersetzung um den Export von Werkzeugmaschinen ausgebrochen. Der Hintergrund: Anfang des Jahres hatte das US-Handelsministerium Alarm geschlagen, weil ausländische Exporte, darunter an führender Stelle Japan, gefolgt von der BRD und der Schweiz, inzwischen fast die Hälfte des US-Marktes für Werkzeugmaschinen erobert hätten. Dies gefährde, so das Ministerium, die "nationale Sicherheit" der USA, da Werkzeugmaschinen von Bedeutung auch für zahlreiche Rüstungspro- duktionen seien. Ende letzter Woche nun gestand die japanische Regierung der US-Regierung zu, japanische Kapitalisten würden ihre Werkzeugmaschinenexporte in die USA auf den Stand von 1981 zurückschrauben. Sofort nach Bekanntwerden des Ab-

kommens lehnte das Wirtschaftsminis- terium in Bonn jede Beschränkung dieser Art für die BRD ab. Auf die US-Reaktionen darauf darf man nun gespannt sein. Die Stellung auf dem Weltmarkt für Werkzeugmaschinen war schon immer ein wichtiges Krite- rium für die Schlagkraft imperialisti- scher Staaten auch in anderen Bran- chen. - (rül)

CDU/CSU für namibianische Marionettenregierung

Für die Anerkennung der von Südafrika eingesetzten Vielparteienregie- rung in Namibia hat sich der Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Graf von Waldburg-Zeil, in der Bundestagsde- batte über Namibia am 6. November ausgesprochen. Die Bundesregierung bereitet diesen Schritt durch Ent- wicklungshilfeprojekte in Namibia fort, die nach Auffassung der UNO völkerrechtswidrig sind. Der Graf sprach davon, daß die Entwicklungs-

hilfe ein Beitrag des Kolonialherren für das frühere Kolonialvolk sei. Grüne und SPD verlangten sofortige Wah- len unter UNO-Aufsicht. Die BRD führt sich in Namibia als ehemalige Kolonialmacht auf. Sie garantiert "deutschstämmigen" Namibianern die BRD-Staatsbürgerschaft, ohne daß diese jemals in der BRD wohnen müs- sen, was sonst von "Auslandsdeut- schen" für die Einbürgerung verlangt wird. Dagegen wandte sich niemand in der Bundestagsdebatte. - (uld)

GSG 9-Wegener nach Saudi-Arabien

Der Kommandeur des Bonner Grenz- schutzkommandos West, General Ul- rich Wegener, geht zusammen mit ei- ner nicht offiziell bekannten Anzahl von Offizieren des Bundesgrenzschut- zes nach Saudi-Arabien, um eine "Son- dereinheit zur Terrorbekämpfung" nach dem Vorbild der GSG 9 aufzubau- en. Angeblich wird Wegener, der ei-

Hamburg

Große Koalition nach den Bundestagswahlen?

Noch am Wahlabend hat die Hamburger CDU der SPD die Bildung einer großen Koalition vorgeschlagen. Am Tag nach den Wahlen stellt sich heraus, daß die Hamburger Kapitalisten den CDU-Vorschlag einhellig unterstützen (und das ist für v. Dohnanyi noch allemal ein Argument). Handelskammer-Präsident Illies: "Wir fordern die beiden stärksten Parteien auf, sich bald zu einer 'Koalition der Vernunft' zusammenzufinden und dem 'Unternehmen Hamburg' sowie den Unternehmern eine 'grüne' Regierungsbe teiligung zu ersparen." Ähnlich äußerten sich die Sprecher der Handwerkskammer, des Industrieverbandes Hamburg (BDI), der Hamburg-Mannheimer- und Albingia-Versicherung, der Vereins- und Westbank und der Beiersdorf AG. Grüne Regierungsbe teiligung bleibt den Kapitalisten erspart; kaum einer aus der einstmal so stolzen Hamburger SPD-Linken, die sich für ein Markenzeichen hielt, wagt sich mit einem entsprechenden Vorschlag an die Öffentlichkeit. Herr v. Dohnanyi hat "rot-grün" von Beginn an ausgeschlossen. Die SPD will nun ein "nicht parteipolitisch bestimmtes" Arbeitsprogramm namens "Die Stadt hat Vorrang" vorlegen, das für die CDU akzeptabel sein soll. Zwar hat die CDU das Vorhaben der SPD, sich als Minderheitssenat und womöglich mit wechselnden Mehrheiten durchzulavieren, als "unsittlichen Antrag" bezeichnet, jedoch hält sich die Aufregung in Grenzen. Weder CDU noch SPD sind daran interessiert, sich quer zu den Wahlkampfstrategien ihrer Bundesparteien vor dem 25.01.1987 zu

nahe zu treten. Bis zum Frühjahr bleibt denn auch Zeit, Widersprüche in der SPD unter Dach und Fach zu bekommen. V. Dohnanyi: "Ich halte eine große Koalition nicht für prinzipiell unmöglich."

Als zur Zeit unwahrscheinliche Variante kann auch die von der SPD betriebene Spielerei mit Neuwahlen gelten, da nicht abzusehen ist, wie und womit die SPD die 130 000 Leute, die ihr die Stimme im Vergleich zum Dezember 1982 nicht gaben, zurückgewinnen kann. Manch einer in der SPD wird sich zudem des Ergebnisses der Berlin(W)-Wahlen entsinnen. Zwischen 1957 und 1970 erzielte die SPD bei Bürgerschaftswahlen nie weniger als 550 000 Stimmen. Seither ist sie in allen Hamburger Gebietstypen einem stetigen starken Abwärtstrend unterworfen. 1974: 469 656, 1978: 493 340, Juni 1982: 408 261, Dezember 1982: 530 117 (nach der Regierungübernahme Kohl), 1986: 400 600. Dahinter steckt mehr als ein "Denkzettel der Wähler". Seit vielen Jahren ist die Hamburger SPD bemüht, sich den Kapitalisten als in ihrem Sinne bessere Partei zu präsentieren. Sie verliert absichtsvoll Konturen zu CDU und FDP und trägt so bei zu einer Abstumpfung der gesellschaftlichen Kritik an (den Parteien) der Reaktion. Wenn dann ehemalige SPD-Wähler zu Hause bleiben oder, wie Chr. Kukielka von der GAL es ausdrückte, gleich das Original denn das Abziehbild wählen, sich also die SPD selber als Regierungspartei überflüssig macht, dann verbietet sich Schadenfreude ob des Wahlergebnisses.

Hinzu kommt, daß sich die CDU ebenfalls seit 1970 in einem Aufwärtstrend befindet. Bis 1970, Ausnahme 1957, lag sie stets unter 300 000 Stimmen. 1970: 329 337, 1974: 423 912, 1978: 360 409, Juni

1982: 413 361, Dezember 1982: 398 518, 1986: 402 027. Ein schwacher Trost also, daß sie mit einem Stimmenplus von nur 3 509 stärkste Partei in Hamburg wurde. Zudem hat die CDU als einzige Partei unter den 25-Jährigen Zugewinne verbuchen können, während hier sogar die GAL relative Verluste zu verzeichnen hatte.

Alarmierend ist das Stimmergebnis für die Faschisten. 8 504 Stimmen für HLA, FAP, ARG und Patrioten zur Bürgerschaftswahl, 10 476 allein für die HLA bei den gleichzeitig gelaufenen Wahlen zu den sieben Bezirksversammlungen. Im Dezember 1982 erhielt die HLA 2 804, im Juni 1982 6 221 Stimmen. Die Neonazis haben diesmal doppelt so viele Stimmen wie die NPD 1978 (3 231) und immer noch mehr als die NPD 1974 (7 992). Ein FAP-Kandidat erschien am Wahlabend in vollem Wuchs im Rathaus. Diese Entwicklung stellt erhöhte Anforderungen an die Zusammenarbeit der Antifaschisten.

Quellenhinweis: Tagespresse seit 10.11.1986; Wahlanalyse 1986 des Statistischen Landesamtes (wal)

UdSSR / BRD

Zum Tode Molotows

Am 8. November 1986 verstarb Wjatscheslaw Michailowitsch Skrjabin, so Molotows eigentlicher Name, nach langer und schwerer Krankheit im Alter von 96 Jahren in Moskau. Bereits als 16jähriger Oberschüler war Molotow Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands geworden. Vor der Oktoberrevolution 1917 fungierte er als Redakteur des Zentralorgans der SDAPR "Prawda", nach



Mehr militärische Zusammenarbeit, mehr Deutschunterricht an spanischen Schulen und Erleichterungen für westdeutsche Waren- und Kapitalexporte: Mit diesen Forderungen wartete Kanzler Kohl bei seinem Besuch in Spanien letzte Woche auf. Auch in Fragen der "inneren Sicherheit" soll die Kooperation verstärkt werden. Dabei geht es der BRD u.a. darum, von politischen Gefangenen in Spanien in den letzten Jahren erkämpfte Haftleichterungen wieder rückgängig zu machen. Bild: Häftlingsaufstand in Spanien 1983. - (rül)

nen Vertrag mit der saudi-arabischen Regierung für einige Jahre erhielt, von der Bundesregierung ohne Beziege beurlaubt. Wegener erklärte über die Hintergründe: Er halte die Zusammenarbeit für "bedeutsam, weil Saudi-Arabien für die Bundesrepublik und das westliche Bündnis eine strategisch wichtige Region" sei. Der Aufbau einer Anti-Terroreinheit in Saudi-Arabien diene "auch den Interessen der Bundesrepublik Deutschland". Mit dem praxiserfahrenen General Wegener, der 1977 den Einsatz der BRD-GSG 9 in Mogadischu leitete, übernimmt die BRD direkt einen Teil der saudi-arabischen Polizeieinheiten. Bereits bei dem Besuch des saudi-arabischen Innenministers vor einigen Monaten in Bonn hatte BRD-Innenminister Zimmermann eine weitere Zusammenarbeit bei der "Terroristen-Bekämpfung" angekündigt, dazu gehört auch die künftige Wegener-Mission. - (sie)

der Errichtung der Sowjetmacht war er von 1921 bis 1930 als Sekretär sowie als Vollmitglied des Politbüros bzw. Präsidiums (1926 bis 1957) des ZK der KPdSU tätig. In den 20er Jahren war für die Fortentwicklung der Ergebnisse der Oktoberrevolution (unter den Bedingungen der ökonomisch-politischen Einkreisung durch die kapitalistischen Staaten und der ständigen Gefahr der militärischen Intervention von deren Seite) die Herstellung und Festigung des Bündnisses zwischen der Industrie-Arbeiterklasse und den Klein- bzw. Mittelbauern von ausschlaggebender Bedeutung geworden. 1925 untersuchte daher das ZK der KPdSU, gestützt auf eine eigens eingesetzte Kommission, die bisherigen Schritte der Partei in dieser Richtung und analysierte die gemachten Fehler. Im Oktober desselben Jahres billigte das ZK-Plenum dann einstimmig die entsprechende Richtlinie, die Molotow (aufgrund seiner Mitarbeit in jener ZK-Kommission) zwecks Organisierung der Dorfarmut als selbständige politische Kraft im Kampf um die Gewinnung der Mittelbauern vorgelegt hatte. Von 1930 bis 1941 war Molotow als Vorsitzender des Rats der Volkskommissare verantwortlich für die Durchführung der drei Fünfjahrespläne, die die Grundlage für die erfolgreiche Verteidigung der Sowjetunion und die schließlich siegreiche Gegenoffensive gegen die faschistische Aggression schufen. Daraufhin war er von 1941 bis 1957 als Erster stellvertretender Regierungschef tätig.

Im Mai 1939 übernahm Molotow, zusätzlich zur Funktion des Ministerpräsidenten, die Aufgaben des Außenministers der UdSSR, und in dieser Eigenschaft handelte er den Nichtangriffsvertrag zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich (23. August 1939) aus. Es ist nicht verwunderlich, daß die bürgerliche Presse der BRD in ihren Kommentaren zum Tode Molotows insbesondere an diesem Vertragsabschluß Anstoß nimmt: Dieser Nichtangriffsvertrag zerschlug die faktisch bestehende Front gegenüber der UdSSR, wie sie in der Politik des "Geistes von München" (30.9.1938) zum Ausdruck kam, und er schuf dadurch die wesentliche Voraussetzung für das spätere Zustandekommen der Antihitlerkoalition. Wenn wir die gegen den (rechts)-deutschen Imperialismus gerichteten Übereinkünfte und die darauf beruhenden praktischen Schritte dieser Koalition zum antifaschistischen Ausgangspunkt für die Formulierung unseres Abschieds von dem Verstorbenen nehmen, dann läßt sich an die Stelle trauriger Nachdenklichkeit gewiß die Festsetzung setzen, daß sich sicher nicht nur in der UdSSR, sondern auch in der BRD viele Menschen der Regierungstätigkeit des Genossen Molotow stets mit großer Hochachtung erinnern werden. – (huh)

4. Familienbericht

Weiterer Ausbau der familiären "Dienstplicht" geplant

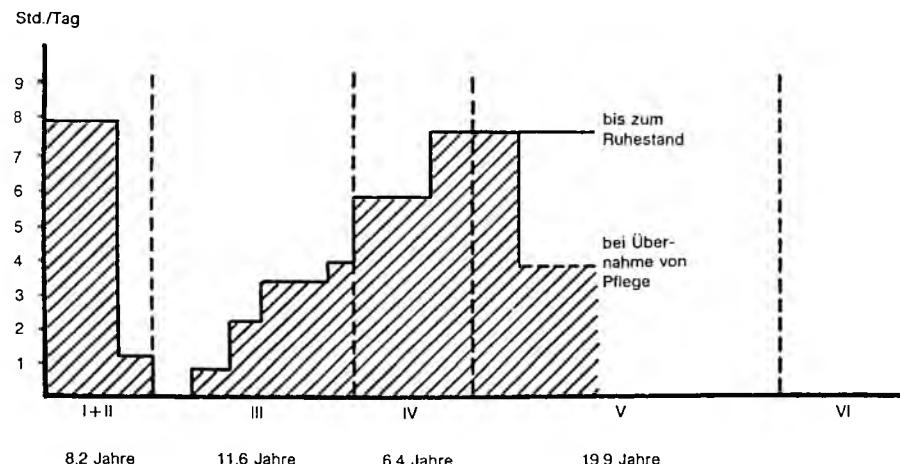
1983 formulierte der Minister für Jugend, Familie und Gesundheit den Auftrag, eine sogenannte unabhängige Sachverständigenkommission solle aufzeigen, "wie alte Menschen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben und wie auch mehrere Generationen unter einem Dach leben können." Das Ergebnis dieses Auftrages liegt im 4. Familienbericht nun vor. Er dürfte der erste Bericht sein, in dem die lebensverkürzende Wirkung der in ihm vorgeschlagenen Maßnahmen offen erörtert wird.

Der Familienbericht dokumentiert zunächst, daß viele Menschen zunehmend ihre privaten Beziehungen selbst untereinander regeln wollen, ohne damit zugleich vielfältige rechtliche Verpflichtungen des gegenseitigen Unterhalts, der Versorgung, Pflege etc. eingehen zu müssen. Er dokumentiert auch, daß die monogame Familie auf Lebenszeit als Institution für viele Menschen ungeeignet ist, die privaten Beziehungen zu regeln. Ent-

den alt werden, ohne sich auf ihre eigenen Kinder stützen zu können. 1982 waren schon ein Viertel der Hochbevölkerung ohne lebende Nachkommen." (S. 33) Würde man angemessene Folgerungen aus dieser Zustandsbeschreibung ziehen, hieße dies: Verbesserte Bedingungen der Reproduktion durch Verringerung der Arbeitsbelastung sowie Ausbau und Verbesserung gesellschaftlicher Versorgungs-, Pflege- und Erziehungseinrichtungen.

Stattdessen bemüht die Sachverständigenkommission die "Solidarität der Generationen". Dieses Konzept dient ohnehin dazu, die Kapitalisten aus ihrer Haftung für die Reproduktion der Arbeitskraft zu entlasten. Im 4. Familienbericht wird darüber hinaus geplant, die Pflicht der Lohnabhängigen, sich gegenseitig unentgeltlich oder zu Niedrigstentgelten zu versorgen, unerträglich auszuweiten. Diese Dienstplicht erhält im 4. Familienbericht den Charakter unumstößlich.

Freie Zeitressourcen des Familienhaushalts



"Freie Zeitressourcen" im Lebenszyklus einer Familie von Beginn der Heirat an (schraffierte Flächen).

sprechend ist z.B. die Eheschließungsziffer (Zahl der Eheschließungen auf 1000 Personen) in der BRD seit 1960 rückläufig. Die Zahl der Ehescheidungen nimmt hingegen kontinuierlich zu. Im Familienbericht wird geschätzt, daß jede vierte der heute geschlossenen Ehen geschieden wird. Diese Entwicklung veranlaßt die "Sachverständigen"kommission zu folgender Feststellung: "Wenn man heutiges Ehe- und Familienbildungerverhalten zugrundelegt, würden deren Kinder wiederum insgesamt weniger Kinder haben, weil u.a. auch wiederum weniger Paare eine Ehe eingehen würden, d.h. immer mehr Menschen wür-

licher Wahrheit. Die Kommission konstruiert den Begriff der "erweiterten Familie". Im Bericht heißt es: "Sie (die Kommission) benutzt den Begriff 'erweiterte Familie' zunächst nur für die gradlinig miteinander verwandten, gegenseitig rechtlich auch zu Unterhalt Verpflichteten. Sie schenkt jedoch selbstverständlich auch allen auf Verwandtschaft und Freundschaft beruhenden gemeinschaftlichen Lebensformen, die für die ältere Generation zur Lösung ihrer Alltagsprobleme von Bedeutung sind, entsprechende Beachtung." (Hervorhebungen vom Verf.)

Die Kommission gibt vor, um das

"Pflegesicherung" in der Familie

Plegeversicherung

"Zur Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit wird die Einrichtung einer Pflegeversicherung mit organisatorischer Anbindung an die Gesetzliche Krankenversicherung oder an die Gesetzliche Rentenversicherung bzw. an eine eigenständige Pflegeversicherung diskutiert ... Bei häuslicher Pflege soll ein nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit gestuftes pauschaliertes Pflegegeld gewährt werden. Pflege in einer Einrichtung soll nach dem Subsidiaritätsprinzip nur gewährt werden, wenn andere Hilfen nicht ausreichen oder nicht möglich sind ... Es ist daran gedacht, nur den Aufwand für die Pflege zu verschieren. Eine Selbstbeteiligung des Versicherten in Höhe eines Drittels der Pflegeheimkosten wird vorgeschlagen.

Bundespflegegeldgesetz

Andere Vorschläge zielen auf ein Bundespflegegeldgesetz und damit auf eine durch Steuern finanzierte staatsbürgerliche Versorgung, die nach dem Grundsatz der Subsidiarität gestaltet werden soll. Pflegegelder und Unterstützungsgelder sowie Kostenerstattung für ambulante Hilfen, Hilfsmittel und Beratungsbesprächen könnten analog dem Wohngeldgesetz einkommensabhängig oder auch einkommensunabhängig gewährt werden. Bedürftigkeitsprüfungen (Einkommensprüfungen), wie sie derzeit im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes stattfinden, entfielen ...

Modell Pflegegutschein

Durch Sozialstationen (oder auch andere autorisierte Einrichtungen) könnten dort geleistete Pflegedien-

ste mit Pflegegutscheinen honoriert werden, die über die Anzahl der geleisteten Pflegestunden vielleicht auch in Abhängigkeit von der Qualität – sie kann durch Kurse nachgewiesen werden – der Leistung lauten. Die durch Leistung erworbenen Pflegegutscheine könnten je nach Modell folgendermaßen eingetauscht werden:

Im Modell des intertemporalen Realtausches von Pflegeleistungen können die erworbenen Pflegegutscheine wiederum gegen Dienstleistungen bei eigener Pflegebedürftigkeit eingetauscht werden. Ein solches Modell wird diskutiert, weil im Rahmen der Institution der intertemporalen Einkommensumschichtung, wie z.B. der Gesetzlichen Rentenversicherung im allgemeinen und den möglichen Institutionen der Pflegeversicherung im besonderen (Pflegeversicherung, Pflegegeldgesetz) es zunehmend schwieriger werden wird, den Kostenanstieg personaler Dienstleistungen aufzufangen. Personale Dienstleistungen verteuern sich zunehmend gegenüber anderen Gütern, weil sie nur unterdurchschnittlich rationalisierungsfähig sind. Entsprechend bleibt ihr Produktionsfortschritt zurück. So ist z.B. abzusehen, daß jemand, der heute eine Stunde pflegt, mit dem erzielten Einkommen später, wenn er selber Pflege benötigt, keine Pflegestunde bezahlen kann. Gedacht wird daher an einen Realtausch von einer Pflegestunde heute gegen eine Pflegeleistung morgen mittels Pflegegutschein ...

Angebotssicherung

Vorrang soll ... den ambulanten und privaten Hilfen eingeräumt werden. Es geht zunächst um Förderung der freiwilligen Hilfen durch Familie, Nachbarschaft und ehrenamtliche

Folgewirkung der familialen Pflege für die Pflegenden

33 %	aller Pflegepersonen verbrachten mehr als sechs Stunden täglich beim Pflege- und Hilfsbedürftigen; aller Pflegepersonen hatten negative Auswirkungen auf ihre Berufstätigkeit erfahren; dies gilt in besonderem Maße (56 %) für Pflegepersonen, die in verhältnismäßig jungen Jahren einen schwer Pflegebedürftigen versorgen;
16 %	aller Pflegepersonen hatten negative Auswirkungen auf die eigene Freizeit erfahren;
50 %	aller Pflegepersonen konnten ihren Urlaub nicht ohne Einschränkungen verbringen;
45 %	aller Pflegepersonen mußten Beeinträchtigungen der eigenen Gesundheit in Kauf nehmen;
37 %	aller Pflegepersonen mußten mit negativen Auswirkungen ihrer Pfletätigkeit auf ihre eigene finanzielle Lage fertig werden.
28 %	

Helper. Zu denken wäre hier an steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Vergünstigungen, an die Subvention von Pflegeleistungen und die Pflegegutscheinsysteme. Des Weiteren soll die häusliche Pflege erleichtert werden, durch die Förderung altengerechter Wohnungen, Wohngelderhöhungen, Förderung des Mehrgenerationenwohnbaus, Hausnotrufe, apparative und professionell fachliche Unterstützung sowie durch Einrichtung von Tageskliniken. Außerdem geht es um den Ausbau und die Erweiterung des Netzes der bestehenden rund 1500 Sozialstationen. Ihre Personalausstattung soll verbessert werden durch Fachkräfte, aber auch durch Zivildienstleistende, Helfer des freiwilligen sozialen Jahres und ehrenamtliche Helfer ..."

Quelle: 4. Familienbericht der Bundesregierung

Schicksal der älteren Menschen bemüht zu sein. Tatsächlich schlägt sie z.B. vor, das Rentenalter zu flexibilisieren, also anzuheben. Sie hat einen ganzen Katalog von Arbeiten aufgelistet, in denen rüstige "Frührentner" sich tummeln können, ohne auch nur auf die Frage einzugehen, warum sie "Frührentner" geworden sind.

Viel Gewicht legt die Kommission darauf, die "Solidarität" der Generationen nicht nur finanziell, sondern in Form von Arbeitsleistungen zu erzwingen. Sie propagiert das "Modell Pflegegutschein" (s. Kasten): Wer im Alter Anspruch auf Pflegeleistungen haben will, muß sie sich vorher verdienen. Die wohllebenden Klassen erhalten ausreichende Steuergünstigungen, um eine Pflegekraft zu kaufen. Die einfachen Lohnabhängigen dürfen ihre Eltern oder die Alten der Reichen selbst pflegen. Der Kommission ist klar, daß die Pfletätigkeit ohne-

hin an den Frauen hängen bleibt, und daß schon gegenwärtig "viele Familien bis an der Grenze ihrer Belastbarkeit stehen". Dennoch tüftelt sie Modelle aus, in denen im Generationenablauf noch Zeitreserven ausgeschöpft werden sollen. Dabei wird von der Norm einer etwa elfstündigen täglichen "Familientätigkeit" ausgegangen. Was darunter liegt, gilt als "freie Zeitressource", die für Pfletätigkeit genutzt werden kann. Wie alleinstehende Frauen oder Familien, in denen beide Eheleute lohnabhängig sind, dies überleben sollen, bleibt ein Geheimnis.

Obwohl Untersuchungen im Ausland belegen, daß übermäßige familiäre Belastung durch Pfletätigkeit Gewaltanwendung besonders gegen ältere Menschen fördert, will die Kommission diese in die Familien zum Sterben abschieben. Damit können Ansprüche an mögliche Lebensverlängerung

gernde medizinische Maßnahmen gar nicht erst aufkommen. Oder: der Mord an alten Menschen geschieht im Privaten, wird individuelle Schuld. Im 4. Familienbericht heißt es dazu: "Verlust an religiöser Orientierung, das Verschwinden von früher verbreiteten Sterbitalen (unter Beteiligung von Kirche, Verwandtschaft und Nachbarschaft), die eine gewisse Verhaltenssicherheit gaben, und überhaupt der Mangel an Erfahrung mit der Situation des Sterbens eines Angehörigen, – dies zusammen macht es Familien heute schwer, einen sterbenden Angehörigen zu Hause zu behalten. So werden sterbende alte Menschen oft noch in der letzten Phase in ein Pflegeheim oder Krankenhaus verlegt, obwohl ausreichend Hilfe bei der Pflege zur Verfügung steht und eine medizinisch mögliche Lebensverlängerung häufig eher eine Verlängerung des Sterbens bedeutet." – (wop)

Nach den Gewerkschaftsunternehmen:

Jetzt geht es auch gegen kommunale Versorgung und Versicherungsleistungen!

"Der DGB hat nichts mehr zu sagen, nur noch zu zahlen", so frohlockte der Spiegel vorletzte Woche nach der Rücknahme aller Gesellschaftsanteile an der Neuen Heimat am 13.11.86 vom Berliner Brotbäcker Schiesser. Dem Finanzkapital ist eine der größten Ermessen in der Geschichte imperialistischen Wirtschafts gelungen.

Schiesser war weder ein Strohmann noch ein Narr. Sein Konzept zur restlosen Privatisierung der verbliebenen 190000 NH-Wohnungen mit 90000 Mietherrn und Angehörigen war aussichtsreich:

(a) sofortiger Verkauf von ca. 50000 nicht mehr preisgebundenen Mietsozialwohnungen; (b) jährliche Mieterhöhungen von 2,5% in den übrigen Beständen; (c) 10%ige Kostensenkung, sprich Unterlassung von Reparaturen, Wartungs- und Reinigungsarbeiten; (d) Abnahme aller Geschäftsrisiken durch den DGB im Wert von 900 Mio. DM für die beiden nächsten Jahre; (e) ruhige Verhandlungen mit den Ländern über den Ankauf von Wohnungspaketen zur Weiterveräußerung; (f) Zins- und Tilgungsstreckungen durch die Gläubigerbanken über den 31.12.86 hinaus (1).

Mit den Punkten (a) bis (e) war die Führungsgruppe der Gläubigerbanken in den Verhandlungen mit Schiesser ab 10.11. einverstanden. Schiessers Konzept lief auf eine langsame Liquidation der NH ohne Verwüstung des Immobilien- und Realkreditmarktes hinaus. Die Interessen der hier tätigen Branchen des Finanzkapitals waren gewahrt. Die Kröte längerer Zins- und Tilgungsstreckungen wollten die Banken aber nicht schlucken. Denn der geplante Verkauf der Bank für Gemeinwirtschaft durch den DGB war bekannt geworden. Eine weitere "direkte Haftung des DGB war finanziert". Also erinnerte die Banken-Mafia Schiesser an den laufenden Konkurs seiner Fa. "Atelier Berlin" vor dem Amtsgericht Charlottenburg. Eine der NH-Gläubigerbanken sperrte ihm schnell 25 Mio. DM Kredit; Schiesser gab auf (2). Dem DGB und seiner Holdinggesellschaft an den gewerkschaftlichen Unternehmungen BGAG drohte man mit Konkurseinleitung und erpreßte sie zu folgendem:

(a) Schiessers Konzept einer außergerichtlichen Auflösung der NH selbst durchzuführen; (b) Schiessers Abgang zu versüßen; (c) eine unkontrollierbare "Treuhandgesellschaft" mit einem "glaubwürdigen" "Schiesser" an der Spitze zu bilden; (d) hieran notfalls alle Anteile einzuschließen; (e) Verluste auch über 1986 hinaus zu tragen; (f) bis zum Beginn der 90er Jahre die

Auflösung der Neuen Heimat durchzuführen (3).

Die weitere Entwicklung ist bekannt: Schiesser erhält von der BGAG knapp 15 Mio. DM "Aufwandsentschädigung" und 25 Mio. DM Kredit zur Rettung seiner Firmen. DGB und BGAG bemühen sich derzeit um Gründung der "Treuhandgesellschaft". Allerdings hagelt es bereits Absagen von Banken, freier Wohnungswirtschaft und Länderregierungen, sich sofort an der Auffanggesellschaft zu beteiligen. Alle warten ab, wie weit der DGB noch gebettelt werden kann. DGB und BGAG haben zwischenzeitlich am 18.11.86 die Übertragung der Mehrheit der Anteile an der BfG für 1,9 Mrd. DM an die Aachener und Münchener Versicherung beschließen müssen. Es wird nur eine Frage der Zeit sein, wann auch die Volksfürsorge verkauft wird.

Die versuchte Rettung der frei verfügbaren Streikkonten der Gewerkschaften ist unabsehbar gefährdet. Ein wichtiger Reproduktions- und Reservefonds der Arbeiterschaft im Kampf um Lohn, Arbeiterrechte und ein menschenwürdiges Dasein wie die NH ist weg. Nichts ist mehr mit Mietstundungen und Unterlassung von Kündigungen im Streikfalle. Die Konten des DGB und von 700000 Lohnabhängigen stehen fortan unter Aufsicht des Finanzkapitals. Nichts ist mehr mit ungehinderter Auszahlung von Streikgeldern und Zinsstundungen bei Krediten im Streikfalle. Die Trommler für die Lösung "Hau weg die Gemeinwirtschaft" unter linken Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Grünen bis hin zu VSP und MLPD werden sich noch die Augen reiben.

Die Drohung mit Konkurseinleitung durch die Banken konnte im übrigen gegenüber der DGB-Spitze erpresserisch wirken, weil CDU/CSU/FDP mit der Einrichtung des NH-Untersuchungsausschusses im Bundestag ein weiterer großer Schritt zur Faschisierung des Staatsapparates gelungen ist. Das Untersuchungsrecht der Weimarer Reichsverfassung war ausschließlich als Kontrollmöglichkeit der Opposition ausgebildet. Schon bei Abfassung des Grundgesetzes 1949 überschritt die Bourgeoisie diesen traditionellen Rahmen einer bürgerlichen Republik durch Unterdrückung einer klaren Festlegung. Ihren faschistischen Staatsrechtler Maunz ließ sie vielmehr über Möglichkeiten der Umwandlung von Untersuchungsausschüssen in Tribunale gegen die politische Opposition nach dem Vorbild der McCarthy-Ära nachsinnen. Mit dem NH-Untersuchungsausschuss instal-

lierte die Reaktion erstmals ein solches Tribunal. Dabei maßen sich CDU/CSU/FDP erstmals mit den Nr. IV und V des Untersuchungsauftrages auch das Recht an, den gesamten Einfluss der Gewerkschaften auf die Politik in Bonn, aufgehängt am Verdacht der Konkursverschleppung bei der NH, zu untersuchen und ihre Vorstände durch ständige Vernehmungen zu bedrohen: "Zahlt, haltet das Maul oder wir denunzieren Euch wegen Konkursverschleppung".

Natürlich war die NH seit Beginn der 80er Jahre in Konkursgefahr. Aber selbst richtige Vorschläge zu ihrer Rettung hätten die reale Gefahr einer Strafverfolgung wegen Verschleppung bedeutet, wäre ein Konkursverfahren erst einmal eingeleitet. Ganz egal, ob das Konkursverfahren später durchgeführt würde oder nicht. Mit einem Beugehaftbeschluß gegen den damaligen BGAG-Vorständler Lappas und Beschlagnahmebeschlüssen über Geschäftspapiere wurde ernst gemacht. Die Entscheidungen des LG Frankfurt und des BVerfG versagten hiergegen Rechtschutz. Im Knast aber wollten weder Lappas noch Breit eine prinzipielle Auseinandersetzung gegen die Anmaßungen der Reaktion durchstehen. Dazu hätten sie aber nach der Zustimmung der SPD zur Einsetzung des Tribunals, dem Mitwirken der Grünen an den Zwangsmaßnahmen und wegen des "Offenlegungs"geschreies selbst aus revolutionären Organisationen heraus auch keine Chance gehabt. Also wurde zurückgewichen.

Auf dieser Grundlage stößt die Reaktion massiv nach. In seiner Ausgabe vom 17.11. geißelte der Spiegel z.B. die mit dem Gemeinwirtschaftsprinzip zumindest dem Anspruch nach verbundene Ablehnung ungehemmter Profitmacherei und die Verfolgung von "preiswerter Bedarfsdeckung für breite Schichten" als tiefe "Ignoranz ... über das Wesen des Kapitalismus". "Wirtschaft ... muß der Rationalität und der Sparsamkeit verhaftet bleiben, sonst verfehlt sie ihren Zweck, ... knappe Mittel effizient zu nutzen". (4) Fazit: etwas Sozialeres als Profitwirtschaft gibt es nicht; wer an Ansprüchen der Lohnabhängigen festhält, ist entweder ein Idiot oder ein unbelehrbarer Wirtschafts- und Staatsfeind. Hoffentlich merken die Grünen und die Linken jetzt, daß auch alle Bestrebungen um Rekommunalisierung von Versorgungsleistungen auf genossenschaftlicher Basis und kollektive, selbstverwaltete Versorgungsleistungen als verschwenderische Mißwirtschaft ins Schußfeld geraten.

Quellenhinweis: (1) Spiegel, 47/86; Handelsblatt, 8./9.11.86; (2) a.a.O.; (3) Handelsblatt, 13.11.86; (4) Spiegel, 47/86 – (ped, vol)

Vom Oppositiionsinstrument zum Regierungsknüppel

1949 Keine eindeutige Festlegung der Aufgaben von Untersuchungsausschüssen
 "1. Der Bundestag hat das Recht und auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der in öffentlicher Verhandlung die erforderlichen Beweise erhebt. Die Öffentlichkeit kann ausgeschlossen werden.
 2. Auf Beweiserhebungen finden die Vorschriften über den Strafprozeß sinngemäß Anwendung. Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis bleibt unberührt.
 3. Gerichte und Verwaltungsbehörden sind zur Rechts- und Amtshilfe verpflichtet.
 4. Die Beschlüsse der Untersuchungsausschüsse sind der richterlichen Erörterung entzogen..." (Art. 44 Grundgesetz)

Faschistischer Staatsrechtler rechtfertigt 1960 Entwicklung zum Unterdrückungsinstrument

"Die Untersuchungsausschüsse sind sog. parlamentarische Hilfsorgane wie alle anderen Parlamentsausschüsse. Sie verfolgen also mit ihren Erhebungen nicht einen selbständigen Zweck, sondern wollen und sollen wie jedes andere Unterorgan des Bundestages dessen Arbeit fördern und erleichtern, insbesondere wie alle anderen Ausschüsse Entscheidungen und Beschlüsse des Bundestages und der Regierung vorbereiten.

Welcher Art diese Beschlüsse sind, ist unerheblich. Deshalb ist es zu eng, wenn weithin davon gesprochen wird, das Untersuchungsrecht sei eine Waffe des Parlaments gegen die Regierung. ... Denn neben diesen politischen oder administrativen Enquêtes sind auch andere zulässig ... sog. Skandalenquête, die bestimmte Mißstände in Verwaltung, Justiz, aber auch im öffentlichen Leben (aufsehenerregende Kriminalfälle u.ä.) zu untersuchen haben, ... " (Maunz-Düring-Herzog, GG, Art. 44, Rdnr. 3+4)

Neue Heimat-Untersuchungsausschuß: Erstmals seit 1949...

"Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik (wird) ein Untersuchungsausschuß nicht gegen Institutionen des Staates tätig; Untersuchungsgegenstand ist erstmals ein privates Wirtschaftssubjekt" (Süddeutsche Zeitung lt. Der Spiegel vom 27.10.1986)

...umfassende Verhetzung, Schwächung und Bestrafung gewerkschaftlicher Politik.
 "Der Deutsche Bundestag hat am 5.6.1986 auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion sowie der FDP-Fraktion die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses mit folgenden Themen beschlossen: ... IV. Der Untersuchungsausschuß soll aufklären, ob ... Eigentümer ... der ... genannten (gewerkschaftlichen, d.V.) Unternehmen ... in der Zeit bis zur öffentlichen Erörterung des Neue Heimat-Skandals auf dem DGB-Kongreß 1982 Einfluß genommen haben auf die Mitglieder der Bundesregierung oder des Deutschen Bundestages ...

V. Der Untersuchungsausschuß soll die ... Themen auch mit dem Ziel der Bearbeitung einer Empfehlung an die Bundesregierung klären, ob und ggf. welche Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die Folgen des Neue Heimat-Skandals für alle Betroffenen... sowie die öffentlichen Haushalte möglichst gering zu halten. In diesem Zusammenhang ist auch zu klären, ob die ... Eigentümer der Neuen Heimat ... in der Lage und bereit sind, die bei der Neuen Heimat ... entstandenen Probleme auf ihre – der Eigentümer – Kosten und ohne öffentliche Unterstützung zu lösen bzw. weshalb dies nicht möglich ist oder weshalb die Bereitschaft dazu fehlt." (Themen des Untersuchungsausschusses laut Beschuß des Landgerichtes Frankfurt a.M. vom 22.10.1986 zum Aktenzeichen 5/28

Qs 16/86)

Die Justiz segnet willfährig ab

"Die Beschlagnahme der Protokolle der Sitzung des Aufsichtsrats der Antragsgegnerin (gewerkschaftliche Beteiligungsgesellschaft, d. V.) vom 30.6.1977 bis zum 1.10.1986 wird angeordnet ... Ein ... Ziel des Untersuchungsauftrages liegt in der Aufklärung von Mißständen, deren Grund Verstöße gegen bundesgesetzliche Regelungen durch das gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen 'Neue Heimat' sein sollen. Solche Mißstands- oder Skandalenquête sind auch dann zulässig, wenn sie nicht den genuin staatlichen Bereich von Regierung und Verwaltung betreffen, aber durch 'Staatsbezug' öffentliche Interessen berühren. Diese Aufgabe ergibt sich aus der Funktion des Parlaments als Repräsentant des Volkssouveräns und oberstem Organ der staatlichen Willensbildung. Die im Vordergrund des Untersuchungsausschusses stehenden Geschäfte der Neuen Heimat Gemeinnützig lassen sich nicht uneingeschränkt dem Bereich privatautonomer Wirtschaftssubjekte zuordnen, wie die Antragstellerin meint. Denn die erforderliche staatliche Anerkennung eines gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmens ... und die damit verbundenen Steuerprivilegien heben ein solches Unternehmen aus dem Bereich privater wirtschaftlicher Betätigung heraus und begründen den staatlichen Bezug seines Verhaltens. Die Tätigkeiten der privaten Wirtschaftsunternehmen der Antragsgegnerin gerieten lediglich als Annex zum primären Untersuchungsgegenstand Neue Heimat Gemeinnützigkeit in den Untersuchungsauftrag. ... Richtig ist allerdings, daß der komplexe Untersuchungsauftrag höchst unterschiedliche Fragestellungen vereinigt, wobei jedenfalls die Zulässigkeit des unter Ziffer IV. genannten Auftrages einer Mißstandsquête (Mißstand bei Behörden, d. V.) im Bereich der Regierung außer Streit steht. Soweit die Antragsgegnerin zum Untersuchungsauftrag in Beziehung geriet, geht das öffentliche Interesse an der Aufklärung von Mißständen in einem gemeinnützigen Wohnungsbaukonzern bis hin zu strafatbestandsmäßigen Verhalten (Konkurrenzstraftaten gem. §§ 283 ff. StGB, d. V.) der Wirkkraft der Grundrechte vor ..." (Beschuß des Landgerichtes Frankfurt vom 22.10.86 zu dem Aktenzeichen 5/28 Qs 16/86)

"... Der im Ausgangsverfahren zuständige Ermittlungsrichter des Amtsgerichtes Frankfurt a.M. hat als ausführendes Organ des Bundesverfassungsgerichtes unter Wahrung strikter Geheimhaltung die beschlagnahmten Aufsichtsratsprotokolle vor ihrer Weitergabe an den 3. Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages darauf durchzusehen, ob sie für die sich aus dem Beschuß des Landgerichtes Frankfurt a.M. vom 22.10.1986 i.V.m. dem Untersuchungsauftrag und dem Beweisbeschuß 10/6 ergebenden Beweisthemen als Beweismittel von Bedeutung sein können ..." (Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 5.11.86 zu den Aktenzeichen 2 BVR 1178/86, 1179/86 und 1191/86)

Nach kurzer juristischer Gegenwehr...

"Der Frankfurter Staatsrechtsprofessor Hans Meyer: 'Die beschäftigen sich mit Sachen, die das Parlament gar nichts angehen'. Folglich, so riet Meyer den BGAG-Bossern, müßten sie vor diesem Gremium ihre Geheimnisse auch nicht offenbaren." (Der Spiegel vom 27.10.1986)

... Kapitulationserklärungen von

DGB- und Gemeinwirtschaftsvorständen:
 "Sofort nach der Urteilsverkündung (durch das Bundesverfassungsgericht, d. V.) äußerten sich alle Beteiligten befriedigt. Die Abgeordneten des Untersuchungsausschusses und ihre Prozeßvertreter sprachen ihre Genugtuung aus, daß die BGAG zur Herausgabe der beschlagnahmten Protokolle verurteilt worden sei. Die Gewerkschaftsseite dagegen meinte, daß man mit dieser Form der Geheimhaltung und mit dem neutralen Richter als Kontrollinstanz leben könnte." (Handelsblatt vom 6.11.1986)

Spanien

Der Heilige Isidoro, die EG und die NATO

Noch zu Lebzeiten Francos, im Oktober 1974, wurde in dem französischen Ort Suresnes ein Mann zum Ersten Sekretär der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) gewählt, der den Decknamen "Isidoro" trug. Er benutzte dieses Pseudonym, weil er wie der Heilige Isidoro aus der andalusischen Stadt Sevilla stammt und Sohn eines Tagelöhners ist. Der neue Sekretär beschwore die Delegierten, ihn auf dem Weg in ein freies, sozialistisches Spanien zu begleiten. Nicht nur auf der Versammlung in Suresnes, sondern auch und gerade in seiner Heimat Andalusien, die vom Franquismus brutal ausgebeutet worden war, stieß Isidoro auf immer größere Resonanz. Die unzähligen Tagelöhner und Campesinos Andalusiens setzten ihre Hoffnung in diesen "Anwalt der Armen" und wählten ihn so lange, bis er mit einer satten absoluten Mehrheit den Weg nach Madrid antreten konnte, um die Regierung zu übernehmen und das Land in eine sozialistische Zukunft zu führen. Nun warteten alle auf die Taten des Heiligen Isidoro. Doch plötzlich wurde aus dem Märchen ein Alptraum und Isidoro nannte sich von nun an bei seinem bürgerlichen Namen. Und der ist Felipe Gonzalez.

Eine Landreform ohne Boden

Das historische Anliegen der andalusischen Campesinos ist eine Landreform. In Anbetracht der herrschenden Besitzverhältnisse ist diese immer verstanden worden als eine größer angelegte Expropriation der Latifundistas, die ihre großflächigen Ländereien von ca. 300000 Gelegenheitsarbeitern – das sind 70% aller in der Landwirtschaft Tätigen – gegen einen Hungerlohn bewirtschaften lassen.

Die erwartete Landreform blieb allerdings aus. Was Gonzalez den andalusischen Campesinos als solche kreditiert, hat den Namen nicht verdient. Vielmehr handelt es sich um ein Täuschungsmanöver klassischen Ausmaßes. Nach dem andalusischen Agrarreformgesetz vom 3.7.1984 sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

Für alle bewässerten Flächen über 50 ha und alle Trockenflächen über 300 ha, die im Vergleich zum umliegenden Agrarkreis schlecht genutzt sind, müssen Verbesserungspläne vorgelegt werden und es soll eine Steuer auf ungenutztes Land zu entrichten sein. Wird dies verweigert, kann das Land an Landarbeiter und Kleinbauerngenossenschaften für 12 Jahre zwangsverpachtet werden. In diesem Zeitraum zahlen die Kooperativen selbstverständlich eine Pacht an die Großgrundbesitzer, und nach 12 Jah-

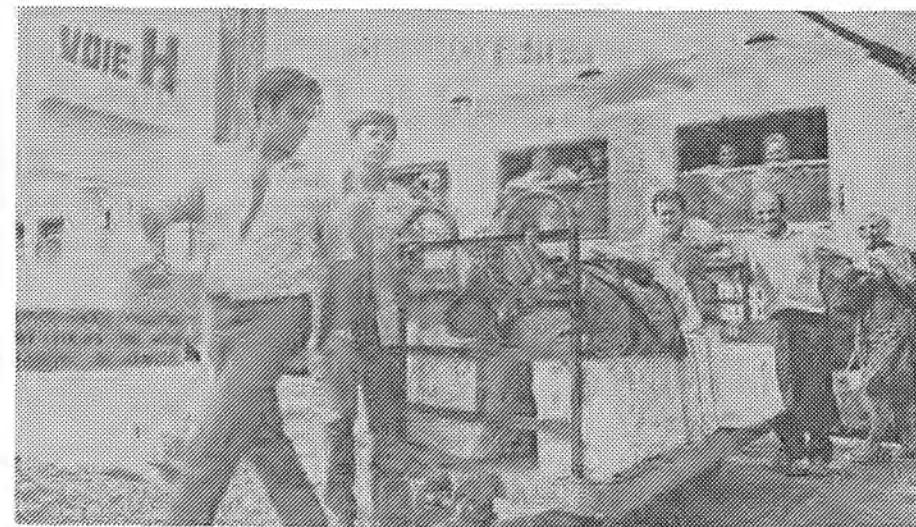
ren geht das Land in deren Besitz zurück. Die Strategie der Regierungsreform wird somit deutlich: Ein wenig Öland an die Campesinos verpachten. Diese haben es zu kultivieren, und nach einigen Jahren reiben sich die Latifundistas süssig die Hände.

Die Reaktion der Landarbeiter auf dieses Manöver ist deutlich. Die "Reform" wird als das gesehen, was sie ist. In diesem Sommer wurden zahlreiche Protestmärsche zu den Ayuntamientos, den Rathäusern, organisiert. Nicht selten wurden diese besetzt; so geschehen in den Städten Taifa, Conil, Medina Sidonia, Rota etc. Es wurden Forderungen nach einer Landreform aufgestellt, die diesen Namen verdient.

Die Landreform war das große Versprechen Felipe Gonzalez' vor der Wahl an Andalusien. An der Realisierung dieses Versprechens läßt sich ablesen, wie schnell ein politischer Parvenü wie Gonzalez sich dazu gezwungen sieht zu lavieren, um sich die neu gewonnene "persönliche Freundschaft" des Königs zu erhalten. Zum einen muß er, um wiedergewählt zu

strieller, die kokett nach neuen Märkten schauen: Die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft könnte nur von Vorteil sein. Die PSOE prognostizierte, daß der Beitritt zur EG mittelfristig dazu führen wird, die jahrhundertelange Isolation Spaniens in ökonomischer, aber auch in politischer und kultureller Hinsicht zu durchbrechen. Dadurch werde Platz für innovative Kräfte geschaffen, was sich stabilisierend auf die junge spanische Demokratie auswirke. Was die "Stabilisierung der Demokratie" schon kurzfristig für eine Region wie Andalusien bedeuten kann, sei hier an einem kleinen Beispiel erläutert:

Die Provinzen Jerez und Chiclana sind über ihre Grenzen hinaus für ihre Süßweine bekannt. Auf dem spanischen Binnenmarkt schätzt man aber auch den dort produzierten Rum. Ca. 200 Destillationsbetriebe mit zwischen 50 und 400 Beschäftigten werden in Jerez und Chiclana gezählt. Bei der immens hohen Arbeitslosenzahl in Andalusien, die zwischen 40% und 60% geschätzt wird, gehörte bis vor kurzem die Rumindustrie noch zu den letzten Bastionen eines sicheren Arbeitsplatzes. Der Beitritt Spaniens zur EG hat für diesen Industriezweig letale Folgen. Aufgrund des Klimas war es in Andalusien möglich, Zuckerrohr anzubauen. Dieser Rohstoff soll nun durch das Inkrafttreten von EG-



Seit Generationen müssen Tausende von Andalusiern ihr Land verlassen, um das nackte Überleben zu sichern. Unterdrückt und isoliert in der Fremde oder arbeitslos in der Heimat bilden die Alternative. Die Hoffnung auf einen Wechsel zum Besseren nach dem Franquismus war groß.

werden, eine "Landreform" in Angriff nehmen, zum anderen will er nicht mit den Besitzverhältnissen kollidieren. Konsequenz ist in der Regel – und so auch im Fall der PSOE – sozialdemagogisches Taktieren. In diesem Fall auf Kosten der andalusischen Campesinos.

Brennendes Zuckerrohr und versiegender Rum

Die Meinung der spanischen Regierung deckt sich mit der vieler Indu-

Bestimmungen nicht mehr direkt vor den Toren der Destillationsbetriebe wachsen. Ein älteres Abkommen der EG mit einigen karibischen Staaten verpflichtet alle EG-Mitgliedsländer zum Import von Zuckerrohr und verbietet den Eigenanbau. Ursache für diese Vereinbarung war die Zusage der karibischen Staaten, ihre Märkte ohne protektionistische Maßnahmen den EG-Exporten offenzuhalten, falls die EG ihre gesamte Zuckerrohrnachfrage aus der Karibik decke. Dies bein-

haltet selbstverständlich ein Verbot der Anpflanzung innerhalb der EG. Da zur Zeit des Abkommens gegen Ende der siebziger Jahre kein Mitgliedsstaat der EG Zuckerrohr anbaute, war die Verpflichtung, alle Importe aus der Karibik zu beziehen, eine billige Eintrittskarte für die dortigen Märkte. Darunter hat nun Andalusien, das schon jetzt zu den ökonomisch schwächsten Regionen der Europäischen Gemeinschaft zählt, vehement zu leiden. Die Madrider Regierung setzte zwar durch, daß die diesjährige Ernte noch eingebracht werden durfte, mußte sich aber dazu verpflichten, danach das Abbrennen der Felder zu verordnen. Dies ist bereits geschehen. Die Konsequenz ist die Liquidierung eines zwar kleinen, aber relativ gesunden Industriezweiges. Die andalusischen Rumproduzenten können mit den Giganten der Branche preislich nicht mehr mithalten, wenn sie die EG-Vereinbarung einhalten und ihren Zuckerrohrbedarf aus Übersee decken sollen. Es ist abzusehen, daß ein Destillationsbetrieb nach dem anderen schließen muß und die dortigen Ar-

beitsplätze auch noch wegfallen. Der "Segen" der Europäischen Integration erzeugt folglich auch bei vielen andalusischen Arbeitern alles andere als Euphorie. Neben dem Verlust der Arbeitsplätze für die Beschäftigten in den Destillationsbetrieben trifft es auch die Tagelöhner, die sich bei der Zuckerrohrernte für umgerechnet 14 DM täglich verdingen durften/mußten. Der Betrag zeigt, in welch desolatem Zustand sich die Region befindet. Von vielen wurde es schon als Vorteil empfunden, für diesen Hungerlohn 12 Stunden täglich bei einer Hitze zwischen 30 und 35 Grad im Schatten die Zuckerrohrstauden abzuschlagen und zu verladen.

Grundlage für die Bereitschaft, seine Arbeitskraft unter quasi feudalistischen Bedingungen zu verschleudern, ist die immense Arbeitslosenquote und ein miserables Sozialversicherungssystem, das, bevor es überhaupt installiert war, schon einer sukzessiven Demontage zum Opfer fiel. Wie bei den Campesinos, so mehren sich auch bei den Arbeitern in den Industriebetrieben die Zeichen, die Politik

Ni OTAN, ni Yankees

Die Regierung Gonzalez hatte in ihrem außenpolitischen Konzept von vornherein zwei Eckpfeiler, auf die sie sich stützen wollte. Der ökonomische sollte der Beitritt zur EG sein – und seine Notwendigkeit wurde verkauft als Vitaminstoß für den spanischen Markt. Die andere Marge hatte sicherheitspolitischen, besser gesagt militärischen Charakter. Es ging der PSOE-Regierung von Anfang an um die militärische Integration Spaniens in die Nato. Nur war dies nicht zu verkaufen. Die seit der Kolonialzeit bestehende Bindung zu Mittel- und Südamerika nahm nach der Unabhängigkeit der meisten lateinamerikanischen Länder einen anderen Charakter an. So fanden viele Spanier während der 40-jährigen Franco-Diktatur z.B. Exil in der traditionellen Demokratie Chiles und in anderen Ländern des Kontinents. Oder unter dem Aspekt wirtschaftlicher Vereinigung wanderten einige tausend Andalusier nach Argentinien aus. Die Kontakte zwischen Spanien und Südamerika blieben, nur nahmen sie einen nicht kolonialistischen, neuen Charakter an. Dies führte dazu, daß die Spanier wachen Auges die Entwicklung Lateinamerikas verfolgten und sehr deutlich mitbekamen, wie die dortigen Staaten durch die perfide Politik des US-Imperialismus einer nach dem anderen ökonomisch ausgeplündert wurden, und – falls dies nicht reibungslos zu gehen drohte – Militärdiktaturen instal-

liert wurden.

Vor diesem Hintergrund wird klar, daß in Spanien der US-Imperialismus auf wenig Gegenliebe stößt. Gonzalez' Plan, Spanien in die NATO zu bekommen, war durch den genannten Tatbestand gefährdet. Sein Manöver, ihn erfolgreich zu realisieren, ist hinreichend bekannt. Zog er mit dem Versprechen in die Wahl, bei Regierungsübernahme ein sofortiges Referendum über NATO-Mitgliedschaft oder nicht durchzuführen, zögerte er dies immer mehr hinaus. Dann sollte das Referendum nur konsultativen Charakter haben und schließlich gelang es mit vielen Tricks, eine Mehrheit für die NATO-Mitgliedschaft zu gewinnen.

Kurz danach überflogen US-Bomber den spanischen Luftraum auf ihrem Weg nach Tripolis, wo sie die dortige Zivilbevölkerung bombardierten. Nachdem Gonzalez die Erlaubnis für die US-Air-Force vehement verteidigt hatte, bekamen die Andalusier schnell zu spüren, daß die USA eine so günstige Sition nicht verstreichern lassen. Bei ihrem aggressiven Manöver in der Großen Syrte vor Libyens Küste wollten sie noch einen zweiten Flugzeugträger zwecks Machtdemonstration zum Einsatz bringen. Der war jedoch schon auf dem Weg zurück zu seinem Heimathafen in die USA, um dort wieder flott gemacht zu werden. Er wurde kurzerhand zurückbeordert und lief den Hafen Cadiz an. Dort wurde der Flugzeugträger repariert. Die Erlaubnis der Regierung Gonzalez lag selbstverständlich vor.



Einer von vielen Protestmärschen von Andalusien nach Madrid.

der PSOE scharf zu kritisieren und die Regierung als ein trojanisches Pferd zu begreifen, in dem die Agenten des internationalen Kapitals sitzen, die ihre Verwertungspläne zu verwirklichen suchen. Der Unmut darüber machte sich in diesem Sommer in kurzen Warnstreiks auf der Werft von San Fernando Luft.

Quellenhinweis: Die Weltbühne, 23. 11.82; Express, 7/86; TAZ, 18.01.86; El País, 21./25./29.09.86; Diario, 16./25.07. und 18.08.86 – GM, AG für Auslandsberichterstattung

Frankreich

Krankenhausreform und Kostendämpfung geplant

Das Gesundheitsministerium macht jetzt seine Pläne für eine Krankenhausreform bekannt, die am 3.12. dem Ministerrat vorgelegt werden sollen. Seit 1970 regelt ein Krankenhausgesetz für ganz Frankreich das Krankenhauswesen mittels Verteilungskriterien für die Finanzmittel und einem Versorgungsplan. Zur Zeit gibt es etwa 600 000 Betten, davon ein Drittel in privaten Krankenhäusern. Die Finanzierung aller Krankenhäuser geschieht über Pflegesätze.

Die jetzigen Reformpläne laufen vor allem darauf hinaus, den privaten Sektor massiv zu fördern. So werden z.B. Ärzte aufgefordert, in private Krankenhäuser zu wechseln, weil sie dort ihrer Qualifikation entsprechend mehr verdienen. Weiterhin entspricht der Gesetzesvorschlag einer alten Forderung der privaten Krankenhaussträger, einzelne Krankenhäuser zu Zentren zusammenzufügen, was u.a. einen Bettenabbau zur Folge hätte. Auch der öffentliche Sektor soll vor allem "kostengünstig" arbeiten. Um hier den unmittelbaren Zugriff des Staates zu stärken, werden Verwaltungsleiter eingesetzt, die vom

Gesundheitsminister ernannt werden.

Zur selben Zeit startet die Regierung einen massiven Angriff auf den Versicherungsschutz. Seit 1945 gibt es die staatliche Krankenversicherung in Frankreich. Die Finanzierung wird ähnlich wie in der BRD geregelt über Arbeitnehmer/Arbeitgeber-Beiträge. Dennoch werden mehr als 20% der Kosten für medizinische Dienstleistungen und Medikamente von den Versicherten selbst bezahlt, was über das Kosten-Rückerstattungssystem organisiert wird. Der Versicherte muß alle Kosten vorauszahlten und erhält nach einem festgelegten Katalog eine Rückerstattung von 40% bei "Bагател"medikamenten, von 70% bis 80% bei den meisten Medikamenten und Krankenhaus- und Arztkosten und von 100% bei 25 festgelegten schweren Krankheiten, Arbeitsunfällen und Mutterschaft. Die geplanten Änderungen sind: Revision der Liste der 25 Krankheiten, Abschaffung der Befreiung der Selbstbeteiligung bei mehr als dreimonatiger Arbeitsunfähigkeit, Erhöhung der Selbstbeteiligung bei Krankenhausaufenthalt, Neuberechnung des Krankengeldes, nur noch 80%ige Rückerstattung bei kleineren chirurgischen Eingriffen. Geplante Einsparungen: 9,4 Mrd. FF, d.h. ca. drei Mrd. DM.

Die CGT, die als einzige Gewerkschaft ohne Einschränkung gegen diese Kostendämpfung ist, ruft für den 27.11. zu einem Aktionstag auf.

Quellenhinweis: "l'Humanité, versch. Ausgaben; S. Sandier, J. Stephan, Frankreich, in: Gesundheitssysteme und Gesundheitspolitik in Westeuropa, Ffm. 1983. — (sur)

Indien

Kommunistische Parteien vor Zusammenschluß?

Die Sowjetunion plant im nächsten Jahr eine Konferenz der kommunistischen Parteien der Asien-Pazifik-Region. Durch die inzwischen sehr weitgehende Annäherung zwischen den beiden kommunistischen Parteien in Indien CPI (Communist Party of India) und CPI-M (Communist Party of India-Marxist) scheint es möglich, daß neben der CPI, die von jeher eng an der Linie der KPdSU orientiert ist, auch die CPI-M auf diese Konferenz eingeladen wird. Die CPI-M, die sich 1964 von der CPI abgespalten hatte, hat sich inzwischen längst konsolidieren können. Da sie lediglich in innenpolitischen Fragen Differenzen zur traditionellen KP hatte, sind außenpolitisch auch keine schwerwiegenden Unterschiede festzuhalten.

Die CPI-M hatte bei der Abspaltung innenpolitisch den revolutionären

Flügel repräsentiert und auch weitgehende Forderungen nach Landreformen erhoben. Die traditionelle CPI war von einer revolutionären Orientierung abgekommen und propagierte ein Zusammensehen mit der nationalen Bourgeoisie, was in der Folge so weit ging, daß sie die reaktionäre Innenpolitik Indira Gandhis bis hin zur Verhängung des Ausnahmezustandes 1976 unterstützte. Dies isolierte die CPI, da fast alle anderen Parteien auf Oppositionskurs gegangen waren.

Die CPI-M hingegen gewann 1977 die Wahlen in Westbengalen, dessen Regierung sie bis heute stellt. In anderen Bundesstaaten (Tripura, Kerala) konnte sie sich als starke politische Kraft etablieren. Die bislang revolutionäre Orientierung, die vor allem gegen die Congress-Partei als "Hauptfeind des Volkes" gerichtet war, hatte dieser Partei v.a. auf dem Lande, in rückständigen Regionen und unter Intellektuellen eine Basis verschafft.

In einer jüngeren Resolution der CPI-M wird betont, daß die beiden kommunistischen Parteien ihren Führungsanspruch in der "Linken Demokratischen Front" gemeinsam geltend machen. Jetzt wird behauptet, daß "die Spaltung der kommunistischen Bewegung in unserem Lande die fortschrittliche Entwicklung in unserem Lande ernsthaft gefährdet hat. Vor der Spaltung spielte die kommunistische Partei eine gewichtige Rolle; sie war die zweite Kraft nach der Kongreßpartei... Wir werden nichts erreichen, wenn die CPI und CPI-M sich auf vergangene Interessen konzentrieren." (People Dem., 2.11.86) Einige Kritikpunkte an der CPI sind jetzt Bestandteil der Politik der CPI-M geworden: Parlamentarische Ausrichtung und eine halbherzig durchgeführte Landreform (Westbengalen) für die landlosen Bauern, Pächter und Landarbeiter führte bei den letzten Wahlen zu Verlusten.

Wie weitgehend sich die CPI-M etabliert hat, zeigt auch ihr Standpunkt zur Bewegung auf dem Lande. Hier sind die Zustände insbesondere in Bihar noch derartig rückständig, daß es immer wieder zu Aufständen der landlosen Bauern, Pächter und Landarbeiter kommt, die sich ihre meist revolutionär orientierten Organisationen geschaffen haben. Gegen diese "Naxaliten" nimmt dasselbe Organ Stellung, indem es behauptet, diese Bewegung arbeite der Kongreßpartei in die Hände. Die eigentlichen Probleme der dort lebenden Menschen werden nicht verhandelt, sondern die möglichen "Einflußsphären" der jeweiligen Organisationen. Es fragt sich, in welche Richtung ein derartiges Bündnis einer linken Bewegung Orientierung geben kann.

Quellenhinweis: People's Democracy 2.11.86; Far Eastern Economic Review 9.10.86 — (cog)

Jugoslawien

"Notprogramm" der Regierung

Die Regierung von Jugoslawien, nach dem routierenden Ämterwechsel mit Präsident B. Mikulic seit Mai '86 im Amt, hat als Antwort auf die schlechte Situation der Wirtschaft (galoppierende Inflation, Exportrückgang, steigendes Handelsbilanzdefizit) ein Paket von Maßnahmen beschlossen, das von ihr als "Notprogramm" bezeichnet wird.

Beschlossen wurden eine Reihe von Maßnahmen, die Exporte in die "Hartwährungsländer" begünstigen, nachdem diese v.a. aufgrund der ungünstigen Abwertung des Dinar gegenüber westlichen Währungen um 1,7% zum



V. Kligorov, führendes Mitglied der "Kraigher-Kommission".

Vergleich mit dem Vorjahr zurückgegangen sind. Schnell realisierbare Exportvorhaben werden von der Regierung mit Devisenzuteilungen unterstützt, die über den bisher gesetzlich fixierten Rahmen hinausgehen. Steuererleichterungen für die Exportwirtschaft, Befreiung von Zöllen und anderen Abgaben auf notwendige Importe und zur Exportproduktion ergänzen das "Paket zur Ausfuhrbelebung". Jugoslawien käme bei seiner hohen Auslandsverschuldung in eine prekäre Lage, würden die Exporte weiter sinken und so die Deviseneinnahmen noch mehr zurückgehen.

Weitere kurzfristige Maßnahmen wurden angekündigt, um die private Landwirtschaft und das Kleingewerbe zu fördern. Wie wir berichteten, wurde die bisherige Beschränkung der privaten Landwirtschaft auf zehn ha und fünf Beschäftigte aufgehoben. Allerdings muß man bei der sehr rückständigen und maschinell schlecht ausgerüsteten Landwirtschaft daran zweifeln, ob solche Maßnahmen wirklich zur Erhöhung der Produktivität führen.

Neben den kurzfristigen Maßnah-

men sind weitergehende Änderungen im Wirtschaftssystem vorgesehen, wie sie schon vor ca. einem Jahr von der sog. "Kraigher-Kommission" vorgeschlagen wurden, die alle auf mehr "Marktwirtschaft" abzielen.

Eine "Bindung des Reallohnwachstums an die Produktivitätssteigerung" sei das Ziel, und Sanktionen sind geplant gegen Firmen, die höhere Löhne auszahlen als in einer Resolution für 1986 beschlossen. Diese Beschlüsse treffen auf den Widerstand der Arbeiter, die in diesem Sommer sich in zahlreichen Streiks Lohnerhöhungen erstreikten, die im allgemeinen aber nicht den Reallohnverlust durch die galoppierende Inflation (85% im Vergleich zum Vorjahr) ausgleichen können. Auch andere geplante Maßnahmen sind gegen die Arbeiter gerichtet, wie "befristete Freisetzung", die aufgrund des bisherigen Kündigungsschutzes so nicht möglich wären.

Das bisherige System der Selbstverwaltung soll dahingehend geändert werden, daß den Betrieben mehr Selbständigkeit gegenüber anderen Gremien, die bisher mitbestimmt haben (v.a. die Gemeinden) zugestanden wird, was bei der Ausrichtung an der "Effektivität" der Betriebe in nächster Zeit v.a. dahin führen wird, daß viele Betriebe geschlossen werden, da sie nicht genug Gewinn erwirtschaften. Für die so entlassenen Arbeiter gibt es aber keine Arbeitsplätze, so daß die schon jetzt sehr hohe Arbeitslosigkeit zunehmen wird.

Insgesamt sind die Maßnahmen der Regierung darauf ausgerichtet, auf Kosten der Arbeiter die notwendigen Devisen zu erwirtschaften, um wenigstens das Handelsbilanzdefizit zu verringern. Sie führen aber letztlich zu weiterer Abhängigkeit der jugoslawischen Wirtschaft v.a. von den westlichen Industrieländern.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung, Danas, verschiedene Ausgaben – (Isc)

Albanien

9. Parteitag der PdAA verabschiedet Fünfjahrplan

Hatte die westliche Presse noch vor Monaten anlässlich des Anschlusses Albaniens an das europäische Eisenbahnnetz Vermutungen über die "Öffnung Albaniens gegenüber dem Westen" in die Welt gesetzt, so war die Berichterstattung über den 9. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens, der vom 3. bis 8. November in Tirana stattfand, kurz gehalten. Die FAZ berichtete am 5.11. bitter, daß "Albanien nach wie vor Kredite nicht aufnehmen will."

In seinem Rechenschaftsbericht über die wirtschaftliche Entwicklung

Albaniens stellte der Vorsitzende der PdAA, Ramiz Alia, fest, daß das Sozialprodukt in den letzten fünf Jahren um 19% anstieg, die Finanzeinkünfte wuchsen um mehr als 17% und die Ausfuhren um rund 29%. Große Produktionssteigerung verbunden mit Schwerpunktinvestitionen konnten in der Industrie um 27% erzielt werden und dort im Maschinen- und Anlagenbau um 54%. Probleme gab in der Agrarproduktion, die aufgrund widriger Wetterbedingungen in den letzten drei Jahren unterdurchschnittlich um 13% stieg. Die vor über einem Jahrzehnt erreichte Selbstversorgung mit Brotgetreide konnte weiterhin gesichert werden. Dennoch hat die albanische Parteiführung bereits in diesem Jahr eine Änderung in der Landwirtschaft verfügt und Privatbesitz auf der Grundlage von Kollektiveigentum ermöglicht. Arbeitsbrigaden dürfen künftig bis zu zehn Kühe halten, deren Milch nicht bei staatlichen Abnahmestellen abgeliefert werden muß. Der neue Fünfjahrplan 1986-1990 sieht eine Steigerung des Sozialprodukts um über 30 Prozent vor. Das Nationaleinkommen soll um bis zu

37% und die Haushaltseinnahmen des Staates um bis zu 39% steigen. Schwerpunkte der staatlichen Investitionstätigkeit mit über 40% der Ausgaben soll die Industrie und dort vor allem die Exportwirtschaft sein, um ohne Schulden die für die rasche Industrialisierung nötigen Importe zu erwirtschaften, sowie mit über 30% die Landwirtschaft. Der Fünfjahrplan hält fest, bislang importierte Produkte langfristig durch eigene zu ersetzen. Gleichzeitig soll die Produktion von Verbrauchsgütern beschleunigt werden.

Außenpolitisch hält die Partei der Arbeit Albaniens an dem Kurs der Unabhängigkeit gegenüber den Blöcken und den "Supermächten" fest. Die Unterstützung von Befreiungsbewegungen z.B. in Azania machte die PdAA auch dadurch deutlich, daß der UNO-Vertreter des PAC Gast des Parteitages war.

Quellenhinweis: BPA-Ostinformationen, 3./4.11.86; Handelsblatt, 11.11.86; FAZ, 05.11.86; NFA, 18.11.86; Bericht Ramiz Alias vor dem 9. Parteitag in Tirana (Auszüge), in: Monitor-Dienst, 04.11.86 – (sie)

Philippinen

Rechtsputsch mit Aquino-Fassade zur Bekämpfung der Revolution

Die seit Monaten kursierenden und von der Weltpresse kolportierten Gerüchte um einen bevorstehenden Putsch des Militärs und von Marcos-Anhängern, angeführt von Verteidigungsminister Enrile, haben ein vorläufiges Ende gefunden: Enrile, schon unter Marcos Verteidigungsminister und dabei zu einem der reichsten Männer der Philippinen geworden, hat sein Amt zur Verfügung gestellt. Die drei Waffengattungen der Armee unter

Oberbefehlshaber Ramos, ebenfalls ein aus Marcos-Zeiten bekannter Schlächter und Absolvent der US-Militärakademie Westpoint, haben Präsidentin Aquino ihre Loyalität bekundet. Diese wiederum wird als Gegenleistung alle Minister entlassen, die fortschrittlicher Neigungen verdächtig sind, darunter Arbeitsminister Augusto Sanchez, Zielscheibe der Kritik ausländischer Investoren, weil er gegen die Streikwelle 1986 nicht mit



Elendsviertel in Manila. Jetzt herrscht hier wieder Kriegsrecht.



Am 19.11.86 demonstrierten mehrere tausend Minenarbeiter Boliviens in der Hauptstadt La Paz gegen die Pläne der Regierung, staatliche Minen zu privatisieren bzw. zu schließen. Seit dem drastischen Preisverfall für Zinn vor einem Jahr und den damit verbundenen massiven Einnahmeverlusten Boliviens beabsichtigt die Regierung, ein Privatisierungs- und Stillegungsprogramm für die staatlichen Zinnminen durchzusetzen. Seit Monaten führen die Zinnminenarbeiter Demonstrationen und Streiks dagegen durch. Im September organisierten sie Protestmärsche von mehreren tausend Kilometern, die von Gewerkschaften und Organisationen der Bauern unterstützt wurden. – (sie)

US-Bischöfe gegen wachsende Armut

Nach zweijähriger Debatte unter den Katholiken der USA haben die 300 römisch-katholischen Bischöfe den Hirtenbrief: "Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle: Katholische Soziallehre und die USA-Wirtschaft" verabschiedet. Sie kritisieren die ungeheuren Militärausgaben der USA in Höhe von 300 Mrd. US-\$ pro Jahr und daß die Kluft zwischen arm und reich immer größer wird. Über 33 Mio. US-Amerikaner, d.h. jeder siebente Einwohner – nach offizieller Statistik –, müssen in Armut leben: "Obdachlose Menschen ziehen in zerlumpter Kleidung durch die Straßen der Städte ... Tausende stehen in Schlangen vor Sup-

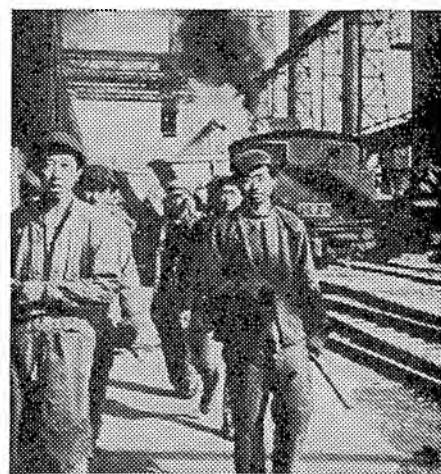
penküchen, weil sie keine andere Möglichkeiten haben, sich zu ernähren", heißt es. (Quelle: UZ, 24.11.86 – sie)

"Operation Vernichtung" in Osttimor

Um sich mit den für April 1987 geplanten Wahlen die internationale Anerkennung der Annexion Osttimors zu verschaffen und vor den Wahlen Tatsachen zu schaffen, hat die indonesische Führung eine neue Offensive gegen die osttimoresische Befreiungsbewegung Fretelin gestartet. Die indonesischen Besatzungstruppen wurden auf 40000 Mann aufgestockt. Sie sind mit schwerer Artillerie und Panzerwagen ausgerüstet. In größeren Ortschaften wurden über 100 Osttimoresen verhaftet. – (scc)

China: Zwei Klassen von Beschäftigten

Die zum 1.10. in Kraft getretenen provisorischen Regelungen über den Arbeitsmarkt, die das Vertragsarbeiter-System auf alle neuen Beschäftigten von Staatsbetrieben ausdehnen, gelten in wirtschaftsstarken Provinzen wie Jiangsu (im Yangtse-Delta) inzwischen für 8–10% aller Beschäftigten von Staatsbetrieben. Teil der neuen Regelungen ist eine Arbeitslosenkasse, in die alle Staatsunternehmen 1% der Gesamtlohnsumme abführen müssen und die Entlassenen im ersten Jahr der Arbeitslosigkeit 60–75% und im zweiten Jahr 50% des Durchschnittslohns der letzten zwei Jahre garantiert. Die Kasse wird von den Provinzregierungen verwaltet.



Das Zwei-Klassen-System von Beschäftigten wird durch das Zulagensystem weiter verschärft: So zahlt ein Musterbetrieb in der Wirtschaftssonderzone Shenzhen den fest Angestellten dreimal mehr Zulagen als den Vertragsarbeitern. – (wom)

Härte vorgegangen sei, und den Justizminister, weil er die Verbrechen der Armee unter Marcos verfolgen ließ. Zudem will Frau Aquino der Armee grünes Licht für eine Offensive gegen die Guerillas der Neuen Volksarmee NPA geben; denn nichts anderes bedeutet ihr Ultimatum an die NDF, binnen einer Woche die Waffen niederzulegen.

Damit scheint das erste Ziel der Kampagne der philippinischen Rechten und der westlichen Imperialisten erreicht, die Regierung Aquino nach rechts zu drängen und zu einer brutalen Verfolgung der revolutionären und der Arbeiterbewegung zu zwingen. Denn der Vorwurf der Untätigkeit auf diesem Gebiet war die zentrale Kritik der Reaktion an der Amtsführung Corazon Aquino, und Ex-Verteidigungsminister Enrile hatte sich dabei herovergetan mit lautstarker Polemik, Putschdrohungen und einer eigenmächtigen Verfolgung von Revolutio-

nären, in deren Rahmen einer der Führer der nach wie vor illegalen CPP, Rodolfo Salas, vom Armeegemeindienst als Geisel genommen und der Revolutionär und Gewerkschaftsführer Olalia ermordet wurde.

Die Frage, ob Enrile zusammen mit den reaktionärsten Teilen der Bourgeoisie tatsächlich einen Putsch planten und was ggfs. dessen Erfolgsausichten waren, ist angesichts dieser Ergebnisse zweitrangig: Faktisch hat ein Militärputsch stattgefunden, der die aus den Kämpfen gegen die Marcos-Diktatur hervorgegangene Koalition von Armeevertretern, Kirchenkräften und bürgerlichen Liberalen beseitigt hat. Die Hauptstadt ist faktisch unter Kriegsrecht gestellt. Daß bei diesem Militärputsch Enrile über die Klinge gesprungen ist, Frau Aquino dagegen weiterhin als Präsidentin fungiert, war für die demokratische Fassade der Angelegenheit unerlässlich.

Die USA haben inzwischen ihr Wohlwollen über die Operation bekundet. Daß dieser Militärputsch mit der Kirchenhierarchie abgestimmt war, kann als sicher gelten. Offen ist, ob der Putsch die Zersplitterung im Lager der philippinischen Bourgeoisie aufheben kann: Wie orientiert sich der zahlenmäßig starke Anhang Enriles aus Großgrundbesitzern, Teilen der Armee und der Klientel von Ex-Diktator Marcos? Kann Frau Aquino die liberalen Bourgeois, die ihre Hauptstütze bildeten und deren Einfluß weit in die städtischen Mittelklassen reicht, für den jetzt eingeschlagenen reaktionären Kurs und für die Isolierung der Revolutionäre gewinnen?

Schwerlich werden Frau Aquino und das Militär mit der Behauptung durchdringen, die Kommunisten wollten keinen Frieden – so Frau Aquino am Sonntag auf einer Kirchenkundgebung zur Begründung des Notstands und ihres Ultimatums an die über einen Waf-

Portugal: 20 Jahre Haft für Cavalho verlangt

Seit über einem Jahr ist einer der führenden Offiziere der portugiesischen Revolution von 1974 inhaftiert. Seit Juni 1985 läuft ein Gerichtsverfahren gegen Otelo de Cavalho, der beschuldigt wird, Mitglied der sogenannten Terrororganisation "Vereinte Volksfront FP-25". Die Volksfront war eine politische Organisation, der jetzt Banküberfälle, Erschießungen von reaktionären Armeeoffizieren usw. vorgeworfen werden. Für Otelo de Cavalho hat die Staatsanwaltschaft nun 20 Jahre Gefängnis verlangt. – (uld)

Österreich: Ergebnisse der Parlamentswahlen

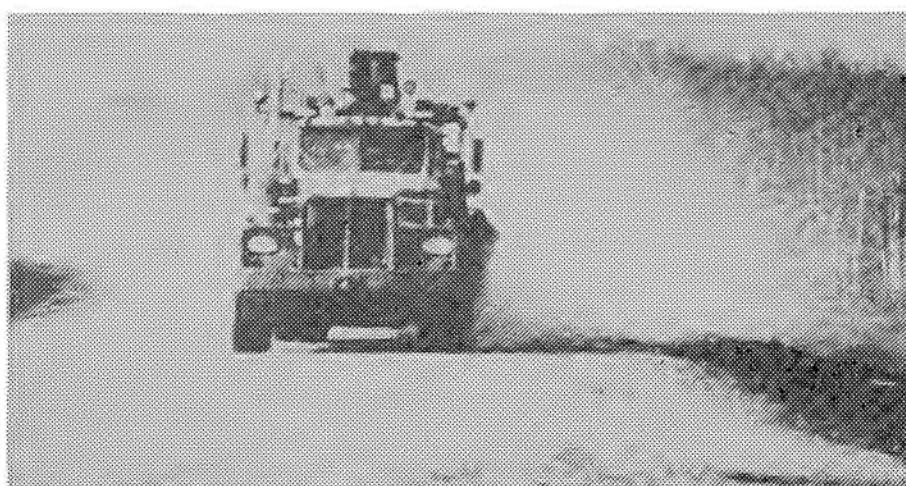
Die vorgezogenen Neuwahlen am 27.11. brachten den erwarteten Ruck nach rechts. Die SPÖ verlor gegenüber 1983 rund 4,5% der Wählerstimmen und erhielt mit 43,3% 80 Mandate (1983: 90). Die ÖVP verlor knapp zwei Prozent und belegt mit 41,3 Prozent der Stimmen 76 Mandate (80). Die FPÖ unter ihrem neuen, neofaschistischen Vorsitzenden Jörg Haider – sein Kürzel ist HJ – kam auf 9,7% und steigerte ihre Mandate von 12 auf 18. Erstmals ist die grün-alternative Liste bei einem Stimmenanteil von 4,6% mit neun Abgeordneten im Parlament vertreten. – Wie auch die Koalitionsfrage geklärt wird, es ist nichts Gutes zu erwarten. Die SPÖ ging im Wahlkampf hausieren als "Garant für die Elefantenhochzeit" mit der ÖVP. Die ÖVP ihrerseits hält eine Koalition mit der FPÖ für möglich und Jörg Haider als durchaus ministrabel, wie ihr Vorsitzender Mock im einem Interview mit der Zeitschrift "Profil" am 17.11. erklärte. Er hält es aber auch für denkbar, daß die SPÖ erneut eine Koalition mit

der FPÖ eingeht, wenn nicht unter Vranitzky, dann unter einem anderen Kanzler. Der Bunker Vranitzky seinerseits hat bereits ein lukratives Angebot als Präsident der Notenbank in der Tasche. – (rua)

Österreich: Streikerfolg der Metallarbeiter

Zum ersten Mal seit 24 Jahren sind die Metallarbeiter zur Durchsetzung von Lohnforderungen am 17.11. in Streiks getreten. In den Tarifverhandlungen hatten die Metallkapitalisten neben der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 38,5 Stunden maximal

2,5% Lohnerhöhung für die Mindestlöhne angeboten. Ansonsten sollten alle in Arbeit Stehenden mit einer Nulllösung zufrieden sein. Betroffen sind 200000 Arbeiter und 90000 Angestellte. Durch Schwerpunktstreiks in den Werken Steyr, VWE Kapfenberg, Voest Alpine Linz und bei General Motors mußten die Metallkapitalisten am Abend des 17.11. Lohnabschlüsse akzeptieren, die 2,5% Lohnerhöhung auf die Ist-Löhne und eine Verbesserung der Überstundenabgeltung rückwirkend ab 1.11. vorsehen. Die Mindestlöhne wurden um 3,5% erhöht. – (rua)



Die Olympischen Winterspiele finden 1988 in Calgary statt, in der Provinz Alberta, Kanada – aber nicht, wenn die Weltöffentlichkeit den Forderungen der Lubicon Cree Gehör schenkt. Die Lubicon Cree fordern international zum Boykott der Spiele auf, weil die Olympiade in Händen der gleichen kanadischen Ölagnaten liegt, die den Lubicon Cree in den letzten Jahren durch die Ölförderung die Existenzgrundlage entzogen haben. Bis vor kurzem war ihr Gebiet im Norden Albertas für die Eurokanadier wirtschaftlich uninteressant, und die indianische Ökonomie blieb weitgehend erhalten. Erst Anfang der 80er Jahre brachen die Ölfirmen in das Gebiet ein, und jetzt sind fast alle Cree dieser Gegend von der Sozialhilfe abhängig. – Die Delegation der Cree fand in Bonn nur bei der Bundestagsfraktion der Grünen offene Türen. – (mfr)

fenstillstand verhandelnde Einheitsfrontorganisation NDF. Denn seit Monaten sind die Waffenstillstandsvorschläge der NDF bekannt. Eine Einigung, schon mehrmals greifbar, wurde jeweils von der Reaktion durch Verhaftungen und Morde an Revolutionären hintertrieben. Am 1. November haben die NDF-Unterhändler Ocampo und Zumel einen neuen Vorschlag für einen 100-tägigen Waffenstillstand, beginnend am 10.12.86, unterbreitet und an die Unterzeichnung Sicherheits- und Immunitätsgarantien geknüpft:

„... Unser Waffenstillstandsvorschlag gilt für 100 Tage. Er enthält Sicherheitsgarantien und Mechanismen der Umsetzung. Damit unterscheiden wir uns vom Regierungsvorschlag über einen 30-Tage-Waffenstillstand, der keine derartigen Vorkehrungen enthält und unserer Meinung nach nicht funktionieren kann. Wir haben der Regierung Gespräche über die folgenden

Punkte vorgeschlagen, die wir in die Festlegung von Sicherungen für die Verwirklichung des Waffenstillstands aufnehmen wollen:

- Einstellung aller militärischen Operationen beider Seiten;
- Definition dessen, was ein feindseliger Akt ist;
- Entwaffnung und Auflösung der berüchtigten paramilitärischen Einheiten der Civilian Home Defence Force CHDF und Demobilisierung oder Verlagerung berüchtigter Einheiten der regulären Armee;
- Entwaffnung und Auflösung von Privatarmeen, bewaffneten Banden, Killerkommandos, bewaffneten Sektionen, Todesschwadronen und bewaffneten Marcos-Anhängern;
- Beschränkung lokaler Polizeikräfte ausschließlich auf Bekämpfung von gewöhnlichen kriminellen Aktivitäten ...“

Es ist unwahrscheinlich, daß die neue Regierung, die vollends unter

Kontrolle des Militärs geraten ist, sich auch nur auf einige dieser Forderungen einlassen und der Bildung einer gemeinsamen Kommission zur Überwachung des Waffenstillstandes zustimmen wird. Das Ultimatum von Frau Aquino am Sonntag an die Adresse der Guerillas war denn auch die Aufforderung zur bedingungslosen Kapitulation. Das war schon immer die Position der Militärs um Enrile und Ramos, die jeden Schritt in Richtung politischer Anerkennung von NDF, CPP und NPA ablehnen. Damit ist absehbar, daß die Armee mit US-Unterstützung in nächster Zeit den totalen Krieg gegen den revolutionären Befreiungskampf auf den Philippinen wieder aufnimmt.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; Liberation, Zeitschrift der NDF, div. Ausgaben; Vanguard, Zeitung der CPA/ML (Australia) vom 12.11.86; SZ vom 24.11.86 – (wom)

* Veröffentlichungen *

Polizeiknüppel – "GRÜN" gerechtfertigt

Dr. A. Stümpfer, Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg und einer der führenden BRD-Polizeistrategen, liefert in einer Artikelserie (Titel: Gewalt ein Zeichen der Zeit) dem "Welt"-Leserpublikum ein philosophisches Rechtfertigungsgebäude für noch massivere Polizeieinsätze gegen Massenbewegungen. Stümpers Ausgangsthese erscheint auf den ersten Blick "grün". "Existentielle und hochbrisante Probleme aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich" und die Frage ihrer Beherrschbarkeit durch "die Menschheit" hätten das gesamte "über Jahrhunderte im Grundkonzept unbestrittene moralisch-ethische Wertgefüge" ins Schwanken gebracht. Gewachsene Sensibilität, Entstehen von "Leerräumen", verstärkte "Frustration anfälligkeit", ja sogar "zunehmende Gewaltbereitschaft" seien an sich da nur "natürlich". Da es sich aber um ein Problem "aller" handele, könne "nur Konsens das Chaos verhindern". Mehr denn je sei daher heute "entschlossene" Sicherung des "inneren Friedens und der bestehenden Rechtsordnung" erforderlich. Nur innerer Friede könne zum Frieden führen. Stümpers Erguß zeigt, daß ohne Kritik der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und ihrer Ursächlichkeit für angeblich technische Probleme wie Atomkraft, Waffentechnologie etc. nicht weiterzukommen ist. Die Schwäche dieser Kritik in den bestehenden Massenbewegungen nutzt er aus. Wird sie nicht verstärkt, kann die Reaktion im grünen Gewand sich ausdehnen und der klassenmäßige Charakter der staatlichen Repression wird nicht klar. – (mis)

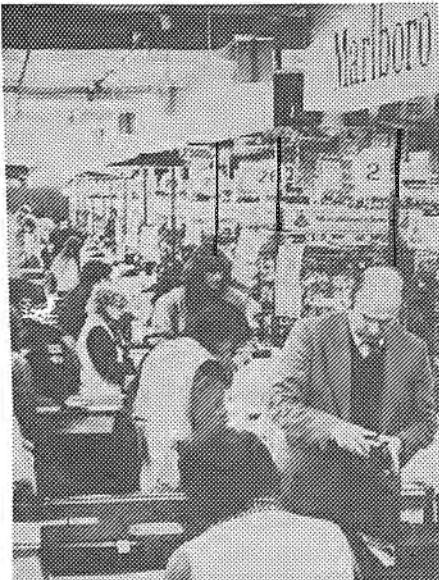
Verkäuferinnen: Arbeitsperspektiven und Familie

Das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit bezahlt einige soziologische Forschungsvorhaben, die sich mit den Problemen Arbeitszeit, Ladenöffnungszeiten und Familie befassen. Die Ergebnisse der Untersuchungen sind von geringer statistischer Zuverlässigkeit, weil sie selten mehr als hundert befragte Personen umfassen, dennoch können die Ergebnisse für die gewerkschaftliche Kritik an Kapitalistenvorhaben von Nutzen sein.

Der jüngst erschienene Bericht aus der Reihe befaßt sich mit Verkäuferinnen, er untersucht die Ausbildung und die Vorstellungen von jungen Verkäuferinnen, wie sie in ihrer Lebensperspektive Berufstätigkeit und Familie behandeln wollen. Dabei stellt der Bericht fest, daß die jungen Verkäuferinnen überhaupt keine selbstän-

dige Lebensperspektive haben, weil ihr Einkommen normalerweise so gering ist, daß sie entweder bei ihren Eltern leben oder, wenn sie das Elternhaus verlassen wollen, eine Familie gründen bzw. mit anderen zusammenziehen müssen. Diese Tatsache wird vom Bundesministerium als Begründung herangezogen, mehr Aufstiegschancen für Frauen im Handel zu fordern, ohne dabei überhaupt nur zu berücksichtigen, daß alle Aufstiegskonkurrenz darauf basiert, daß eine große Zahl Frauen nicht aufsteigen, sondern in den alten Lohn- und Arbeitsverhältnissen verbleiben.

Eine weitere Schwierigkeit ist für die jungen Frauen, daß die langen La-



Kassiererinnen: Oft zwölf Stunden Arbeits- und Anreisezeiten.

denöffnungszeiten Kindererziehung kaum möglich machen. Auch wenn die Tagesarbeitszeit acht Stunden beträgt, ist sie doch meist über einen Zeitraum von neun bis elf Stunden verteilt, die Abwesenheit von zuhause dauert oft zwölf und mehr Stunden. Alle 86 befragten Verkäuferinnen beklagen, daß keine Einrichtungen vorhanden sind, die unter solchen Umständen Kindererziehung möglich machen. So kommen die meisten von ihnen zu dem Schluß, daß sie entweder auf Teilzeitarbeit umwechseln müssen oder den Beruf ganz aufgeben müssen, wenn sie Kinder haben wollen. Dies, obgleich alle erklärt haben, daß sie eine Berufsausbildung gemacht haben, um selbstständig und nicht abhängig von Familienverhältnissen zu sein.

(Junge Frauen im Verkaufsberuf, Berufliche Sozialisation, Arbeits- und Lebensperspektiven, Band 187 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Postfach, 5300 Bonn 2, dort auch zu beziehen – uld)

SPD-Wirtschaftspolitik am Beispiel Hessens

"Ein Modell für eine künftige Wirtschaftspolitik im Bund nach einem erneuten Regierungswechsel", so kündigt der Verlag das gerade erschienene Buch von Ulrich Steger, Hessens Wirtschaftsminister, an. Steger schaltet sich damit auch in die Programmdiskussion der SPD ein und kritisiert, daß der Keynes'sche Ansatz nicht weiterentwickelt wird, "mit neuen Zielen (z.B. Umwelt) und neuen Instrumenten (z.B. Technologie)".

Steger zur Unterscheidung von konservativer und sozialdemokratischer Politik: "Konservative Politik denkt Innovationen von der Kapitalsseite, von den Investitionen her, während sozialdemokratische Innovationspolitik von der Nachfrageseite und dem Beschäftigungssystem her denkt." Ferner kritisiert er, daß konservativ regierte Länder sehr enge Kooperationen mit großen Konzernen eingehen, während sich Hessen "ausschließlich um den Mittelstand kümmert". Begründet wird dies einerseits von der Tatsache her, daß in Hessen rund 60% aller Beschäftigten in kleinen oder mittleren Betrieben tätig sind, andererseits mit den "spezifischen Fähigkeiten", dem oft "sehr speziellen Know-how", der "Flexibilität und Anpassungsfähigkeit" dieser Betriebe. "Konservative setzen sehr viel mehr auf 'High-tec', auf die gezielte Förderung von Spitzenleistungen ... Dagegen zielt der sozialdemokratische Ansatz eher auf Breitenförderung, und zwar in der Annahme, daß gerade damit gute Voraussetzungen für Spitzenleistungen geschaffen werden. Die Rolle des Staates "als Wahrer des Allgemeinwohls" sieht Steger in der "Erhaltung von Markt und Wettbewerb" und damit in der Orientierung auf mittelständische Unternehmen. Konkrete Maßnahmen sind u.a. Existenzgründungsprogramme, Beratungs- und Ausbildungsinstitutionen.

Ein weiterer Punkt der Unterscheidung ist die Einbeziehung der Gewerkschaft, sowohl durch Mitbestimmung beim Einsatz neuer Technologie (z.B. Hess. Personalvertretungsgesetz) als auch durch Beteiligung in regionalen Kommissionen der Wirtschaftsförderung.

(U. Steger, Zukunft statt Wende, Verl. Neue Gesellschaft, Bonn 1986 – udi)

"Auf meinem Vater liegt kein Makel"

"Die Kinder der Nazi-Größen" wie Edda Göring (Vater u.a. Reichsfeldmarschall und Oberbefehlshaber der Luftwaffe), Wolf Rüdiger Heß (Vater Stellvertreter von Hitler, Reichsminister ohne Geschäftsbereich), Klaus von Schirach (Vater Reichsjugendführer), Albert Speer (Vater Reichsminister für Rüstungsbeschaffung und Chef der Arbeitsbrigade "Todt")

Quandt (Stiefsohn von Reichspropagandaminister Goebbels), Gudrun Himmler, Hans Frank, Bankierstochter Konstanze Schacht u.a. entwickeln gegenwärtig in der gleichlautenden Serie von Quick das Kanzlerwort von "der Gnade der späten Geburt" weiter zu dem Anspruch: "Der Vorhang nach dem letzten Akt eines beispiellosen Dramas der deutschen Geschichte ist gefallen. Man sollte ihn nicht mehr öffnen. Weil es Unschuldigen schaden könnte: den Kindern, die auch heute noch im Schatten ihrer Väter leben müssen". Dies ist die am Ende einer fünfteiligen Serie der Illustrierten Quick, Bauer-Verlag, Auflage 1,3 Mio., mitgeteilte Absicht. Zuvor konnten diese "Kinder" – heute in der Industrie leitend tätig (z.B. bei Siemens oder wie Quandt mit 25 Aufsichtsratsposten in 50 Großunternehmen), als erfolgreiche Rechtsanwälte oder Professoren – auf rund 25 Seiten ihre Väter als gehetzte, überarbeitete Leute schildern, die z.B. "Hitlers Pseudoreligion verfallen" waren, oder als den "besten Vater" und sich selbst als Leute, die unter "Sippenhaft" zu leiden hatten und die davon gezeichnet sind, daß ihnen der Vater erst aus Karrieregründen im NS-Staat fehlte und dann auch noch als Ergebnis der Nürnberger Prozesse genommen wurde. Der Heß-Sohn erhält zudem Gelegenheit, für die Kampagne für die Freilassung von Heß Anhänger zu sammeln. Die Methoden, mit denen der Anspruch auf "Schwamm darüber" dem Lesser als moralisch gerechtfertigt verkauft werden soll: Einzelschicksale, die Mitgefühl verdienen, werden ausgewalzt. (Heß als der "einsamste" Gefangene der "Welt"; "mutterseelenallein"; "plötzlich gab es keinen Vater mehr für den kleinen Wolf" usw.). Einstieg mit leidenden Kindern, leidenden Müttern (aus den Villen vertrieben, kurzzeitig inhaftiert). Tatsachen über die NS-Verbrecher werden beschönigt bis offen verfälscht. Dann wird gegen die Haftumstände in Spandau gehetzt. "Es wird ihm ganz bewußt die Erinnerung an jene Zeit genommen", sagt Andrea Heß, "... Sie wird aus seinem Hirn ausgeradiert". Kein "Händedruck, keine Berührung" ist zwischen Kindern und Vätern erlaubt. Es folgt die Rechtfertigung der Väter unter Absehung ihrer Taten, durch Weglügen oder daß sie den Vätern eine "gewisse Blindheit" zum Vorwurf machen (Speer). Alle "bekennen sich" zu ihnen, rechtfertigen nicht nur die Väter, sondern den Faschismus. Übrig bleibt der "Teufel" Hitler. Ergebnis: Die Strafen waren überzogen, Kinder und Väter haben mehr als genug gebüßt, jetzt muß mit Enthüllungen über die NS-Zeit Schluß sein. Zweck: Beseitigung von hinderlichen antifaschistischen Einstellungen, um Praktiken der Faschisten im fdGO-Gewand durchsetzen zu können. – (dub)

Kongreß der Grünen

"Zukunft des Streiks – Streik der Zukunft"

Die Grünen und die Initiative "Gewerkschafter/innen für eine gesetzliches Verbot der Aussperrung" führten am 14./15.11. ein Forum in Köln durch, an dem sich ca. 150 Leute beteiligten. Ziel war: "Über die Perspektiven gewerkschaftlicher Kämpfe zu diskutieren". Bei der Podiumsdiskussion, in Arbeitsgruppen und im Plenum wurden folgende Themen besprochen:

1. Gewerkschaftliche Streikstrategien im internationalen Vergleich;
2. Auswirkungen der neuen Technologien auf die Durchschlagskraft von Streiks;
3. der Streik als soziale Bewegung;
4. Flexi-Programm der Unternehmer.

In der Abschlußerklärung des Kongresses wurden zu diesen Punkten richtige Festlegungen beschlossen. Die Absicht, gegen die Verschlechterung der Arbeitszeitordnung vorzugehen, ist leider nicht enthalten. Über den Lohn wurde auch nur im Zusammenhang mit dem Lohnausgleich gesprochen. In der Arbeitsgruppe "Flexibilisierung" gab es verschiedene Standpunkte, die sich grob so zusammenfassen lassen: a) 7-Stunden-Tag als kollektive Regelung für alle, b) kontrollierte flexible Arbeitszeiten. Die Auseinandersetzung entzündete sich an der Frage "35-Stunden-Woche oder 7-Stunden-Tag". Von den Vertretern der Auffassung unter a) wurde gesagt, es gilt die kollektiven Bestimmungen zu verteidigen; flexible Arbeitszeiten sind gesundheitsschädlich; Unternehmer wollen Zeitsouveränität nur für die Zeiten, wo niemand arbeiten will – nämlich nachts und sonntags; flexible Arbeitszeiten vernichten Arbeitsplätze. Diese Auffassungen wurden von der Mehrheit (u.a. Gewerkschaftsfunktionäre, VSP) vertreten. Die Meinung unter b) lautete: Nicht alles festlegen; die Kollegen wollen mehr Zeitsouveränität; das Normalarbeitsverhältnis sei eine Fiktion; die zeitliche Lage und die Verteilung der Arbeitszeit sollte nicht einheitlich festgelegt werden; es soll ein Gegenkonzept für Flexi-Arbeitszeit entwickelt werden.

Die Auseinandersetzung konnte nicht zu Ende diskutiert werden. Eine einheitliche Festlegung auf aktuelle Forderungen konnte in der Arbeitsgruppe nicht erreicht werden. In der Abschlußerklärung des Kongresses sind aber wichtige Aussagen getroffen. Die Kapitalisten-Absichten sind deutlich genannt (wenngleich die neuen Technologien nicht Verursacher der Flexibilisierungsabsichten sind, sondern weitere Arbeitsintensivierung und das Ziel die Verbilligung der Arbeitskraft). Die Schwäche der Erklärung ist, daß der zeitliche Rahmen des verkürzten Arbeitstages nicht definiert wird. Die Einschränkung der Nacharbeit wird nicht gefordert. Die Definierung und Regelung von Leistungsabforderungen wird zwar genannt, aktuelle Abwehraufgaben (Anrechnung von bezahlten Pausen auf Arbeitszeitverkürzung) wurden nicht besprochen, obwohl viele Betriebsräte aus ihren Erfahrungen berichteten (z.B. von Siemens und BMW).

In der Abschlußerklärung nicht enthalten, aber in der Arbeitsgruppe besprochen wurden Forderungen bzgl. der tariflich ungeschützten Arbeitsverhältnisse. Als Forderungen wurden formuliert: "Gesetzlicher Mindestlohn, volle Tarif-, Arbeits- und sozialrechtliche Absicherung aller Beschäftigten." – (bes)



Warnstreik gegen 3,3 %-Lohnerhöhungsangebot in Peine und Salzgitter am 18.10.86.

Abschlußerklärung Auszüge

1. Durch die Gesetzgebung der liberal-konservativen Wendekoalition wurde das Streikrecht ausgehöhlt. Das am 1.5.85 in Kraft getretene Beschäftigungsförderungsgesetz gibt den Unternehmern die Möglichkeit, befristete Arbeitsverträge bis zu 18 Monaten abzuschließen. Durch die Änderung des § 116 AFG werden unmittelbar vom Arbeitskampf betroffene Arbeitnehmer/innen kein Kurzarbeitergeld mehr erhalten. Beide Maßnahmen führen zu einer schwerwiegenden Einschränkung der Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften. Damit aber nicht genug! Weitere Pläne liegen bereits in den Schubladen. Dazu gehören insbesondere die geplante Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes sowie ein neues Verbändegesetz, nach dem – so die Pläne der FDP – in Zukunft nicht mehr nur die Gewerkschaftsmitglieder, sondern auch Unorganisierte bei der Urabstimmung mitabstimmen sollen. In diesem Zusammenhang begrüßen die Teilnehmer/innen des Forums die Forderung des 15. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall nach einem "Ersten Gesetz zur Sicherung des Streikrechts", dessen Kernpunkt ein gesetzliches Verbot der Aussperrung sein soll. Sie unterstützen ausdrücklich die bereits 1984 von der Fraktion der Grünen eingebrachte Gesetzesinitiative zum Verbot der Aussperrung.

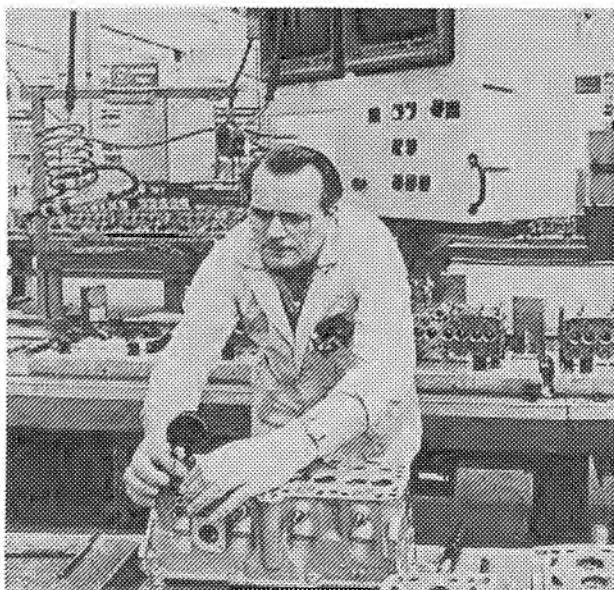
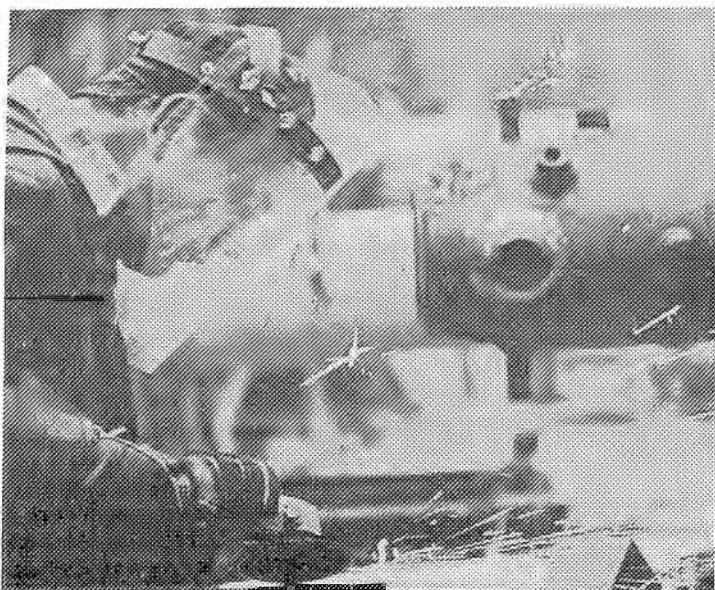
2. Arbeitskämpfe werden nicht im Parlament entschieden. Angesichts der gegebenen politischen Rahmenbedingungen werden Arbeitskämpfe in Zukunft aber nicht durch den Kampfwillen der Gewerkschaftsmitglieder allein erfolgreich durchgeführt werden können. Es gilt heute, eine breite soziale Bewegung für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als einzige wirksame Maßnahme zum Abbau der Massenerwerbslosigkeit auszubauen. Diese muß politische Parteien, Initiativen aus der Frauen-, Friedens- und Ökologiebewegung und besonders die Selbstorganisationen der Erwerbslosen und Sozialhilfeempfänger umfassen. Damit eine solche Bewegung entstehen und leben kann, müssen die Gewerkschaftsführungen bereit sein, ohne politische Vorbedingungen mit diesen Kräften in einen Dialog zu treten.

3. Neue Technologien halten auf breiter Front Einzug in Werkstätten und Büros. Sie vernichten nicht nur massenhaft Arbeitsplätze, sie führen auch zu tiefgreifenden Veränderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen. Neue Technologien sind kurzlebig und teuer. Das führt

dazu, daß die Unternehmer Flexibilisierungskonzepte der Arbeitszeit propagieren. Einführung von Schichtarbeit, Ausdehnung des Arbeitstages auf bis zu 10 Stunden, Einbeziehung des Samstags und des Sonntags in die Arbeitszeit wären die Folgen. Die Teilnehmer/innen des Forums sprechen sich entschieden gegen diese Flexibilisierungskonzepte der Unternehmer aus. Sie sind unmenschlich und unsozial. Die Teilnehmer/innen des Forums treten für die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ein, mit dem Ziel, den 7-Stunden-Tag zu erreichen. Sie empfehlen den Gewerkschaften, die sogenannte Betriebsnutzungszeit tariflich zu beschränken, damit es nicht zu einer weiteren Ausdehnung von Schichtarbeit kommt. Sie empfehlen den Gewerkschaften darüber hinaus, die Leistungsabforderung im Angestellten- und Zeitlohnbereich tariflich zu regeln, damit es hier nicht durch Verkürzung der Arbeitszeit zu mehr Stress kommt. Mit Hilfe neuer Technologien können die Unternehmer die Produktion – in ihrem Sinne – besser planen. Zur "optimalen Anpassung an die jeweilige Auftragslage" schlagen sie unterschiedliche Arbeitszeiten für unterschiedliche Arbeitnehmer/innengruppen vor. Die Teilnehmer/innen wenden sich gegen jede weitere Differenzierung der Arbeitszeit. Sie fordern: "Gleiche Arbeitszeit für alle Beschäftigten eines Unternehmens."

4. Die Einführung neuer Technologien hat zur Folge, daß die herkömmliche Streiktaktik an Durchschlagskraft verliert. Hier sind andere Kampfformen zu überdenken. Die Teilnehmer/innen des Forums begrüßen entsprechende Diskussionen in den Gewerkschaften. Sie sind der Auffassung, daß die Streiktaktik der Zukunft folgende Bedingungen erfüllen sollte:

- es müssen soviel als möglich Arbeitnehmer/innen in den Kampf miteinbezogen werden; durch Durchführung von Urabstimmungen in möglichst vielen Bezirken soll die Kampfbereitschaft erhöht werden, durch Ausdehnung der Warnstreiks, durch Solidaritätsstreiks anderer DGB-Gewerkschaften;
- es muß versucht werden, die möglichen Folgen des § 116 AFG so gering wie möglich zu halten durch einerseits Aktionen am Arbeitsplatz (Anbieten seiner Arbeitskraft, weiter arbeiten) und durch Aktionen, mit denen materielle Solidarität wirksam organisiert wird;
- es muß der höchstmögliche wirtschaftliche Druck auf die Unternehmer ausgeübt werden durch Streikposten am Arbeitsplatz, im Betrieb etc.;
- es müssen wirksame Abwehrformen gegen die Aussperrungstaktik der Unternehmer entwickelt werden durch z.B. Betriebsbesetzungen.



Facharbeiteraktivitäten: Bald zu jeder Tages- und Nachtzeit?

SPD-Antrag zum Verbot der FAP

Hannover. In der konstituierenden Ratssitzung am 6.11.86 wurde der Antrag der SPD für ein Verbot der FAP mit 39 Stimmen (SPD, GABL) gegen 25 Stimmen (CDU) verabschiedet: "1. Der Rat der Landeshauptstadt Hannover spricht sich für ein Verbot der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) aus und fordert den Niedersächsischen Minister des Inneren auf, in diesem Sinne tätig zu werden. 2. Der Oberstadtdirektor wird aufgefordert zu prüfen, welche Maßnahmen die Kommune in eigener Zuständigkeit ergreifen kann, um dem Treiben der FAP in unserer Stadt schnellstmöglichst ein Ende zu bereiten." Der Antrag samt Begründung, die von "Anhänger(n)... der rechtsradikalen Partei FAP" (die) "andere hannoversche Bürger gewalttätig angriffen", spricht, kritisieren aber keineswegs die faschistische Ideologie. Dies allein wäre eine ernsthafte Begründung für ein Verbot. Der Änderungsantrag der CDU zur "Prüfung des Verbots von rechts- und linksextremistischen Organisationen durch den Innenminister" wurde zwar abgelehnt. Der SPD-Antrag lässt jedoch solchen Bestrebungen freie Bahn. – (anr)

Zustellungsboykott von HLA-Hetzblatt erfolgreich

Hamburg. Bis zum 28.10.1986 hatten bereits 523 Postler die Unterschriftenliste der "Initiative Postler gegen Ausländerfeindlichkeit" unterschrieben, mit der zum Boykott von Postwurfsendungen der neofaschistischen "Hamburger Liste Ausländerbegrenzung" zu den Bürgerschaftswahlen aufgerufen wurde. Diese wurde dem Präsidenten der Oberpostdirektion übergeben. Statt der geplanten 100 000 Stück wurden lediglich 1 000 von zwei Zustellern, die keinen Kontakt zur Initiative aufgenommen hatten, im Schanzenviertel verteilt. Die Oberpostdirektion hatte für das HLA-Pamphlet eine Unbedenklichkeitserklärung ausgestellt. "Die HLA hat hier Muster vorgelegt, und wir sind nach Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, daß der Inhalt nicht rassistisch und volksverhetzend ist". Die Deutsche Postgewerkschaft hat sich im Ergebnis dieser Auffassung angeschlossen: eine Verweigerung der Zustellung sei eine Dienstpflichtsverletzung und würde der Post-Dienstaufsicht Spielraum für Disziplinierungen ermöglichen. Mehrere Postbeamte kündigten daraufhin öffentlich an, daß sie die Zustellungen dennoch verweigern würden. Die Protestschreiben und Protestversammlungen der Zusteller verzögerten den Vorgang insgesamt aber so sehr, daß vor den Wahlen keine weiteren Postwurfsendungen mehr verteilt werden konnten. – (mek)



Die erste öffentliche Probe des Antikriegsgedichtes von Brecht "Legende vom toten Soldaten" fand am 16.11.86 in München auf dem Königsplatz vor über 1000 Versammelten statt. Die Polizei beschlagnahmte das Leichentuch, das mit der Fahne des faschistischen Deutschland und der BRD-Fahne verziert war. Die zweite Probe findet am 30.11. auf der Theresienwiese statt. – (dil)

Proteste gegen Minister Lang und SS-HIAG

Coburg. Am 16.11.86 fand in Coburg die zentrale Gedenkfeier für Bayern zum Volkstrauertag statt. Gedenkfeier und Kranzniederlegung wurden inszeniert als schwarz-braune Trauer um den verlorenen Krieg und als Drohung, die Kriegsergebnisse zu revidieren. Neben Innenminister Lang war da OB-Höhn, daneben NPD-Funktionär Peter Dehoust (Herausgeber der Zeitschrift "Nation Europa"), umrahmt von Ehrenzügen der Bundeswehr und des BGS, offiziell eingeladen und mit dabei die SS-HIAG. CSU-Regierungspräsident Winkler: "Der Tod eines SS-Angehörigen ist nicht geringer als der Tod eines jeden anderen." Auf Initiative der Antifaschistischen Gruppe Coburg führten 200 Antifaschisten aus Coburg und anderen nordbayerischen Städten Proteste dagegen durch trotz Polizeiangegriffen und Festnahmen. Anschließend zog eine Demonstration zum Friedhof, wo am Grab für die Zwangsarbeiter und am jüdischen Massengrab der Opfer des Faschismus gedacht wurde. – (cls)

GRÜNE gegen "Volkstrauer" mit Faschisten

Braunschweig. In einigen Städten Niedersachsen hatten die grünen Ratsfraktionen ihre Nichtteilnahme an den "Gedenkstunden zum Volkstrauertag" begründet. Die Braunschweiger Ratsfraktion gab der Presse bekannt, sie hätten dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. mitgeteilt, daß sie an der Gedenkstunde nicht teilnehmen, weil die "Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS" (HIAG) offiziell Mitglied des Volksbundes geworden ist. "Es ist bekannt, daß die HIAG immer noch dazu beiträgt, daß Krieg und Diktatur verharmlost und verherrlicht werden.

Für uns sind Verharmlosung und Verherrlichung der Nazi-Herrschaft und des Zweiten Weltkrieges im Zusammenhang mit Gedenkfeiern für die Toten unerträglich". Auch nach der offiziellen Stornierung der Mitgliedschaft der HIAG im Vdk nahm die Ratsfraktion an der Gedenkstunde nicht teil. – (hah)

"Juden haben zu kuschen oder abzuhauen"

Eine Gedenkfeier zur "Reichskristallnacht" nahm der Neusser CDU-Bürgermeister Thywissen zum Anlaß, um den Angehörigen der jüdischen Glaubengemeinschaft ihren Platz in der bundesrepublikanischen Gesellschaft zuzuweisen. Bezugnehmend auf die antisemitische Hetze der "totzuschlagenden Juden" des ehemaligen Bürgermeisters von Korschenbroich, meinte Thywissen, daß dieser auf Grund seiner "unbedachten Äußerung ... bis in die Reihen seiner Familie hinein verfolgt worden ist". Ist dies allein schon ausreichend, Thywissen als Antisemiten zu kennzeichnen, so machten seine weiteren Ausführungen seinen Standpunkt um so klarer. Er führte aus, daß in einem Staat, in dem überwiegend Christen leben würden, das Prinzip der Liebe und der Hilfsbereitschaft Grundlage des Zusammenlebens sei. "Auge um Auge, Zahn um Zahn sind Begriffe, die ein Zusammenleben nur erschweren. Darum habe ich die aufrichtige Bitte, daß sich eine derartige Auseinandersetzung nicht wiederholt. Auch in Zukunft werden Pannen und unglückliche Äußerungen nicht zu vermeiden sein." Im Klartext: die Juden haben zu kuschen oder zu verschwinden. Mit einer schlaffen Entschuldigung gab sich sowohl die Jüdische Gemeinde in Düsseldorf als auch die in Westberlin nicht zufrieden. Sie forderten seinen Rücktritt – die SPD-Ratsfraktion nicht. – (rub)

Krankenhausreform

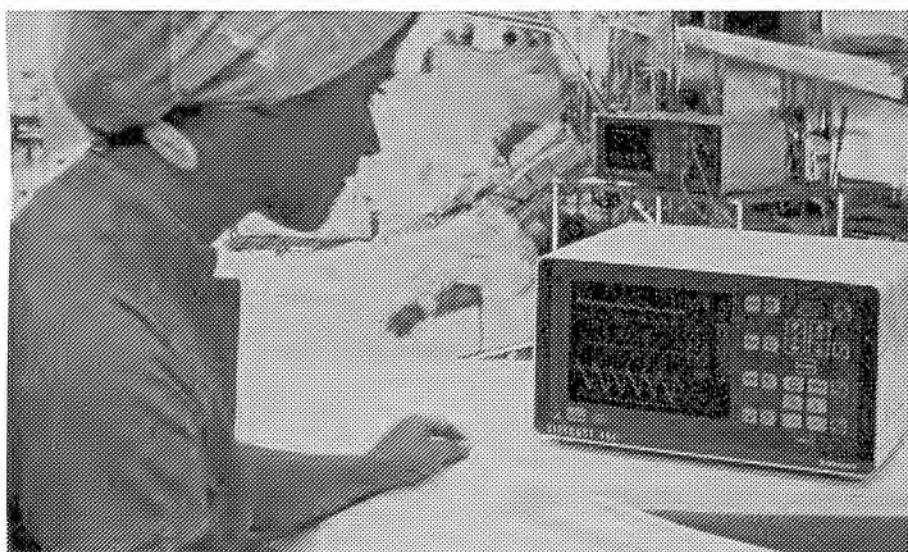
Mit einem EDV-Gesamtkonzept zu mehr Wirtschaftlichkeit und Leistungskontrolle

München. In den fünf kommunalen Krankenhäusern der Stadt München sind weit mehr als 2000 Beschäftigte im Bereich der Krankenpflege tätig, über 700 Ärzte für die ärztliche Diagnose und Therapie zuständig, sie haben zusammen eine Kapazität von über 4000 Betten, in den Wirtschaftsplänen für 1986 sind die Personalaufwendungen mit voraussichtlich 359 Mio. DM angegeben und die Erträge aus stationärer Behandlung werden in einer Höhe von mehr als 472 Mio. DM angepeilt. Trotz ganz unterschiedlicher Aufwendungen gilt in allen Krankenhäusern ein einheitlicher allgemeiner Pflegesatz. Personelle, finanzielle und organisatorische Veränderungen in diesem kommunalen Dienstleistungsbereich wurden 1972 mit der ersten Krankenhausreform und 1978

zwingend notwendig erachtet wird. Die Stadtverwaltung vertritt die Ansicht, daß erst dann die Krankenhäuser wirtschaftlich geführt werden könnten. In einer Stellungnahme der Verwaltung zu den Anforderungen an dieses EDV-System werden Absichten deutlich hinsichtlich der Kontrolle der Beschäftigten, der Verdichtung der Arbeitszeit und der Leistungskontrolle. Eine Humanisierung der Gesundheitsversorgung im Krankenhausbereich wird dadurch nicht gefördert. Die Vorstellungen für den Pflegebereich gehen davon aus, daß die Arbeit des Pflegepersonals am Patienten erfaßt werden kann. Hierzu sollen Bildschirmmasken erarbeitet werden, die eine sofortige oder spätere Eintragung von Gesprächsinhalten, Pflegemaßnahmen sowie die Feststellung

Beschäftigten wird gefordert, daß die Automatisierung von Tätigkeiten nicht mit einer individuellen Leistungskontrolle von den Beschäftigten in den Krankenhäusern verbunden sein darf. Eine Automatisierung von Arbeitsvorgängen darf nicht zu einer Verdichtung von Tätigkeiten führen. Ein Rationalisierungsgewinn oder Produktivitätszuwachs muß auch den Beschäftigten zugute kommen. Die Einweisung, Einarbeitung und Schulung der betroffenen Mitarbeiter muß zeitlich und inhaltlich so bemessen sein, daß sie sich mit den neuen Gegebenheiten vertraut machen können. Bei Schulung und Informationsveranstaltungen für die einzelnen Bereiche ist in jedem Fall der Personalrat einzubinden. Verknüpfungen von personenbezogenen Daten aus verschiedenen Funktions- oder Organisationsbereichen zu Personalinformationssystemen ist auszuschließen.

Noch in diesem Jahr soll der Stadtrat grünes Licht für diese Krankenhausreform geben. Die Einführung des EDV-Gesamtkonzepts wird auf fünf bis sieben Millionen DM veranschlagt, hinzu kommen jährliche Betriebskosten um 2,6 Millionen DM. Wird es im medizinisch-pflegerischen Bereich eingeführt – darüber besteht kein Zweifel – müßte der zwei- bis dreifache Betrag veranschlagt werden. – (ödi, pis)



Die Siemens AG schreibt, daß diese Geräte auch von der Zentrale aus fernbedient werden können, wo auch alle Patientendaten verfügbar sind.

mit ihrer Fortschreibung bewerkstelligt. In den letzten Jahren ist mit der "Kostenexplosion im Gesundheitswesen" der Ruf nach einer weiteren Krankenhausreform laut geworden, und 1985 hat der amtierende Oberbürgermeister Kronawitter (SPD) eine Projektgruppe mit dem Auftrag eingerichtet, eine Fortschreibung auszuarbeiten. Die Projektgruppe arbeitete Thesen aus, die nun die gesundheitspolitische Diskussion im Bereich der kommunalen Krankenhäuser bestimmen.

Der Dreh- und Angelpunkt dieser beabsichtigten Krankenhausreform besteht in der Erstellung eines EDV-Gesamtkonzepts, das zur Verdeutlichung der Leistungs-, Kosten- und Erlösstrukturen im Krankenhaus von den "Kosten-Nutzen"-Fanatikern für

des Arbeitsaufwandes pro Patient oder pro Station und Woche gestatten. Dienstpläne, die auch heute noch das Moment enthalten, daß das Pflegepersonal sich verständigt und persönliche Bedürfnisse berücksichtigt werden, sollen nur noch die Erfordernisse des Krankenhausbetriebes wiedergeben, die Belegungsstatistik soll für eine weitere Senkung der Belegdauer Argumente schaffen. An welchen Absichten entzündet sich der Widerstand aus den Reihen der Personalvertretung und welche Zielvorstellungen werden hinsichtlich der Krankenhausreform gewünscht?

Der Gesamtpersonalrat der Stadt München hat schon im Juni 1985 zur EDV-Gesamtkonzeption einen Forderungskatalog aufgestellt. Zum Schutz der Interessen der im Krankenhaus

IG Chemie

"Humanisierung durch Belastungsabbau"

Mannheim. Seit über einem Jahr betreibt der Landesbezirk Baden-Württemberg der IG Chemie, Papier, Keramik "zielgruppenorientierte Projektarbeit zur Humanisierung durch Belastungsabbau". Dazu der Landesvorsitzende Sutterer: "... In den Gesprächen mit Betriebsräten und Vertrauensleuten spielte das Problem zunehmender Belastungen der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben durch Stress und Leistungsverdichtung eine zentrale Rolle ... Deshalb müssen wir die Diskussion ... in bezug auf den Leistungsabbau in möglichst vielen Betrieben Baden-Württembergs fortführen. Dazu wollen wir ... ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen qualifizieren und mit ihnen Projekte in einzelnen Firmen zur praktischen Umsetzung von Leistungsentzerrung beginnen."

Mittlerweile sind solche Projekte in einigen Betrieben angelaufen:

Bei H.C. Stark in Laufenburg beispielsweise, einem metallurgischen Betrieb, geht es um die Arbeitsbedingungen an einer neuen, mit Geräten der Hochtechnologie versehenen Sackabfüll- und Palettieranlage. Der Stress dort ist wesentlich größer als an der parallel weiter betriebenen 15

Jahre alten Anlage. Es soll eine vergleichende Untersuchung gemacht werden und es sollen Maßnahmen zur Abhilfe an der neuen Anlage gefunden und durchgesetzt werden. – In der Papierfabrik Köhler (Oberkirch) geht es um ergonomische Verbesserungen an einer neuen (aber "verbauten") Packmaschine für großformatige Papierbogen-Stapel. – Bei Tesa in Offenburg und Buchsteiner in Ulm geht es um Akkord-Abbau, da teilweise bis 160% gearbeitet und abgerechnet wird, was zu einem überdurchschnittlichen Krankenstand führt. – Ständiger Produkt- und Maschinenwechsel sowie die Folgen minimalster Lieferfristen stehen bei dem PKW-Zulieferer Peguform als Belastungsfaktor im Vordergrund.

Wesentliche Arbeitsmittel waren und sind für die Betriebsräte/Vertrauensleute zunächst Umfrageaktionen zur Arbeitssituation und dann Versammlungen mit den Betroffenen meist außerhalb der Arbeitszeit. So wurde in manchen Fällen eine hohe Mobilisierung erreicht, die Grundlage für die Durchsetzung notwendiger Maßnahmen ist. Jedoch ist noch kein Projekt so weit gediehen, daß größere Erfolge bereits erzielt werden können, wohl aber viele schnell durchführ- und durchsetzbare Einzelschritte. – (tht)

Schleswig-Holstein

Lukratives Geschäft für die Kapitalisten

Kiel. Um den Aufschwung der Massenarbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein zum Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen zum Segen der Kapitalisten zu verwenden, beschloß die CDU-Landesregierung Barschel die "Arbeitsplatzoffensive". Sie läuft über drei Jahre und kostet das Land 171,3 Mio. DM, die Bundesanstalt für Arbeit steuert nochmal ca. dieselbe Summe dazu.

Kern dieses nach Barschels Aussagen in der BRD einmaligen Pakets ist, unter Nutzung des Beschäftigungsförderungsgesetzes ein Heer von Teilzeit- und Saisonarbeiter(n)/innen zu schaffen, um die Löhne der noch Beschäftigten massiv zu drücken.

Hauptpunkte der "Offensive" sind die Förderung der Teilzeitarbeit (für junge Facharbeiter/Gesellen und Frauen, die wieder berufstätig werden wollen), Erhöhung der Lohnkostenzuschüsse an die Kapitalisten (ältere Lohnabhängige), Ausweitung der AB-Maßnahmen und Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern. Nur zwei der bezuschütteten Maßnahmen fördern Arbeitsverträge über 18 Monate hinaus.

Kein Wunder, daß die Kapitalisten zugreifen. Über 2000 Menschen sind

seit Start des Programms im August in solchen Arbeitsverhältnissen. 278 Berufsanfänger/innen haben die Kapitalisten mit Teilzeitverträgen (20 Std.) eingestellt, 20 weitere Stunden machen diese Weiterbildung. Bei der Zementfabrik Alsen-Breitenburg z.B. gab es schon seit Jahren nur Zeitverträge für Ausgelernte, da dadurch die "Weiterbeschäftigungsgarantie" nach "Wehr- und Zivildienst" wegfiel. Jetzt arbeiten 14 Facharbeiter mit Teilzeitarbeitsvertrag eine Woche voll, die andere machen sie Weiterbildung. Zusätzlich zu den Qualifikationsmaßnahmen, die das Arbeitsamt bezahlt und die Kapitalisten profitieren lassen, bekommt jeder Kapitalist pro Teilzeitarbeitsplatz bis zu 18 Monate lang 300 DM/Monat.

Für befristete Arbeitsverträge (bis zu 18 Monaten) mit Lohnabhängigen über 50 Jahre bezahlt das Arbeitsamt 70% des Lohns, für langfristige Verträge bekommen die Kapitalisten bis zu 90% des Bruttolohns von Arbeitsamt und Land. Für Teilzeitarbeitsplätze für Frauen gibt es zwei Jahre lang 70% der Lohnkosten und 4000 DM Zuschuß vom Land.

Weiter werden die AB-Maßnahmen drastisch ausgeweitet. Z.B. beschäftigt die Kirche in Dithmarschen jetzt ein Jahr lang 20 Jugendliche für 600 DM/Monat, die – deklariert als "Arbeiten und Lernen" – in der DRK-Kleiderkammer gespendete Sachen waschen, bügeln und stopfen. Bis September waren bereits 351 Sozialhilfeempfänger für ein Jahr in gemeinnützige Arbeit mit Arbeitsvertrag vermittelt. Die Lohnkosten werden aus Sozialhilfemitteln bezahlt, das Land zahlt 4000 DM pro Beschäftigten.

Während SPD-Oppositionsführer Engholm an Barschels "Offensive" nur zu kritisieren hatte, Barschel habe "Ideenklau" beim SPD-Beschäftigungsprogramm betrieben, fehlen bislang leider auch kritische Stellungnahmen des DGB gegen diese praktische Anwendung des "Ausbeutungsförderungsgesetzes". – (chb)

"Volkstrauertag"

Faschistentreffen bei Essel verhindert

Soltau. Mehr als 700 Demonstranten verhinderten wie schon letztes Jahr am "Volkstrauertag" das geplante Faschistentreffen auf dem Soldatenfriedhof bei Essel. Die Jahre davor hatten sich dort die HIAG Waffen-SS, die "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger", "Bund der Notgemeinschaft ehemaliger Arbeitsdienstführer", angereiste ehemalige SS-Mitglieder aus Holland, Belgien und Frankreich, "Wiking-Jugend", FAP-Vorläufer, Marinekameradschaft

Hannover, Reservistenkameradschaft Buchholz /Aller u.a. getroffen: Zum "Heldengedenken" an den Gräbern der dort in den letzten Kriegstagen bei der "Schlacht an der Aller" gefallenen SS-Mitglieder, zur Rechtfertigung der faschistischen Herrschaft und zur Propagierung großdeutscher Ziele. Erwartet wurde dieses Jahr auch die FAP, die sich im Landkreis breitzumachen versucht.

Der Demonstration vorangegangen waren verschiedene Demobilisierungs- und Spaltungsversuche, betrieben durch die Bezirksregierung Lüneburg und die Polizei, verbreitet über



die örtliche und überörtliche Presse: Die HIAG Waffen-SS habe ihre geplante Gedenkfeier abgesagt. Und: Krawalle und handfeste Auseinandersetzungen seien zu erwarten. Zugleich hatte der Soltau-Fallingbosteler Oberkreisdirektor Schumacher faktisch Faschisten zu Provokationen aufgefordert, indem er ausdrücklich und anders als im letzten Jahr verfügte, daß die Polizei Einzelpersonen und Abordnungen von Verbänden das Betreten des Friedhofs zum Totengedenken zu ermöglichen habe. Kundgebung und Demonstration auf dem Friedhof hatte er aber wie im Jahr zuvor untersagt.

Zu der Aktion wurde landesweit mobilisiert. Es hatten u.a. verschiedene Antifa-Gruppen aufgerufen, Autonome, Volksfront, VVN/BdA, SAG, VSP, BWK, DKP, SDAJ, Grüne. Das breite Bündnis zeigt seine Wirkung: Die Demonstration war geschlossen und zahlenmäßig etwa so stark wie vergangenes Jahr. Die Faschisten trauten sich nicht, organisiert aufzutreten. Auch die Polizei konnte sich keine Zerschlagung der Demonstration erlauben, obwohl sie an Provokationen einiges aufbot. Zwei festgenommene Demonstranten ließ die Polizei abends noch nach einer Versammlung von 40 Antifaschisten vor dem Polizeirevier in Fallingbostel frei. – (sts)

Schiffbaukrise

Ahlers (HDW): Arbeiten bis "an die Grenze aller Möglichkeiten"

Im Mai 1986 sind ca. 94 000 Erwerbslose in Hamburg gemeldet (14%). Die Werftindustrie nimmt dabei eine besondere Rolle ein. Zählte die Statistik vor zehn Jahren noch 16 300 Beschäftigte im Schiffbau in Hamburg, so sind es zur Zeit noch 9 500. Das Ende der Fahnenstange ist allerdings noch lange nicht in Sicht, denn es stehen bei Ross-Industrie (ehemals HDW-Hamburg) und Blohm+Voss mindestens 800 Entlassungen an. Der Verband der Deutschen Schiffbauindustrie VDS hat in diesem Jahr seine Lösung der Krise aufgetischt: Abbau der Fertigungskapazitäten von mindestens 30%, wobei der Verband gleich hinzufügte, daß er sich nicht sicher sei, ob diese Zahl

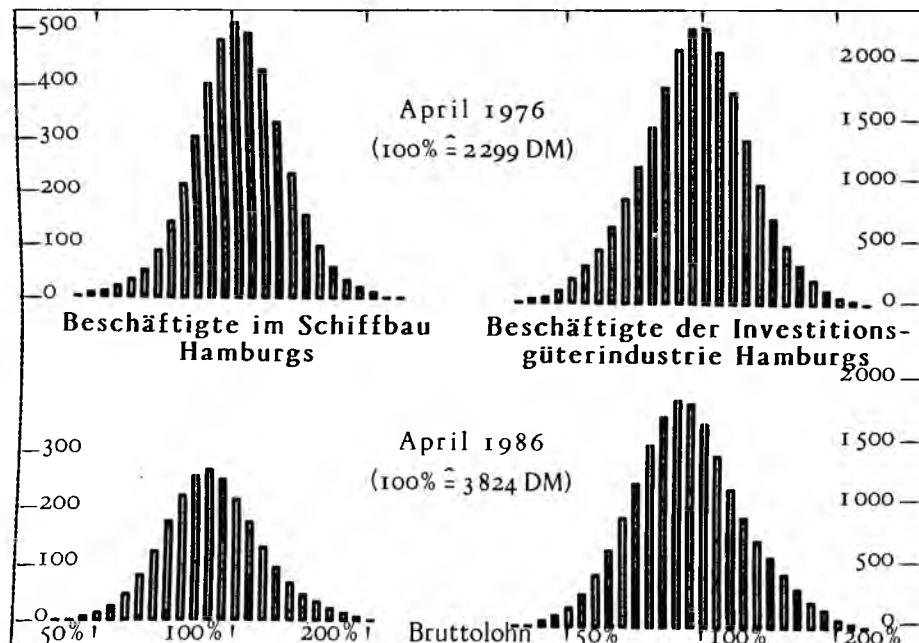
Containerschiffen von seiner letzten USA-Reise mitgebracht. Dazu gibt es aus Bonn noch einige hundert Millionen DM Hilfe. Was hat die Belegschaft davon? Arbeit – ja, aber von welchem Kaliber! Innerhalb von nur zwei Jahren sollen 3 Mio. Fertigungsstunden abgearbeitet sein. In Art und Weise eines KZ-Kommandanten wendet sich Werftchef Ahlers an die Belegschaft: "Wir haben die Arbeit gebracht, jetzt ist die Belegschaft am Zug." Er erwartet von der Belegschaft, bis "an die Grenze aller Möglichkeiten" zu gehen (Hamburger Abendblatt v. 25./26.10. 86). Ahlers hat damit ein Ziel der Kapitalisten bei der Neuordnung der Werftindustrie zusammengefaßt: Wer den "Vorzug" in Form eines Werftar-

erschüttert, wenn nicht sogar verloren. Nur so lassen sich auch die frechen Versuche der Metallkapitalisten aus der letzten Tarifrunde erklären, für den Bereich des Schiffbaus Abschläge in den Tarifvereinbarungen durchzusetzen. Für die Tarifauseinandersetzungen 86/87 hat der VDS-Vorsitzende Budczies (Blohm+Voss) auf der letzten Betriebsversammlung bei B+V erneut Abschläge für den "Nordverbund" im allgemeinen und für die Werften im besonderen gefordert. Dazu zählt er Lohn- und Gehaltskürzungen bei den Tarifen, aber auch die Einführung der Samstagsarbeit als Normalarbeitstag für die Werftindustrie.

Unsere Graphik zeigt den Vergleich der Effektivverdienste vom Schiffbau und der Investitionsgüterindustrie in Hamburg für das 2. Quartal 1976 zu 2./1986, bezogen auf das Durchschnittseinkommen in der gesamten Industrie Hamburgs (ohne Bauindustrie) 1976: 2 299 DM, 1986: 3 824 DM. Der Vergleich der Beschäftigung zeigt, daß die Zahl der Beschäftigten in der Investitionsgüter-industrie um 15% abfällt, während im Schiffbau in Hamburg 1986 43% weniger beschäftigt sind (1986 absolut: 9 339). Besonders hoch ist dabei der Anteil in den Leistungsgruppen 2 und 3 bei Arbeitern und LG 5 bei den Angestellten, also sog. ungelerner bzw. angelernter Tätigkeit. Der Anteil der ausländischen Arbeiter ist hier besonders hoch: sie sind im wesentlichen von den Entlassungen betroffen.

1976 liegt der Durchschnittsverdienst in der Schiffbauindustrie noch um 6,1% über dem Durchschnitt der Gesamtindustrie Hamburgs (Investitionsgüter-Ind.: 0,9% über Gesamtindustrie). 1986 haben die Werftkapitalisten den Durchschnitt im Schiffbau 5,3% unter den Durchschnittsverdienst in der Gesamtindustrie gedrückt. Das sind 11,4%. In der Investitionsgüter-Industrie fällt der Verdienst um 1,8%. Auffallend ist bei der Bewegung der Löhne und Gehälter wieder ein überdurchschnittliches Fallen bei den unteren Leistungsklassen: während deren Verdienst in der Investitionsgüter-Ind. bezogen auf den Durchschnitt in der Gesamtindustrie um 2,5% fällt, sind es 11,7% in der Schiffbauindustrie.

Zusammenfassend kann man sagen:
 1. Die Beschäftigtenzahlen im Schiffbau sinken drei Mal schneller, als in der Investitionsgüter-Industrie; es trifft die einfachen Arbeiter und Angestellten und hier besonders die ausländischen Arbeiter. 2. Der Durchschnittsverdienst im Schiffbau liegt heute in Hamburg 4,4% unter dem Durchschnitt der Investitionsgüter-Ind. Auch hier wurden die unteren Lohn- und Gehaltsklassen zusätzlich geschröpft. – (how, wie)



ausreichen würde. Doch nicht nur die Werften selbst sind betroffen, denn in der Regel hängen von einem Arbeitsplatz auf einer Werft drei oder vier Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie ab. Dazu kommt noch der Hafenumschlag und das Reedereigeschäft, die auf das Angebot von Werften angewiesen sind, aber eben auch noch spezielle Probleme (Ausflaggung, Ratenverfall) haben. Zur Lösung der Probleme war das Geld in Form von Subventionen, Steuererleichterungen, Reederhilfen, Werfthilfen etc. das Allheilmittel, wobei die Heilung immer nach dem gleichen Schema ablief: das Geld blieb beim Kapitalisten für Rationalisierungen hängen, Belegschaften wurden verkleinert, die Arbeitshetze steigt. Ein Beispiel dafür aus den letzten Tagen. Kanzler Kohl hat gerade der bundeseigenen Werft HDW-Kiel den Auftrag für drei Groß-

beitsplatzes hat, der soll zum Wohle des Werftbesitzers arbeiten, bis er umfällt. Auf den Großwerften haben die Belegschaften die bittere Erfahrung gemacht, daß auf einen Schiffsneubau ein tödlicher Unfall kommt, dazu die unzähligen leichten und schweren Unfälle. Der Aufruf von Ahlers ist faschistisch – Vernichtung von Menschen durch Arbeit.

Eine weitere wesentliche Absicht des VDS ist die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit durch Senkung der Löhne und Gehälter. Die Krise in der weltweiten Schiffbauproduktion wurde genutzt, die Bezahlung der schweren körperlichen Werftarbeit unter den Durchschnitt in der Investitionsgüterindustrie zu drücken. Damit ist die Rolle der Werftbelegschaften als entscheidende Stütze in den wirtschaftlichen Kämpfen gegen die Metallkapitalisten auf jeden Fall stark

KuKoz

Die CDU will den Verein fertigmachen

Paderborn. Nachdem es der CDU-hörigen Stadt Paderborn mit Hilfe von Sparkasse und Polizeigewalt gelungen war, das selbstverwaltete Kultur- und Kommunikationszentrum (KuKoz) aus den alten Räumlichkeiten rauszuschmeißen, setzte sie nun mit einer weitergehenden Kriminalisierung nach, um das KuKoz endgültig fertigzumachen. Die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe sollte entzogen werden.

Der Beigeordnete Bartha lieferte die Munition: Es bestehen Zweifel, ob das KuKoz die Gewähr "für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit und für eine sachgerechte, zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung der Mittel bietet". Das "Demokratieprinzip" werde "vom KuKoz nicht anerkannt".

Beweise für diese Behauptungen konnte er allerdings nicht bieten. Darauf kommt es ihm aber auch gar nicht an. Sämtliche Vorfälle, die irgendwie in Zusammenhang mit dem KuKoz gebracht werden konnten, bastelte er in einem verleumderischen Papier zusammen.

Ob Besetzung der ehemaligen Polizeiwache und der ehemaligen Brauereivilla, Beleidigungen von Rats- und Verwaltungsgliedern, von der Polizei provozierte Ausschreitungen oder Flugblatt- und Sprühpuren: immer ist es das KuKoz gewesen. Dabei wird dann besonders gegen ein Vorstandsmitglied gehetzt, das überall dabei gewesen sein soll, und wenn es auch nur seine Werkzeugtasche zur Besetzung zur Verfügung gestellt haben soll.

Das KuKoz hat zu den Vorwürfen Stellung genommen und jeden einzelnen Hetzpunkt auseinandergerupft. Zu den Anschuldigungen gegen das Vorstandsmitglied: "Würden die Vereinsvorsitzenden der Clubs der Fußballbundesliga genauso für die Ausschreitungen der Fans verantwortlich gemacht, wie sie es mit Willi Ernst und ehemaligen enttäuschten KuKoz-Besuchern versuchen, wären wohl alle einschlägigen Positionen in dieser Branche vakant."

Zum Umgang mit den "Punks" heißt es: "... präsentiert hier die CDU ihre Herangehensweise an Jugendliche, die dem Bild davon, wie ein Jugendlicher ihrer Ansicht nach sein sollte - brav, bieder, angepaßt und autoritätshörig - nicht entsprechen. Sie beschränkten sich darauf, diese Jugendlichen zu kriminalisieren und ihnen eine Möglichkeit, ihre Kultur zu entwickeln, zu entziehen. Das KuKoz ... war eine Begegnungsstätte, in der viele verschiedene Gruppen und Menschen ihre



Auffassung von Freizeitbeschäftigung und Engagement miteinander entwickeln und verwirklichen konnten."

Ende Oktober hat der um die Mitglieder der SPD und der GRÜNEN dezimierte Jugendwohlfahrttausschuß dem KuKoz die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe entzogen. Außerdem wurde der Widerspruch gegen die Einstellung jeglicher Förderung für den Verein abgelehnt. Das KuKoz will gegen diese Entscheidung Rechtsmittel beim Verwaltungsgericht Minden einlegen. Inzwischen hat nun Willi Ernst einen Strafbefehl von 20 Tagessätzen zu 25 DM wegen Hausfriedensbruch erhalten. — (rav)

Isolationshaft Ausstellung, Veranstaltungen gegen Isolationshaft

Schweinfurt. Vom 1. November bis 13. November 1986 wurde im Kulturhaus "Die Schreinerei" in Schweinfurt die Ausstellung gegen Isolationshaft "Machen Sie sofort die Schranktür zu!" (32 Zeichnungen, eine Plastik) gezeigt. Im Rahmen der Ausstellung fanden fünf Veranstaltungen statt:

1. Auftaktveranstaltung mit den Künstlern – die 'geistig-moralische Wende' und die politische Kunst. (30 Teilnehmer)
 2. "Totalverweigerer im Knast". (15 Teilnehmer)
 3. "Isolationshaft ist Folter", Veranstaltung mit Rechtsanwalt Michael Schubert aus Freiburg. (70 Teilnehmer)
 4. "Verfolgung von WAA-Gegnern" mit Referenten vom Info-Büro "Freies Wackerland". (35 Teilnehmer)
 5. Diskussionsveranstaltung zur Fernsehserie "Baader-Meinhof" von Stefan Aust. (30 Teilnehmer)
- Ausstellung und Veranstaltungsreihe wurden von einer breiten Aktionseinheit getragen – Kulturhaus "Die Schreinerei", GEW Kreisverband, Die

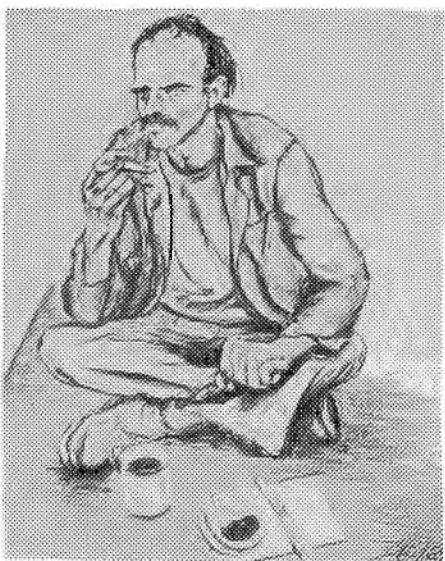
GRÜNEN, Anti-WAA-Gruppe, StuPa-Initiative der Fachhochschule, DFG/VK, SDAJ, DKP, Volksfront. Im gemeinsamen Aufruf hieß es u.a.:

"Wir unterstützen die Veranstaltungen, die im Rahmen der Ausstellung im Kulturhaus durchgeführt werden, um der breiteren Öffentlichkeit unbekannte Informationen über die Zustände in den Hochsicherheitstrakten und den Isolationshaftzellen zukommen zu lassen. Die Ausstellung und die Veranstaltungen sollen dazu dienen, den Forderungen nach Abschaffung der Isolationshaft und der Kontaktsperrre Nachdruck zu verleihen... Zugleich wollen wir darauf verweisen, daß Isolationshaft ein Instrument der Unterdrückung durch den staatlichen Gewaltapparat ist, das wir nicht einfach isoliert betrachten."

Die Ausstellung dürfte von an die 300 Besuchern bewußt betrachtet worden sein, die Teilnahme an den Veranstaltungen war für die örtlichen Verhältnisse gut. Erreicht wurden vor allem jüngere Leute aus der antimilitaristischen Bewegung und der Bewegung gegen die WAA Wackersdorf. Im Zentrum der Diskussion stand die Kritik an der laufenden "Terrorismuskampagne" der politischen Reaktion und dem neuen Gesetzespaket der Regierung, die Aufrüstung des Staatsapparats und Strategien der staatlichen Aufstandsbekämpfung. Die Einsicht, daß sich die "Terrorismuskampagne" gegen jegliche fundamentale Opposition in der BRD richtet, hat Verbreitung gefunden. Theorien wie z.B. von Stefan Aust, daß die Aktionen der RAF erst staatliche Aufrüstung bewirkt hätten, wurden bei vielen geschlagen.

Die örtliche politische Reaktion und ihre Presse versuchten, die Veranstaltungsreihe totzuschweigen.

Wichtig ist auch, daß die Diskussion und die Zusammenarbeit zwischen der politischen Opposition am Ort gefördert wurde. — (cls, pew)



In der Absonderungshaftzelle

Berufsverbote in Niedersachsen

Massive öffentliche Protestaktionen, aber kein dauerhafter Erfolg

Seit 1982 versucht die Albrecht-Regierung verstärkt, mit Berufsverboten den öffentlichen Dienst von politischen Gegnern zu säubern. Den Hauptangriff startet die Regierung derzeit gegen tatsächliche oder vermeintliche Mitglieder oder Unterstützer der DKP, hauptsächlich gegen Lehrer, die sich zu Kommunal- oder Landtagswahlen als Kandidaten der DKP oder auf einer Liste der DKP aufstellen ließen. Die Strategie der DKP besteht darin, der Landesregierung Verfassungsbruch und Menschenrechtsverletzungen vorzuwerfen. In der konkreten Auseinandersetzung fordert sie Einzelfallprüfung entsprechend dem Verfassungsgerichts-urteil von 1975. Mit dieser Position hat sie sich bisher an keiner Stelle durchsetzen können. Daß der Plan der Albrecht-Regierung, 15 Lehrer/innen im Schnellverfahren zu entlassen, nicht aufgegangen ist, ist im wesentlichen der breiten Solidaritätsbewegung geschuldet, die in jedem einzelnen Fall massive Protestaktionen organisierte. Dennoch nimmt die Landesregierung nach den Wahlen 1986 einen neuen Anlauf, um ihre Ziele durchzusetzen, und sie weitet die Anschuldigungen noch aus.

Protestaktionen gegen die Suspendierungen

In den Sommerferien 1986 wurden drei Lehrerinnen und ein Lehrer vom Dienst suspendiert. Der Zeitpunkt war bewußt gewählt worden: Es sollte "Unruhe an den Schulen vermieden" werden, so ein Sprecher des Kultusministers.

D. Vogt ist Lehrerin am Marien-Gymnasium in Jever. Seit 1981 läuft gegen sie ein Disziplinarverfahren, das mit der Dienstenthebung seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Anlaß der Dienstenthebung ist ihre Kandidatur für die DKP zu den Landtagswahlen im Juni 1986. Noch in den Ferien schließen sich die Schüler zu einer Aktionsgruppe gegen das Berufsverbot zusammen. Am ersten Schultag protestieren Schüler und Lehrer mit Transparenten sowohl auf dem Schulgelände als auch in der Innenstadt. Am folgenden Wochenende wird ein Altstadtfest genutzt, um durch Demonstrationen und Flugblätter auf den "Fall" aufmerksam zu machen. Weitere Aktivitäten finden in der Schule statt. Nach einer GEW-Veranstaltung zum Thema schließen sich zwanzig Organisationen zu einem Arbeitskreis gegen Berufsverbote zusammen.

In Oldenburg formiert sich am ersten Schultag ein Demonstrationszug zur Bezirksregierung, um dort eine

Resolution gegen die Dienstenthebung der Lehrerin I. Schachtschneider zu überreichen. Auch gegen sie läuft bereits ein Disziplinarverfahren, dem durch die Kandidatur für die DKP ein neuer "Tatbestand" hinzugefügt wird. Proteste auch in Nordenham, wo die Lehrerin H. Lande den Dienst nicht aufnehmen darf.

K. O. Eckartsberg war erst im Sommer 1985 nach fast zweijährigem Berufsverbot in die Schule zurückgekehrt. Wegen seiner Kandidatur für die DKP 1981 war er entlassen wor-

bildet die Pflicht zur Verfassungstreue ein subjektives Element der Eignung, das für alle Beamten in gleicher Weise gefordert wird und in den Erfordernissen einer Beschäftigung im Staatsdienst begründet liegt", erklärte Kultusminister Oschatz am 26.9.86 im niedersächsischen Landtag auf die Frage der Grünen, welche Gründe die Regierung zu erneuten Suspendierungen bewogen hätten. Flankenschutz bietet das Urteil im Fall Eckartsberg. Das höchste Disziplinargericht hatte dem Lehrer zwar persönlich einen



Eltern der IGS-Linden/Hannover auf einer Protestveranstaltung der GEW gegen die erneute Entlassung von K. O. Eckartsberg.

den, hatte aber vom obersten Disziplinargericht wegen "Verbotsirrtum" Recht bekommen. Seine Entlassung hatte 1983 zu wochenlangen Protestaktionen bis hin zum Schulstreik geführt. Seine erneute Dienstenthebung wird mit der Wahrnehmung innerparteilicher Funktionen begründet – so die Wahl zum Kreisvorsitzenden der DKP Hannover-Land. Ebenso innerparteiliche Vorgänge – Wahl in den Kreisvorstand – werden der wissenschaftlichen Mitarbeiterin H. Fleßner an der Uni Oldenburg zum Vorwurf gemacht. Anlässlich ihrer Anhörung beim Wissenschaftsministerium Hannover fand eine Demonstration statt, in Oldenburg wurde das Rathaus mit einem Transparent umwickelt.

In Braunschweig wird einer Lehrerin die Einstellung verweigert, weil der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen "Erkenntnisse" über Hochschulkandidaturen auf Listen mit MSBlern mitgeteilt hatte.

Albrecht verlangt vom Beamten Kadavergehorsam "Nach deutschem Verfassungsrecht

Verbotsirrtum eingeräumt, gleichzeitig aber in der Sache einen Verstoß gegen die Beamtenpflichten festgestellt, in dem es folgende Leitsätze formulierte:

"Mit der besonderen Treuepflicht des Beamten ist eine Kandidatur für die DKP nicht zu vereinbaren. Denn die DKP verfolgt verfassungsfeindliche Ziele... Der Beamte hat sich dadurch, daß er als Mitglied der DKP für diese Partei in der Öffentlichkeit als Kandidat aufgetreten ist, nach außen mit den Kernaussagen des Parteiprogramms identifiziert. Damit hat er seiner besonderen Treuepflicht zuwider gehandelt. Es ist unerheblich, ob er nach seiner inneren Einstellung das Programm und die Ziele der Partei in ihrer Gesamtheit oder nur insoweit billigt, als er sie für verfassungskonform hält."

Auf Grundlage dieses Urteils hatte die Landesregierung am 15.11.85 einen Runderlaß verfügt, der alle Beamten über die Pflicht zur Verfassungstreue aufklären sollte. Die Lehrer wurden angewiesen, die Kenntnisnah-

me persönlich zu unterzeichnen, faktisch eine Abmahnung. Gegen dieses Vorgehen gab es nur vereinzelt Proteste, und auch die GEW erkannte die Brisanz des Erlasses nicht rechtzeitig.

Die politische Opposition im Landtag

Die Grünen brachten im Landtag einen Antrag ein mit folgenden Forderungen: 1. Die Landesregierung soll die Disziplinarverfahren sofort einstellen. 2. Auf die Regelanfrage soll in Zukunft ganz verzichtet werden. 3. Die Praxis der Datenerhebung beim Verfassungsschutz soll überprüft und dem Landtag darüber berichtet werden. Die politische Einschätzung der Grünen formuliert ihr Abgeordneter Trittin: "Ich warne davor, diese Diskussion als eine rein juristische Diskussion mißzuverstehen; denn rechtliche Argumente können überhaupt nicht erklären, warum in Niedersachsen nicht einmal das Maß an Liberalität möglich ist, das in anderen Teilen dieser Republik tagtäglich üblich ist ... Es geht nicht um jenen kleinen Haufen von Realsozialisten, die mit

hervorragenden Zeugnissen ihren Dienst versehen. Gemeint sind mit diesem Verfahren schlicht wir alle. So werden denn auch alle Bewerber regelmäßig überprüft ..."

SPD-Abgeordneter Waike erklärt, "daß nach unserer Überzeugung der Entschließungsantrag der Grünen in der Tendenz richtig ist". Man müsse im Ausschuß nur einige Stellen gemeinsam interpretieren. Der SPD-Vorsitzende Schröder konkretisiert dann: "Es soll klargestellt werden, daß Disziplinarverfahren einzustellen sind, die nur wegen der Kandidatur für die DKP eingeleitet worden sind. Ich sage ausdrücklich: Unabhängig von dieser Kandidatur kann es, wie bei Mitgliedern anderer Parteien auch, durchaus disziplinarrechtliche Tatbestände geben". Dem Spaltungsversuch der SPD wurde im Landtag nicht begegnet.

Der FDP-Abgeordnete Fischer, der sich kurz zuvor in einem Zeitungsartikel gegen die Berufsverbotepraxis ausgesprochen hatte, warf den Grünen vor, ihr Antrag sei eine Aufforderung an die Regierung, Rechtsbruch zu be-

gehen. Die Betroffenen sollten sich an das Bundesverfassungsgericht wenden, damit dieses endlich die Unstimmigkeiten der Länder untereinander ausmerzen könne.

Im Landtag nicht vertreten ist eine Kritik am Beamtenrecht und damit an der Rechtlosigkeit großer Teile des öffentlichen Dienstes. Dazu Trittin in einem Zeitungsartikel: "Aus alldem ... gibt es meines Erachtens nur einen Ausweg: Die Abschaffung der besonderen Treuepflicht für Beamte ... Mit dieser Forderung stehen die Grünen (zusammen mit einigen Gewerkschäften) allein auf weiter Flur." *

Die Frage, wie dauerhafte Erfolge gegen die politischen Disziplinierungen erreicht werden können, ist in der politischen Opposition nicht geklärt. Es ist zu überlegen, den Kampf gegen die Säuberung des Beamtenapparates – soweit er die Lehrer betrifft – enger zu verknüpfen mit dem Widerstand gegen die Ausrichtung des Schulwesens auf Massen"erziehung" einerseits und Elite"bildung" auf der anderen Seite. – (usm, anp)

Stellungnahmen gegen Berufsverbote

Auszüge aus der Resolution des GEW-Landesverbandes Niedersachsen vom 30.8.1986: "... Die niedersächsische Landesregierung ist nach der Landtagswahl offensichtlich entschlossen, ihre Politik flächen-deckender Berufsverbote in einem zweiten Anlauf durchzusetzen. Offenbar setzt sie darauf, mit Hilfe einer bestimmten Rechtssprechung niedersächsischer Verwaltungsgerichte die Rechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst immer weiter einzuschränken. Die nur noch formale, scheinbare Prüfung des Einzelfalles zeigt, daß die Landesregierung sich nicht scheut, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu unterlaufen.

Die GEW bekräftigt ihre Kritik an der Politik der Berufsverbote. Verfassungswidrig handelt nicht, wer sich für eine legale Partei engagiert und z.B. für sie kandidiert oder andere Funktionen übernimmt.

Die GEW fordert die niedersächsische Landesregierung auf:

Alle Disziplinarverfahren und sonstige Disziplinierungen aus politischen Gründen sind sofort einzustellen.

Niemand darf wegen der Wahrnehmung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit und des passiven Wahlrechts aus dem öffentlichen Dienst entlassen werden.

Alle vom Berufsverbot Betroffenen sind zu rehabilitieren und einzustellen."

Auszüge aus einem Brief von Dr. H. Fließner an den Minister für Wissenschaft und Kunst. H. Fließner, Mitglied der DKP, ist Ratsfrau in Oldenburg und kandidierte 1986 zu den Landtagswahlen für die DKP. Sie unterstreicht ihr Recht als Mitglied einer zugelassenen Partei, ihre Rechte für diese Partei wahrzunehmen, wie es Mitgliedern anderer Parteien auch zusteht. Sie beruft sich dabei auf das Parteiengesetz GG, Artikel 21, auf das niedersächsische Abgeordnetengesetz und auf die niedersächsische Gemeindeordnung, § 39.2. Neu an der Argumentation ist, daß neben dem Einklagen von Rechten und dem Vorwurf, die Landesregierung handele verfassungswidrig, die Politik aufgezeigt wird, die unterdrückt werden soll: "Daß man mich bei meiner Kandi-

datur um das Amt der Ratsfrau persönlich behindert und mit Existenzvernichtung bedroht, ist dabei nur die eine Seite: Es soll auf diese Weise einer entschiedenen Politik der Interessenvertretung der sozial Benachteiligten der Zugang in den Rat versperrt werden. Ausgesperrt werden soll auf diese Weise eine Politik, – die die Verquickung von Mandat und Geschäft aufdeckt und bekämpft;

– die sich dagegen zur Wehr setzt, daß die Interessen kapital- und einflußkräftiger Wirtschaftskräfte die Richtlinien der kommunalen Politik bestimmen;

– die den außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen im Rat Gehör verschafft;

– die den Interessen sozialbenachteiligter Bevölkerungsgruppen zur Geltung verhilft: den Interessen der Kinder und Jugendlichen, der Frauen, der alten Menschen, der behinderten Bürgerinnen und Bürger, der Sozialhilfeempfänger, der ausländischen Mitbürger;

– die gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung aufsteht.

Diese Politik vertrete ich seit Februar 1985 als Ratsfrau im Rat der Stadt Oldenburg. Sie soll mit dem Instrument des Berufsverbotes aus dem Rat vertrieben werden."

Quellenhinweis: Nds. Landtagsprotokoll vom 25.9.86; Nds. Schulverwaltungsblatt 10/85; Unsere Zeit, verschiedene Ausgaben; päd. extra, 11/86; Informationsdienst der niedersächsischen Initiative gegen Berufsverbote vom 18.10.86



Protest gegen die Suspendierung von U. Paulus, 4. September 1984.

Ledergewerkschaft fordert 60 Pfg.

Die Gewerkschaft Leder fordert für die 65000 Beschäftigten in der Schuh-, Leder- und Kofferindustrie sowie der ledererzeugenden Industrie Lohnerhöhungen. Ein Gewerkschaftssprecher gab bekannt, die Große Tarifkommission der Gewerkschaft habe die Forderungen für die Tariflöhne einstimmig beschlossen. In allen drei Tarifbereichen will die Gewerkschaft eine Erhöhung der Tarifstundenlöhne um 60 Pfennig und Verbesserungen beim 13. Monatsgehalt durchsetzen. Die 60 Pfg. machen zwischen 5,5 und 6,5 Prozent des Tariflohns aus. — (gba)

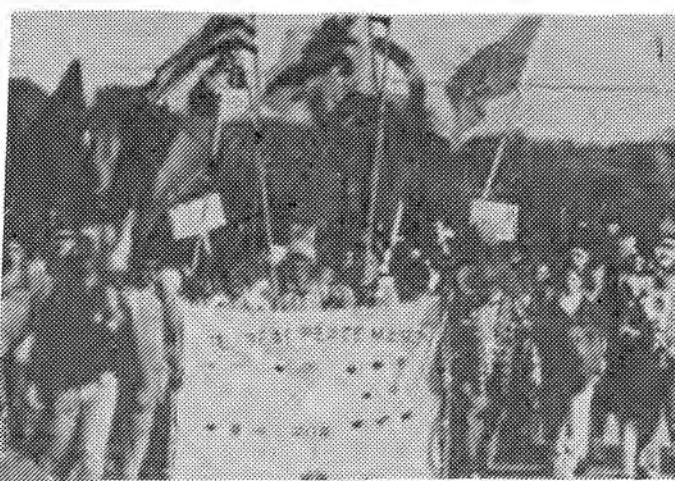
Aktionen der ÖTV bei der US-Armee

Fürth. Am 10.11.1986 legten 1500 deutsche Beschäftigte der US-Armee im Bereich des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr für zwei Stunden die Arbeit nieder. Anlaß der Streiks, die im gesamten Bundesgebiet stattfanden, sind die Forderungen der ÖTV nach Einkommensverbesserungen mit einem Gesamtvolumen von 6,5% sowie dem Erhalt der Arbeitsplätze bei der US-Armee. Diese sind durch die Privatisierungspläne der US-Armee, dem sog.

Zum Zentralen Aktions- und Konferenztag der Erwerbsloseninitiativen kamen am 22.11. über 1000 Teilnehmer nach Köln. Mit Aktionen (Bild: Demonstration in Ehrenfeld) und Diskussion ihrer Thesen bereiteten sie ihren Bundeskongreß Ende 1987 vor. In Zusammenarbeit mit dem DGB fordern sie zur existentiellen Absicherung u.a.: Sofortige Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 80% des letzten vollen Nettolohnes, mindestens 1300 DM für alle Erwerbslosen, Wegfall der Arbeitslosenhilfe. — (anl)



ROCAS-Programm gefährdet, nach dem bundesweit 30000 Arbeitsplätze abgebaut werden sollen (30 bis 50% der Stellen). Im Bereich Würzburg sollen ab September 165 Männer und Frauen allmählich abgebaut werden, in Schweinfurt 200, in Aschaffenburg rechnet die ÖTV mit 250 Kündigungen. Am 20.9.1986 fand dagegen eine Demonstration der ÖTV in Fürth statt, an der sich 400 Kollegen beteiligten. Auf der Abschluserversammlung verurteilte der ÖTV-Geschäftsführer des Bezirks Bayern, Bernd Rode, die Offensivrüstungspläne der USA und rief den Anwesenden ins Gedächtnis, daß Aufrüstung Arbeitsplätze vernichtet. — (mas)



Washington, USA: Am 16. November 1986 empfingen mehrere zehntausend Demonstranten die 1500 Teilnehmer eines transkontinentalen Friedensmarsches. Am 1. März 1986 war der Friedensmarsch für weltweite Abrüstung der Atomwaffen an der Westküste der USA in Los Angeles gestartet. Auf ihrem Weg quer durch den Kontinent hatten die Marschierer in den Städten und Ortschaften auf die Abrüstungsforderungen aufmerksam gemacht, u.a. "Teststopp jetzt" und "Stopp dem Sternenkrieg". Die seit Jahren größte Friedensdemonstration in Washington endete mit einem symbolischen Massensterben vor dem Weißen Haus. Quelle: UZ, 18.11.1986 — (gba)

Umfrage zum Ladenschluß

Karlsruhe. Das Marktforschungsunternehmen dataplan befragte 1004 Personen in und um Karlsruhe. Die Frage war, "ob jedes Geschäft selbst entscheiden solle, ob es nach 18.30 Uhr geöffnet hat" mit "sinnvoller Regelung der Arbeitszeit und Entlohnung": dafür 62,6%, 37,1% dagegen. Mit Abitur 87,7% dafür, mit Haupschulabschluß 50,1%, Männer 67,5%, Frauen 57,7%. Gegen eine Änderung des Ladenschlusses und zum 30jährigen Bestehen des Ladenschlußgesetzes hat die HBV für den 29.11. Aktionen zur Verteidigung des Ladenschlusses angekündigt. — (rub)

Tod durch PVC-Produktion

Waldshut. Stellungnahme der Lonza Waldshut vom 21. November 1986: "Es ist bedauerlich, daß mit Wahrscheinlichkeit drei Mitarbeiter wegen des in den 60er Jahren fehlenden Wissens gestorben sind ..." Kurz zuvor hatte das Regierungspräsidium Freiburg zwei Rührwerke stilllegen lassen, da bei diesen Anlagen, aber auch bei den restlichen neun, die Vinylchlorid (VC)-Emissionen wesentlich über den Grenzwerten liegen. Gleichzeitig wird gegen Lonza und Mitarbeiter des Gewerbeaufsichtsamtes ermittelt u.a. wegen unterlassenem Genehmigungsverfahren. VC wirkt — "offiziell" erst seit 1970 bekannt und mit Grenzwerten versehen — krebsfördernd und genschädigend. Lonza bestreitet die

zu hohen Werte mit dem Hinweis, sie führe seit zehn Jahren freiwillig VC-Messungen durch. Sie schweigt nicht nur zu Erkrankungen, sondern sie legte auch noch gegen die Stilllegungsverfügung Widerspruch ein. — (irb/rew)

5000 gegen Stellenstreichungen

Düsseldorf. Am 13. November demonstrierten 5000 Lehrer unter den Forderungen "Neueinstellung statt Arbeitsplatzvernichtung. Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung". Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hatte dazu aufgerufen, weil in NRW 25000 Lehrer arbeitslos sind, obwohl 160000 Unterrichtsstunden ausfallen. Ferner wurde gegen Pläne der Landesregierung protestiert, ab 1987 jährlich 2000 Lehrerstellen zu streichen. Begrüßt wurde der Beschuß der SPD-Landtagsfraktion, die 3000 befristeten Verträge in Dauerverträge umzuwandeln. — (rub)

Stahlkonferenz der IG Metall am 16.12.

Essen. Am 16.12. will die IG Metall erneut eine Stahlkonferenz durchführen, wie es von verschiedenen Gewerkschaftsgremien auch auf dem letzten Gewerkschaftstag gefordert wurde. Hintergrund sind die Beschlüsse der EG-Kommission und der in Eurofer zusammengeschlossenen Monopole, die einen weiteren Abbau der Stahlkapazitäten um 10-11 Mio. t/Jahr vorsehen. Des Weiteren soll es um die Montanmitbestimmung gehen. — (wof)

Antifaschistische Aktionseinheit

Ausweitung der Aufgaben – Klärung von Strittigem steht an

Mannheim. Vom 27.10.-13.11. führte die Aktionseinheit gegen den geplanten NPD-Parteitag in Mannheim Antifaschistische Wochen durch. Daß die Themensetzung tatsächlich Resultat eines längeren Diskussionsprozesses in der Aktionseinheit war, ermöglichte die Berücksichtigung verschiedener Interessen und Richtungen. Das wirkte sich auf die Teilnahme an den acht Veranstaltungen aus: Sie betrug zwischen 25 und 90 Leuten; insgesamt wurden ca. 200 erreicht. Wichtig war die Teilnahme der Grünen. Die VVN dagegen war nicht zu einer Unterstützung bereit.

Der Verlauf der Veranstaltungen war davon geprägt, daß Antifaschisten verschiedener politischer Richtungen Ansichten austauschten, aber in den seltensten Fällen darüber hinaus zu einer vertiefende Debatte kamen. Es wird die Aufgabe weiterer Diskussion sein, aus der Vielzahl von angesprochenen Fragen diejenigen herauszufinden, die einen gemeinsamen Bezugspunkt für die weitere Klärung strittiger Fragen bieten.

Im folgenden drucken wir die gekürzten Beiträge der Veranstalter für das Einladungsflugblatt ab. – (chc)

Faschismus und Neofaschismus in der BRD

Der Bruch mit dem Faschismus war in der BRD niemals vollständig. Große Teile der Nazi-Diktatur wurden in den Staatsapparat der "demokratischen" BRD übernommen. Dariüber berichtet das erste Referat des Abends. Im zweiten Referat werden die bekanntesten rechtsradikalen Gruppen und Parteien beim Namen genannt, werden ihre Vorstellungen, z.B. zur Ausländerpolitik und zum Umweltschutz ausführlich dargestellt. Im abschließenden dritten Referat wird über die Tätigkeit der türkischen "Grauen Wölfe" in Mannheim und in der BRD, über ihre Politik, ihre Anschläge und Morde gegen politische Gegner berichtet.

Antifaschistischer Kampf und revolutionäre Perspektive

Antifaschistischer Kampf ist nur dann wirksam, wenn er antiimperialistisch, internationalistisch und revolutionär geführt wird. Das wichtigste Instrument zur Durchsetzung der Profit- und Machtinteressen des Imperialismus ist die NATO. Nach außen führt er gegen den legitimen Befreiungskampf der Völker der "Dritten Welt" einen immer aggressiveren Kurs, nach innen verschärft er die Repression gegen jegliche Form von Widerstand, mag er gewaltfrei oder militant sein. Die aktuelle Situation erfordert den kämpfenden Zusammenschluß der Fundamental-Opposition gegen NATO, Staat und Kapital.

In einem weiteren Beitrag wird die Bedeutung der Arbeiterbewegung im antifaschistischen Kampf dargestellt. Ob eine faschistische Diktatur verhindert werden kann, hängt vom Klassenbewußtsein, der Kampfkraft und der Organisiertheit der Arbeiterklasse ab.

Faschismus International: Die BRD fördert und unterstützt Konterrevolutionen und Terrorregimes in Ländern der Dritten Welt

Südafrika: Beharrlich weigert sich die BRD, Boykottmaßnahmen gegen das südafrikanische Rassistenregime zu unterstützen. Die rassistische Verteidigung der südafrikanischen Kolonialherrschaft in Südafrika und Namibia ist zentraler Bestandteil reaktionärer und faschistischer Propaganda in der BRD.

Chile: Die BRD hat die Errichtung der Pinochet-Diktatur wirtschaftlich, militärisch und propagandistisch unterstützt. Seitdem auch die christdemokratische Partei verboten wurde, propagieren Geißler und die CDU/CSU unter

dem Schlagwort "Demokratisierung" die Sicherung der chilenischen Herrschaftsverhältnisse durch Einbeziehung der chilenischen Christdemokraten.

El Salvador: Über imperialistische Arbeitsteilung zwischen USA und BRD schreibt die Konrad-Adenauer-Stiftung: "Deutsche Hilfe für Länder in Mittelamerika und der Karibik ist stets Einmischung in deren innere Angelegenheiten. Es ist Aufgabe einer geschickten Außenpolitik, die Hilfsmaßnahmen so zu kanalisieren und darzustellen, daß der humanitäre Charakter im Vordergrund steht."

Auf der Veranstaltung werden Vertreter der FPMR, Chile, des ANC, Südafrika, und ein Vertreter der FMLM, El Salvador sprechen. Schwerpunkt der Diskussion soll die Politik der BRD gegen diese Länder sein.

Gegen die Ausländer- und Asylpolitik der Regierung und der reaktionären Parteien

Wir dokumentieren den Zusammenhang der Kampagne gegen Asylsuchende mit dem Bundestagswahlkampf 1978, die Entstehung und Handhabung bundesdeutschen Asylrechts, sowie die geplanten Einschränkungen. Wir wenden uns gegen die Tätigkeit des Imperialismus in den faschistischen und anderen kapitalistischen Herkunftsstaaten der Asylsuchenden und setzen uns mit verschiedenen demagogischen Argumentationsrichtungen der Reaktionäre auseinander.

Auf der Veranstaltung wollen wir klären, wie wir in Mannheim den Kampf gegen Ausländer- und Asylpolitik der Reaktion zum festen Bestandteil des antifaschistischen und antiimperialistischen Kampfes machen können.

Justiz und "Innere Sicherheit": wessen Sicherheit, wozu und gegen wen?

Die Justiz und andere große Teile des Staatsapparates, die während der Nazi-Herrschaft tätig waren, wurden fast vollständig in den BRD-Staat übernommen. Bis auf wenige Ausnahmefälle, die allzu gravierend und bekannt waren, wird das Verständnis und die Erfahrung dieser Schergen eingesetzt im Sinne diesmal "demokratischer" Justiz.

Als Referent wird u.a. der RA von Christian Klar zur sog. "Anti-Terrorpolitik" des Staates sprechen. Angehörige der politischen Gefangenen werden die Haftbedingungen von politischen Gefangenen in der BRD schildern.

Unter dem Pflaster liegt der Strand! – Einweihung des Günther Saare-Saales im Jugendzentrum in Selbstverwaltung

Die Lage der Frauen im Faschismus

Je nach Bedarf der Industriemonopole und ihres faschistischen Staates wurden die Frauen erst durch allerlei Maßnahmen aus der Produktion herausgelockt und -getrieben, danach – als die Männer zu Zwangsarbeit und Krieg eingezogen wurden – wieder in die Produktion hineingezwungen. Betroffen waren in erster Linie Frauen aus den unteren Klassen. Und dazu passend fand die "Wissenschaft" heraus, daß Frauen eine besondere "biologische Qualifizierung" für monotone und schlecht bezahlte Tätigkeiten von Geburt an mitbringen.

Weitere Themen: "Geschichte der 'Leichtlohngruppen' für Frauen bis heute" und "200 Jahre Ehescheidungs- und Familienrecht".

Faschismus und bürgerliche Herrschaft

Mit dem endgültigen Sieg des Nationalsozialismus 1933 vollendeten die faschistischen Machthaber zwei Aufgaben: Sie übernahmen nicht nur den alten bürgerlichen Staatsapparat, zerschlugen die bisherigen Formen der parlamentarischen Demokratie, sondern errichteten ein bis dahin nicht dagewesenes Terrorregime. Dabei wurden die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse nicht angetastet. Die zentrale Aufgabe des Nationalsozialismus war die völlige Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung.

Sprengel Museum Hannover

Vorurteile gegenüber "moderner Kunst" abbauen lernen

Im Niedersächsischen Schulverwaltungsblatt 9/86 werden Lehrerinnen und Lehrer aufgefordert, die Bestände des Sprengel Museums für den Kunstunterricht durch dortige Besuche zu nutzen, damit die Schülerinnen und Schüler "u.a. ihre Vorurteile moderner Kunst gegenüber ... abbauen lernen". Dies ist der (vorerst) letzte Akt eines inzwischen vielerorts in der BRD praktizierten Komplotts einer Clique von Kapitalisten, Landes- und Kommunalpolitikern in Sachen Kunspolitik.

Das für 27,5 Mio. DM errichtete Sprengel Museum wurde bei seiner Eröffnung 1979 von der lokalen Presse als "eines der bedeutendsten kulturellen Ereignisse der letzten Jahrzehnte", "ein ermutigendes Ja zu den immer noch zu gering bewerteten schöpferischen Kräften des Menschen, zu Kunst und Kultur, die seinem Dasein erst Rang und Würde

verleihen", und vom Leiter Dr. Büchner gar als "Wunder" gefeiert. Die Entstehungsgeschichte dieses Wunders verlief nach bekanntem Muster (siehe Pol. Berichte 19/86: Museum Ludwig in Köln).

Der Schokoladenfabrikant Dr. jur. Bernhard Sprengel ("Mit Kunst zu leben war schon immer in meinem Elternhaus eine Selbstverständlichkeit") erbte die Kunstsammlung von Sprengel sen. und beschließt, diese fortzuführen. Die dafür vom Profit abgezweigten Gelder werden aufgestockt durch den Verkauf eines großen Teils der väterlichen Sammlung (Bilder von Spitzweg, Feuerbach u.a. Künstlern des 19. Jahrhunderts, die bei den Faschisten hoch im Kurs standen und gute Preise erzielten). Sprengel kauft ab 1937 äußerst "billig" im Kunsthandel größere Posten der von der Reichskultkammer als "entar-

tet" abgestempelten Werke deutscher Künstler (u.a. Kirchner, Otto Mueller, Corinth, Kokoschka und besonders Nolde). Die Beschränkung auf deutsche gegenständliche Kunst wird nach 1948 aufgegeben. In Zusammenarbeit mit zuerst Alfred Hentzen und dann Werner Schmalenbach (jeweils Leiter des Kestner-Museums in Hannover) erfolgt die Öffnung der Sammlung für die Kunst der westlichen Verbündeten (besonders die der französischen "Avantgarde", also besonders "abstrakte Kunst"). Wichtige Kunstaustellungen in den 50er Jahren (u.a. die Kasseler documenta), in denen besonders die abstrakte Kunst zur herrschenden Kunst gemacht wurde, bestückt Sprengel zu nicht unwesentlichen Teilen mit Werken aus seiner Sammlung, die heute über 300 Bilder und Plastiken und mehrere hundert Blatt Druckgraphik umfaßt und deren Wert mit über 30 Mio. DM beziffert wird.

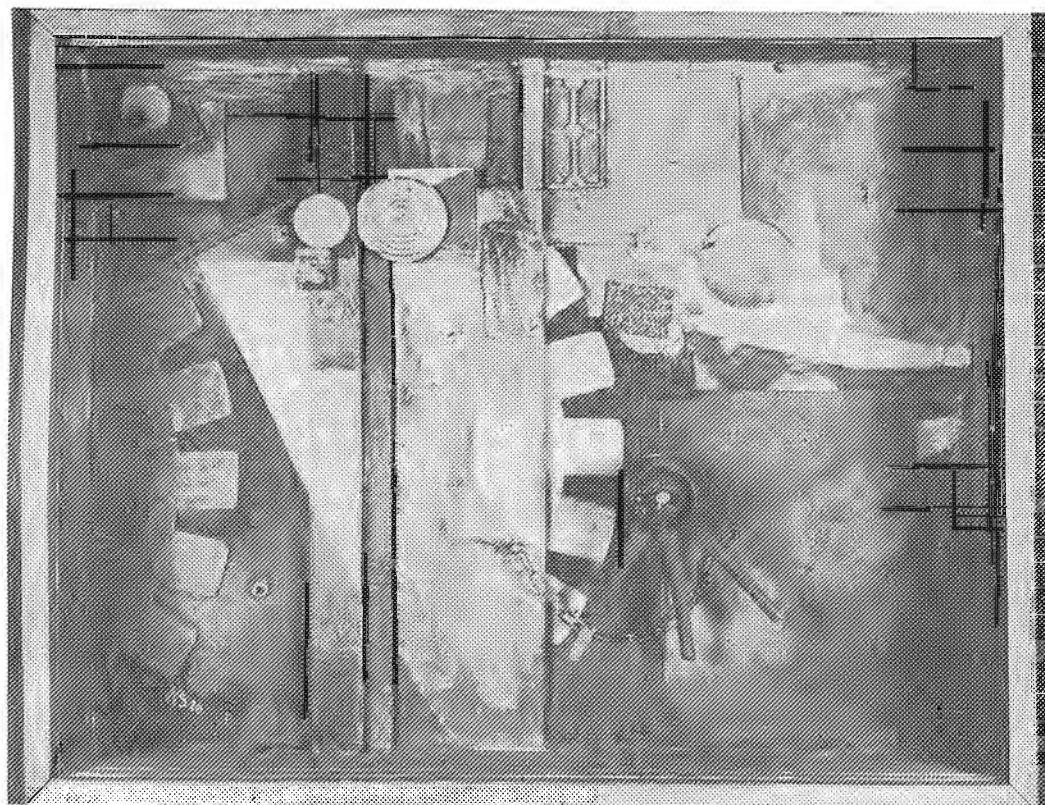
Um einen dauerhaften Einfluß auszuüben auf das, was Kunst zu sein hat ("Nur

was ich selbst erkannte, habe ich in meine Sammlung aufgenommen."), "schenkt" Sprengel 1969 – anlässlich seines 70. Geburtstages – seine Sammlung der Stadt Hannover mit der Verpflichtung, dafür ein geeignetes Museum zu bauen und "wirklich Wertvolles nach hohen Maßstäben" weiter zu sammeln. Für den Bau des Museums legt er nochmal 2,5 Mio. DM auf den Tisch, Stadt und Land jeweils 12,5 Mio.

Zusammen mit kleineren Sammlungen anderer Kapitalisten (Günther Wagner/Pelikan, Bahlsen, Wormald, Hermann) und Beständen aus dem Niedersächsischen Landesmuseum weist das Sprengel Museum heute eine der bedeutsamsten Sammlungen "moderner" Kunst des 20. Jahrhunderts auf mit dem Schwerpunkt "Klassische Moderne" (Picasso, Leger, Laurens, Klee; Beckmann u.a. deutsche Expressionisten; Schwitters, "Kabinett der Abstrakten"), aber auch zeitgenössische Kunst wird ständig dazu gekauft (für die nächsten fünf Jahre beträgt der Etat dafür 1,7 Mio. DM).

Damit ist das Sprengel Museum zu einer wichtigen Propagandastätte für eine Kunst geworden, die die von Kapitalismus und Imperialismus bestimmte gesellschaftliche Realität als Inhalt ablehnt, sich aber pluralistisch gibt, die Freiheit des (künstlerisch "schöpferischen") Individuums predigt, oft (wie viele der deutschen Expressionisten, z. B. Nolde, Kirchner, Marc) ihr Heil im Rückzug in den "Urzustand der von der Zivilisation unberührten Natur" sucht und Kunst als "Gleichnis zur göttlichen Schöpfung" (Klee) begreifen will.

Um dieses "Bildungsgut im weitesten Sinne zu verstehen und für jeden Besucher nutzbar zu machen" (Dr. Büchner), wurden und werden erhebliche Anstrengungen unternommen: Lage am Maschsee (beliebtes Freizeitgebiet, wichtig für seine Bedeutung als "Begegnungs- und Lernort"), "kommunikationsfreundliche" Bauweise und Innengestaltung ("Das Museum sollte auch auf Nicht-Kunstkenner einladend wirken: ein offenes Haus, der Zukunft offen,



Kurt Schwitters (gest. 1948), als "großer Realist" im Sprengel Museum gefeiert, wollte in seinen "Materialbildern" (dies ist von 1920) "Gegensätze ausgleichen", "gleichwertige Beziehungen schaffen am liebsten zwischen allen Dingen der Welt". "Die Kunst ist eine geistige Funktion des Menschen mit dem Zwecke, ihn aus dem Chaos des Lebens ... zu erlösen ... Sobald das Werk Kunstwerk ist, ist es weit erhaben über die Klassenunterschiede von Proletariat und Bürgertum." (Schwitters 1923)



Franz Marc, Pferde und Adler, 1912

"Romantisch-sehnsuchtsvoll stellen einige der (expressionistischen) Maler die Natur als einen Urzustand des Lebens dar, der von der Zivilisation des Menschen unberührt geblieben ist ... Franz Marcs Tiere erscheinen auf Grund eines kunstvoll geschachtelten Farbformgefüges wie schicksalhaft in die Natur verstrickt. In den Augen des Malers stehen die Tiere dem kreatürlichen Urgrund am nächsten. Der Mensch, schrieb er, ist häßlich." (Text Sprengel Museum)

für ein unbefangenes Publikum"). Die Präsentation der Kunstwerke ist übersichtlich gestaltet, zu den Schwerpunkten der Sammlung gibt es spezielle "didaktische Räume", in denen verständliche Informationen zu einzelnen Kunstrichtungen zu erlangen sind – optisch sehr ansprechend aufgemacht. Eine umfangreiche Broschüren-Serie ("didaktische Informationen") wurde erstellt, die für Groschenbeträge zu kaufen und ebenfalls gut zu lesen sind. Es gibt eine Bibliothek zur Kunst des 20. Jahrhunderts mit Lese- und Arbeitsplätzen, Sonderausstellungen, Veranstaltungen, Dia-Vorträge, Führungen – auch in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule, dem Kommunalen Kino, dem "Bund Deutscher Kunsterzieher" u.a. kulturellen Institutionen.

Im "Forum mit Druckwerkstatt und Unterrichtsbereichen" können künstlerische Techniken erlernt werden, finden Werkbetrachtungen statt. Für Kinder gibt es ein spezielles "Kinderforum". Und alles zum "Nulltarif".

Für den Kunstunterricht an Schulen gibt es ebenfalls ein museumspädagogisch ausgearbeitetes Programm mit "Lehrer-Rundbriefen", "intensiver Beratung", Fortbildungsveranstaltungen,

Unterrichtshilfen (Video-Kassetten, Dia-Reihen, "didaktische Hefte", "Materialkoffer"). Für die Einführung in die Arbeit des Museums gibt es zusätzliche Angebote wie das "Museumsdetektivspiel", "Suchspiele", ("Bilderzoo", "Fund Sachenspiel", "Ulkige Typen" usw.).

Das Sprengel Museum – allein in den ersten einhalb Jahren eine halbe Million Besucher – hat inzwischen für seine Ausstellungs- und Vermittlungstätigkeiten für einen jährlichen Etat von 4,7 Mio. DM (ohne Ausgaben für Neueinkäufe). Mit dem zweiten Bauabschnitt, der in erster Linie die Ausstellungsmöglichkeiten mindestens verdoppeln soll, wird im nächsten Jahr begonnen (Kosten: 20 bis 30 Mio. DM). Der dritte Bauabschnitt wird in den 90er Jahren erwartet.

Quellenhinweis: Kunstmuseum Hannover mit Sammlung Sprengel, Westermann, 1979; Sammlung Sprengel, Katalog 1965 (Kunstverein Hannover); Moeller: Sprengel Museum Hannover, Malerei und Plastik des 20. Jahrhunderts, 1985; diverse "didaktische Informationen" des Sprengel Museums; Schulverwaltungsblatt Nieders., 9/86; Die Zeit v. 15.6.79, Hannoversche Allg. Zeitung v. 7.6.79 und v. 10.11.81 – (uwa)

Ermittlungen gegen die Dresdner Bank

"Wer marschiert hinter dem ersten Tank?"

"Das ist der Dr. Rasche von der Dresdner Bank!", so lautete ein Vers, der als Refrain zu einem Spottlied des tschechischen Widerstand nach der Besetzung Prags durch das deutsche Militär am 15. März 1939 entstand. An diesem Tag traf, kurz nach den Tanks, eine Delegation der Dresdner Bank unter Führung des Direktors, Reinhold von Lüdinghausen, in der Böhmisches Escompte-Bank in Prag ein. Sie teilten der Leitung der Escompte-Bank mit, daß die Dresdner Bank sie übernehmen werde.

Mit diesem für die räuberische Expansionspolitik der zweitgrößten Bank des deutschen Imperialismus typischen, besonders in den Ländern Ost- und Südosteuropas ab 1938 fast alltäglichen, Beispiel beginnt die Einleitung zu dem Ende September 1986 im Verlag der Anderen Bibliothek erschienenen Sonderband "Ermittlungen gegen die Dresdner Bank", Herausgeber H. M. Enzensberger. Als Bearbeiter für die Einleitung (über 100 Seiten) zeichnete Karl Heinz Roth. Der Sonderband basiert auf den Ermittlungen der OMGUS, der Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland, Finanzabteilung – Sektion für finanzielle Nachforschungen, die im wesentlichen 1945–6 durchgeführt wurden, um Material für die Prozeßanklage gegen die Führung der Dresdner Bank zu liefern.

Der vorliegende Sonderband überzeugt durch die Dokumentation der "Ermittlungen", die Aufschluß über das räuberische, menschenvernichtende und kriegsverbrecherische Treiben der Dresdner Bank im deutschen Faschismus geben, sowie in der "Einleitung des Bearbeiters" durch die Offenlegung der Tatsachen, die dem deutschen Finanzkapital nach dem Krieg ermöglichten, ihre imperialistischen Geschäfte weiterzuführen, obwohl der gesamte Vorstand und Aufsichtsrat der Dresdner Bank bis 1947 inhaftiert waren, wurde trotz erdrückendem Beweismaterials nur Karl Rasche von der Führung der Dresdner Bank angeklagt, lediglich zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt und schließlich vorzeitig entlassen. Auch die weiteren Empfehlungen von OMGUS hatten keinen Erfolg: die Liquidierung der Dresdner Bank und die Dezentralisierung des Bankwesens in Deutschland sowie die Entfernung der verantwortlichen Mitarbeiter aus wichtigen Positionen des politischen und wirtschaftlichen Lebens.

Der unbestritten wichtige Beitrag, den die Veröffentlichung der OMGUS-Ermittlungen gegen die Dresdner Bank – vorher gegen die Deutsche Bank und gegen die I.G. Farben – für die heutige Frontbildung gegen Reaktion, Faschismus und Krieg leisten könnte, wird durch politische Fehler geschmäleriert, u.a. in dem den Banken und ihren Vorständen eine alles überragende Bedeutung innerhalb des deutschen Imperialismus zugeschrieben wurde. So erhält der Leser unverständlichweise nur am Rande und äußerst unvollständig Auskunft über die Anteilseigner an der Dresdner Bank. Obgleich erst 1937 – nach Abwendung eines Konkurses und nach Konsolidierung der Gewinne – die Dresdner Bank von den Faschisten wieder reprivatisiert wurde. Ab 1932 waren 90 % der Aktien in Staatsbesitz.

Von den OMGUS-Dokumenten sollen hier folgende herausgehoben werden:

Bereits 1937 richtete die Dresdner Bank eine "Arisierungsabteilung" in ihrer Berliner Zentrale ein, die in der Folgezeit mit Heißhunger alle möglichen "jüdischen" Banken und Fabriken schluckte. Die Dresdner Bank verwandte zusammen mit anderen Großbanken 80 % der Spareinlagen

als Hauptkreditgeber des faschistischen Staatsapparates zur Vorbereitung der imperialistischen Expansion, z.B. übernahm sie die Kreditvergabe für den Aufbau der Luftwaffe und der Rohstoffbeschaffung. Sie war ferner sog. Hausbank der SS und ihrer Wirtschaftsbetriebe und stellte sogar einen Rationalisierungsexperten, um die SS-Wirtschaftszentrale zu reorganisieren. Die Vernichtung durch Arbeit, z.B. im Auschwitz-Komplex der I.G. Farben, finanzierte die Dresdner Bank durch Kredite. Als Hauptkreditgeber fungierte sie u.a. bei den Hermann-Göring-Werken, bei Krupp, Brabag und Wintershall. Im besetzten Ost- und Südosteuropa makelte sie die Übernahme der Wirtschaft durch die deutschen Imperialisten: "Auswahl geeigneter Objekte", Taxierung ihrer Werte und Suche nach "Käufern" gegen Gebühren. In einer 28seitigen Broschüre "Volk und Wirtschaft im ehemaligen Polen" z.B. pries die Dresdner Bank dem Kapital die glänzenden Aussichten der Profitmacherei. – (sie)

Katholische Kirche:

Deutsches Bewußtsein erwache! Das Evangelium sei mit Dir

"Nationales Bewußtsein stärken" lautete die Aufforderung, mit der das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) Mitte Oktober die Herausgabe einer Dokumentation "Nation – Nationalstaat" ankündigte. Termingerecht zum Beginn des Wahlkampfes hatte eine Kommission des ZdK einen "Diskussionsbeitrag" veröffentlicht. Wohin und zu welchem Zwecke der jetzige deutsch-nationale Aufbruch? Der Präsident des ZdK, H. Maier, bis vor kurzem Kultusminister in Bayern, erinnerte in einem Vortrag: "Der Auftrag des Grundgesetzes, die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, ist noch nicht eingelöst. Darauf aufmerksam zu machen und zugleich Rahmen und Ziel eines deutschen Nationalbewußtseins heute zu bestimmen", sei der Inhalt des "Diskussionsbeitrages". Professor Maier nimmt die Katholiken in die Pflicht: "Als Christen und Bürger haben wir daran mitzuwirken, daß bei uns nationales Bewußtsein, eingebunden in die allen Europäern gemeinsame Tradition des Denkens, Selbstverständlichkeit gewinnt."

Ohne ein starkes deutsch-völkisches Bewußtsein, das selbstverständlich werden soll, ist der erneute Marsch nach Osten, zunächst zur Befreiung der Deutschen in der DDR, dann im weiteren Osteuropa (siehe hierzu den Kasten, Wahlprogramm der CDU/CSU), nicht einzuleiten. Selbstverständlich ist dieses Bewußtsein jedoch derzeit noch nicht. Aber: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Nach diesem Motto jedenfalls erklärt das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Kommission "Politik, Verfassung, Recht", historische Vorgänge und Entwicklungen. Eine Nation existiere dann, wenn der Wille eines Volkes sich verwirklicht: "Ein Volk, also eine große Gemeinschaft von Menschen, die durch ihre Geschichte und einen eigenen Bestand an Kultur vereint sind, bildet dann eine Nation, wenn es den Willen hat, auch politisch eine Einheit zu bilden und in irgendeiner Form politische Selbständigkeit zu erlangen. Besonders ausgeprägt verwirklicht sich dieser Wille im Nationalstaat."

Daß die jeweils herrschenden Klassen ihre Taten als Ausdruck eines angeblichen Willens aller, eines "Volkswillens", rechtfertigen, ist alt. Behauptet wird dabei entweder eine von nicht mehr hinterfragbaren Urkräften getragene Volksgemeinschaft oder das "Volk" als "vorgegebene

Idee, Urtypus, sich entfaltende Form des sozialen Organismus". Volk oder Nation wird zum Träger einer eigentümlichen Kulturgestalt. Und wenn eine Trägerfunktion behauptet wird, ist zugleich ein eigenständiges Subjekt gegenüber den Menschen in einer vorhandenen Gesellschaft angenommen. (S. das katholische "Staatslexikon", Herder-Verlag, Stichwort "Volk"). Ähnliche Vorstellungen liegen diesem "Diskussionsbeitrag" des ZdK zugrunde. Sie ermöglichen die Aufforderung an die einzelnen Christen, dem Volkswillen nachzukommen und ein deutsch-nationales Bewußtsein zu stärken. Dabei wird ein Problem dieser Volksauffassungen deutlich: Ohne die Entwicklung eines nationalen Bewußtseins ist der angeblich schon vorhandene Volkswille zumindest als dieser nationale Volkswille wohl nicht vorhanden.

Warum soll etwa die staatliche Zusammenfassung zum "Deutschen Reich", die der preußische Adel (samt der preußischen Bourgeoisie) auf Grund seiner Vorherrschaft 1870/71 durchsetzte, Ausdruck eines vorgegebenen "Volkswillens" sein? Einleuchtend ist das nicht. Viele katholische Christen haben seit den Erfahrungen mit dem deutschen Nationalstaat faschistischer Prägung, den der Papst mit dem Konkordat abgesegnet hatte, genug vom nationalen Bewußtsein. Das ZdK konstatiert: "Viele Menschen in unserem Land scheuen seitdem nationale Gefühle und den Gebrauch nationaler Symbole." Insbesondere gegen diese vielen richtet sich die ZdK-Kommission und schlägt ihnen die Bibel um die Ohren, denn diese unnationalen Christen handeln gegen das Evangelium: "Der Gedanke selbstverantwortlicher Freiheit, aus dem das Recht auf nationale Selbstbestimmung wie auch das Recht jedes Volkes, über die Verfassung seines Staates zu entscheiden, hervorgegangen sind, ist ein Element des Evangeliums und entspricht christlicher Tradition. Deshalb mahnt das Zweite Vatikanische Konzil alle Christen, 'in Liebe gegenüber ihrer Nation' dem allgemeinen Wohl zu dienen."

In der Ablehnung der DDR vermutet das ZdK christliche Einheit und setzt hier an, das zur Befreiung der "Deutschen in der DDR" notwendige starke Bewußtsein zu verlangen: "Wenn die DDR dem nationalen Erbe seit geraumer Zeit eine betonte Pflege angedeihen läßt, so soll das offenkundig dazu dienen, dieses Erbe den Zielen des 'realen Sozialismus' dienstbar zu machen ... Es darf nicht der Anschein entstehen, als sei die DDR der berufene Anwalt der nationalen Tradition Deutschlands. Deshalb muß sich bei uns durchaus vorhandenes, jedoch immer noch verschrecktes nationales Bewußtsein stärken und Selbstverständlichkeit gewinnen. Es muß allerdings unbedingt eingebunden sein in die allen Europäern gemeinsame Tradition des Denkens."

Wofür soll das wiedererstarkte deutsch-nationale Be-



"Ganz Europa – von Gibraltar bis zum Ural – muß ein neues, christliches Gesicht erhalten", verkündete Kardinal Höffner Ende August im polnischen Tschenstochau: Deutsch-nationales Bewußtsein ist gefordert.

wußtsein eintreten? "Das Verlangen der Nation nach Zusammenleben" müsse sich "nicht unbedingt in einem nationalen Einheitsstaat" verwirklichen, es gäbe auch andere Strukturen "freier politischer Selbstbestimmung". Westeuropa müsse stark gemacht werden, dann könne die "deutsche Frage" gelöst werden. (S. das CDU/CSU-Wahlprogramm)

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken versichert den Gläubigen abschließend, daß sie alle Hoffnungen fahren lassen sollten. Dieser historische Zwangsverband "deutsches Volk" mit seinem "Verlangen nach Zusammenleben" würde auch in Zukunft derselbe bleiben: "Die ... Einheit des deutschen Volkes ist viel älter als die Epoche,

in der sie ihre politische Gestalt in der Form des Nationalstaates fand. Und wie vor dem Zeitalter des Nationalstaates so wird das deutsche Volk auch nach dessen Ende seine Identität besitzen und entfalten."

Die zielgerichtete Entfaltung des westdeutschen Imperialismus nach Osten zu ermöglichen, dafür arbeiten diese deutsch-völkischen Propagandisten der katholischen Kirche in Verbund mit den bürgerlichen Parteien. Die behauptete Volksidentität mit dem Drang nach Osten müssen sie aber erst herstellen. Da ihre Begriffe brüchig sind, kann Kritik ihre Propaganda wirksam stören.

Quellenhinweis: Dokumentation des ZdK "Nation – Nationalstaat", 16.10.86 – (gba)

Deutschlandpolitik, Nationalbewußtsein Wahlprogramme: CDU/CSU, FDP, SPD

CDU/CSU:

"Unser Ziel bleibt eine dauerhafte Friedensordnung, die sich auf Freiheit und Menschenrechte gründet ... Aber solange die Sowjetunion dort, wo sie ihre Macht gefahrlos einsetzen kann, Menschenrechte verletzt und Völker unterdrückt, bildet sie eine wesentliche Ursache für die Gefährdung der Freiheit und des Friedens ... Wir vertreten die Interessen aller Deutschen. Die deutsche Frage ist offen. Sie ist mit der Erhaltung und der Gestaltung des Friedens in Europa eng verknüpft. Die Freiheit ist der Kern der deutschen Frage. Unsere Deutschlandpolitik wird der nationalen und der europäischen Verantwortung gerecht, die sich aus der offenen deutschen Frage ergibt. Unsere ganz besondere Solidarität gilt weiterhin jenen Deutschen, die noch 40 Jahre nach Kriegsende in Unfreiheit leben müssen. Wir wollen die menschenverachtende, vom sowjetischen Imperialismus verursachte Teilung überwinden und auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt ... Die Ostverträge sind keine Grenznerkennungsverträge ... Eine spätere gesamtdeutsche, demokratisch gewählte Regierung ist dadurch nicht gehindert, die deutschen Interessen zu vertreten..."

Wir wollen das Bewußtsein von der Einheit der Nation aufrechterhalten. Auch in Zukunft darf sich unser Volk nicht auseinanderleben. Nach unserer Überzeugung bleibt es im Rahmen einer nationalen Standortbestimmung eine große Aufgabe, sich mit der eigenen Geschichte zu befassen. CDU und CSU appellieren an alle Bundesländer, dem Geschichtsunterricht wieder den gebührenden Platz einzuräumen. Nur wer die Geschichte kennt, kann aus der Geschichte Lehren ziehen. Auch das in Berlin geplante "Deutsche Historische Museum" und das in Bonn vorgesehene "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" dienen diesem Ziel ...

CDU und CSU treten für die Verwirklichung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechtes in aller Welt ein. Ohne die Achtung der Menschenrechte gibt es keinen wirklichen Frieden. Das Eintreten für die Menschenrechte bedeutet keine Einmischung in die inneren Verhältnisse anderer Länder, denn die Gültigkeit der Menschenrechte endet nicht an Ländergrenzen. Auch im Ost-West-Dialog treten wir für die Menschenrechte ein. Dies gilt in besonderer Weise auch für die Deutschen im kommunistisch beherrschten Teil Europas ...

CDU und CSU sehen es als ihre historische Aufgabe an, auf dem Weg der Einigung Europas energisch voranzugehen. In der Europäischen Gemeinschaft haben wir ein Modell für eine dauerhafte europäische Friedensordnung in

Freiheit geschaffen."

FDP

"Ziel der F.D.P. ist eine Europäische Friedensordnung ... Eine realistische Entspannungspolitik ist zugleich wichtige Voraussetzung für gutnachbarliche Politik mit der DDR und für die Sicherheit Berlins. Das verlangt gegenseitige Interessenwahrung und Fairness. Diese Politik der Friedenssicherung in Europa ist unverzichtbare Voraussetzung für einen Zustand, in dem unser Volk in freier Selbstbestimmung über seine nationale Selbstbestimmung entscheiden kann."

Aus: "Schwerpunkte liberaler Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik", Grundsatzpapier des Bundesvorstandes, 3.2. 1986:

"Schrittweise die deutsche Teilung überwinden. Einen besonders hohen Stellenwert hat für die F.D.P. die Deutschlandpolitik. Nur durch eine aktive Politik guter Nachbarschaft gegenüber dem zweiten deutschen Staat können wir die Folgen der Teilung Deutschlands mildern und unserem Ziel näherkommen: einem Zustand des Friedens in Europa, der es dem deutschen Volk ermöglicht, in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiederzuerlangen. Der in beiden deutschen Staaten hierzu bestehende Wille gründet sich auf die deutsche Identität: die gemeinsame Geschichte, die gemeinsame Kultur, die Verantwortung für die Zukunft und der Wille, eine Nation zu sein – das ist die deutsche Identität. Das Bewußtsein hierfür zu stärken, ist Ziel unserer Politik ...

Europa ist mehr als nur ein geographischer Begriff und mehr als die Summe der europäischen Nationen: Europa bezeichnet vor allem eine geistig-kulturelle Lebensform, in deren Zentrum die seine Kräfte frei entfaltende Einzelne steht. Die Vielfalt nationaler europäischer Kulturen wurde zur Grundlage des kulturellen Reichtums Europas. Diese europäische Identität hat sich in Jahrhunderten gemeinsamer Geschichte entwickelt, und alle europäischen Nationen in West und Ost haben zu ihr eigene, unverwechselbare Beiträge geleistet. Ausdruck des Bewußtseins dieser Identität ist der wachsende europäische Patriotismus, den man fördern und dem man konstruktive Aufgaben eröffnen muß."

SPD

"Die Teilung Deutschlands kann nur in einer europäischen Friedensordnung aufgehoben werden. Auch wenn offen ist, wann und in welcher Form die Deutschen zu einer Gemeinschaft finden können, halten wir Sozialdemokraten an dem Ziel fest, die Teilung Deutschlands zu überwinden ... der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten das Trennende ... nehmen, um zur Verwirklichung von Menschenrechten beizutragen und die Nation als Geschichts-, Kultur-, Sprach- und Gefühlgemeinschaft über die staatliche Teilung hinweg zu bewahren."

Bundestagswahlen

CDU, CSU und FDP festigen ihr Bündnis. Sie nehmen Forderungen von reaktionären und bürgerlichen Verbänden auf

CDU, CSU und FDP, die Parteien der Regierungskoalition, haben jetzt ihre Wahlprogramme zu den Bundestagswahlen vorgelegt. Die reaktionären und konservativen Kräfte treten keineswegs als starrer Block an, sondern fächern sich auf, indem sie Positionen und Forderungen von Interessenverbänden wie den Vertriebenenverbänden, dem Bundeswehrverband, den Kapitalistenverbänden und christlichen Vereinigungen direkt aufnehmen. Von anderen Verbänden und Bewegungen, wie z.B. der Friedensbewegung, greifen sie Schlagworte auf und verwenden sie für ihre Programmatik. So ist z.B. das Wahlprogramm der CDU/CSU mehr als doppelt so umfangreich wie bei den letzten Bundestagswahlen 1983. Die CDU/CSU tritt als Partei der Mitte auf. Gegenüber der bestehenden gesellschaftlichen Kritik an

Mobilisierung gegen Antiimperialismus

In ihren Aussagen im Wahlprogramm zur Außen- und Europapolitik gibt sich die CDU/CSU scheinbar moderat. Diesen Eindruck erwecken die Unionsparteien, weil sie einige sozialdemokratische und grüne Schlagworte übernehmen oder sie entkräften. Die CDU/CSU hat solche Positionen aufgenommen, die für die Stärkung der BRD eintreten. CDU und CSU erledigen die etwas naive Kritik an der Vasallentreue oder die Kritik, daß Reagan entscheidet usw., indem sie für ein starkes, selbständiges Europa auftreten:

"Das Bündnis muß auf zwei Säulen ruhen: Amerika und Europa. Dies ist heute noch nicht der Fall, weil Europa wegen seiner fehlenden politischen Einigung militärisch und politisch noch zu schwach ist. Dem großen wirtschaftlichen Gewicht muß in Zukunft eine größere Verantwortung der Länder der Europäischen Gemeinschaft auch in der Sicherheitspolitik entsprechen. Europa muß ein gleichberechtigter Partner Amerikas sein."

Die Regierungsparteien treten für ein starkes, militärisch aufgerüstetes und geeintes Europa auf und wollen somit friedenspolitische Ziele vortäuschen und suggerieren, daß mit einem starken Europa die USA nicht mehr alles machen können. Sie sprechen viele an, die für ein "Freies Europa" eintreten. Da auch die Grünen in diesem Bundestagswahlkampf für ein "Europa der Regionen" eintreten, spricht die Regierungskoalition Leute an bis hin zur Friedensbewegung.

Die CDU/CSU greift in ihrem Wahlprogramm, anders als bei der Bundestagswahl 1983, die Forderung der Friedensbewegung nach "Aufrüstung in Ost und West" direkt auf. Das ist möglich, weil diese Forderung sich nicht gegen die Aufrüstung der NATO und der BRD wendet. Die CDU/CSU knüpft mit ihrer alten Forderung an: "Unser Ziel bleibt es, Frieden schaf-

der Regierungspolitik zeigt sich die Union nicht verschlossen, sondern in einigen Fragen wie z.B. der Umweltpolitik offen und scheinbar aufgeschlossen. Dadurch tritt sie aus der Schußlinie der Kritik und läßt die Kritiker erst einmal ins Leere stoßen.

Dadurch kann die Regierungskoalition viel leichter ein reaktionäres Bündnis errichten und in der öffentlichen Meinung reaktionäre und arbeiterfeindliche Meinungen festigen. Auch wenn für viele der Wahlsieg der Regierungskoalition schon feststeht, muß das nicht bedeuten, daß sie in allen ideologischen und politischen Auseinandersetzungen siegreich sein muß. Wir meinen, einige Schwerpunkte der Wahlpropaganda und ihrer strategischen Überlegungen zu erkennen.

fen mit immer weniger Waffen." Sie erklärt dann demagogisch friedfertig: "Wir haben eigene Vorschläge für ein weltweites, umfassendes und verlässlich überprüfbares Verbot aller chemischen Waffen und für beidseitige ausgewogene Truppenverminderung zum Abbau der konventionellen Rüstung in Mitteleuropa vorgelegt."

Die CDU/CSU hat Positionen, die nicht die Aufrüstungspolitik der NATO angreifen und die auf eine Stärkung der BRD und der NATO hinauslaufen, aufgesammelt, um im Bundestagswahlkampf all jene Positionen entschieden zu bekämpfen und totzuschlagen, die für eine Schwächung der BRD und für Defätsismus eintreten. "Neutralistische Tendenzen" gefährdeten unser Land und die westliche Welt, erklärt die CDU/CSU. Demagogisch macht sie die politische Opposition zu Russenfreunden. Sie will umfangreiche Bekennnisse über die angebliche Überlegenheit und die kriegstreibende Politik der Sowjetunion in Europa entlocken:

"Jeder Versuch in diese Richtung wird in die politische Abhängigkeit von der Sowjetunion führen."

Ein Großteil der Argumente der Union ist nicht neu, aber demagogisch verpackt, um ein breites Bündnis von reaktionären und bürgerlichen Kräften zu ermöglichen und auf jeden kritischen Ansatz gegen die imperialistische Außenpolitik der BRD und der NATO brutal einzuschlagen.

Im Bundestagswahlkampf will die Regierungskoalition die antiimperialistische Kritik an der Apartheidspolitik Südafrikas und an deren Unterstützung durch die BRD schlagen. Dazu haben sich die Regierungsparteien schon arbeitsteilig eingestellt. Die CSU hat in ihrem Wahlprogramm einen längeren Abschnitt zu Südafrika zusätzlich mit hineingenommen, der vom Inhalt keineswegs different ist zu Aussagen der CDU. Die CSU erklärt:

"Beim Abbau der gesellschaftlichen Apartheid sind entscheidende Fortschritte erzielt worden. Ungleich

schwieriger ist die Überwindung der politischen Apartheid. Für die Republik Südafrika gilt, daß eine von außen aufgezwungene Formalgleichheit entsprechend der Maximalforderung 'ein Mann – eine Stimme' weder der Gerechtigkeit noch der Freiheit dient, sondern dem Chaos den Weg bahnt und so die mühsam von allen Bevölkerungsgruppen, auch den Schwarzen, erworbenen zivilisatorischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften... zerstören würde."

Die CSU setzt sich für die Interessen der "deutschen" Bevölkerungsgruppe in Südafrika/Azania und Namibia ein, von denen etwa 3000 mit BRD-Staatsbürgerschaft diesmal auch wählen können, und tritt für die westdeutschen Konzerne ein, die im Falle der Abschaffung der Apartheid im "Chaos" untergehen würden. Die CSU will über die südafrikanische Apartheid und über die Boykottforderung eine Auseinandersetzung. Provokativ erklärt sie, daß die Forderung nach den gleichen Rechten ein "Blutbad" hinaufbeschwören würde, "wie es der afrikanische Kontinent noch nie erlebt hat":

"Darum sehen wir unsere Aufgabe darin, Helfer beim Ringen um Frieden und Ausgleich zu sein, statt Handlanger revolutionärer Strategien, deren Verantwortungslosigkeit sich hinter wohlklingenden Begriffen verbirgt, bei näherem Zusehen und sorgfältiger Analyse aber eindeutig die Handschrift Moskaus erkennen lassen."

Auch hier wendet die Union wieder das Verhältnis von Freund und Feind an und hämmert jedem ein: Kritik nutzt dem Feind. Das hindert die Union nicht, sich gegen Apartheid auszusprechen. Das soll auch jeder dürfen, aber man soll keine Kritik am südafrikanischen Rassismus üben, der von der BRD unterstützt wird. Der Regierungskoalition geht es bei der Auseinandersetzung um Südafrika auch darum, die neokolonialistische Politik der westlichen Industrieländer gegenüber den Ländern der Dritten

Welt der Kritik zu entziehen. Die Verschuldung dieser Länder liege nicht an der Ausbeutung durch die westlichen imperialistischen Staaten, sondern an "Armut und Hunger" und an der "imperialistischen und neokolonialistischen Politik der Sowjetunion", die auch gegen den Westen gerichtet sei.

Die Regierungskoalition will anti-imperialistische Kritik verhindern, insbesondere gegen ihre eigene Südafrikapolitik in Südafrika. Um eine solche Kritik zu entkräften, entfaltet sie eine eigene Politik, die an die Tätigkeiten christlicher Vereinigungen und an der Ideologie der christlichen Nächstenliebe anknüpft. Sie ruft dazu auf, "Armut und Hunger" zu bekämpfen:

"Die Erde wächst zusammen im Bewußtsein der Menschen und in der Politik der Staaten. Deshalb sind wir aufgerufen, mitzuhelfen im Kampf gegen Armut und Hunger..."

Die Solidarität mit den Armen der Dritten Welt ist nicht allein Aufgabe des Staates. Wir begrüßen und unterstützen daher die großen Leistungen der Kirchen und privaten Träger in der Entwicklungspolitik."

Schon einmal, vor über einem Jahr, hatten die Regierungsparteien und die SPD unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten am "Tag für Afrika" gegen Hunger und Armut mobilisiert. Die politische Opposition war gelähmt und Linke machten mit. Daran knüpft die Union mit ihrer Propaganda an.

Antiimperialistische Kritik will die Union nicht nur mit der christlichen Nächstenliebe verhindern, sondern auch mit dem Rechtsstaat. Die CDU/CSU will die Verschärfung des Demonstrationsrechts:

"Die innere Sicherheit wird derzeit in erster Linie gefährdet durch die erschreckende Zunahme terroristischer Gewaltverbrechen und durch den Mißbrauch der Demonstrationsfreiheit durch militante Gewalttäter zum Kampf gegen den Staat und seine Institutionen."

Die Union will Kritik gewaltsam brechen. Wenn sie im Wahlprogramm fordert: "Jeder des Landfriedensbruchs Beschuldigte (ist) in Untersuchungshaft zu nehmen, solange Wiederholungsgefahr besteht", ist dies ein weitreichender Vorstoß gegen die gesamte politische Opposition. Wegen Landfriedensbruch sind schon viele Antiimperialisten, Antifaschisten und Leute aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung angezeigt worden. Die CDU/CSU will Leute, denen noch nicht einmal der Prozeß gemacht wurde, solange inhaftieren, bis sie ihren Widerstand aufgeben oder vernichtet sind.

Revanchismus populär machen

Gerüchte der bürgerlichen Presse, die Vertriebenenverbände seien inzwischen bei und in der CDU isoliert, sind

großer Unsinn. Ganz im Gegenteil: Die Unionsparteien erklären, daß sie in diesem Wahlkampf das Mißverständnis bei vielen Leuten restlos ausräumen werden, daß die Ostverträge einer Anerkennung der DDR gleichkämen:

"Wir halten fest an der Präambel des Grundgesetzes, an dem Fortbestand des Deutschen Reiches nach geltendem Völkerrecht und an der gemeinsamen Staatsbürgerschaft. Die SPD hat diese Position verlassen.

Die deutschen Grenzen können endgültig erst in einem Friedensvertrag festgelegt werden. Die Vier Mächte tragen weiterhin Verantwortung für Gesamtdeutschland. Die Ostverträge sind keine Grenznerkennungsverträge, sie haben nichts an der völker-

gen haben die Unionsparteien die Propaganda der Vertriebenenverbände der letzten Monate aufgegriffen. Dazu kommt, daß die FDP in ihrem Wahlprogramm keineswegs für Entspannungspolitik auftritt und z.B. nicht für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze auftritt. Die Regierungskoalition wird den Wahlkampf nutzen, um noch viel stärker gegen die DDR zu hetzen. Kanzler Kohl will die Ergebnisse des 2. Weltkrieges nicht anerkennen und als nächstes die Politik des Hitlerfaschismus, den Überfall auf die osteuropäischen Staaten rechtfertigen.

Auch deshalb appellieren die Unionsparteien an alle Bundesländer, dem Geschichtsunterricht wieder gebührenden Platz einzuräumen: "Nur



Die BRD ist eine der größten imperialistischen Gläubigermächte. Sie streicht jährlich mehrere Milliarden DM allein an Zinsen aus der Dritten Welt ein. Diese Stellung der BRD als Wucherer-Macht wollen die Regierungsparteien weiter ausbauen helfen. Bild: Kohl, Riesenhuber und Warnke (CSU) am "Tag für Afrika" 1985.

rechtlichen Lage Deutschlands geändert. Eine spätere gesamtdeutsche, demokratisch gewählte Regierung ist dadurch nicht gehindert, die deutschen Interessen zu vertreten."

Weiterentwickelt ist in diesem Programm die Umschreibung der Bedingungen und Ziele: 1980 schrieb die Union im Bundestagswahlprogramm "Deutschland ist nach wie vor geübt". 1983 hieß es, "Wir werden beharrlich daran arbeiten, die deutsche Teilung auf friedlichem Wege und in Freiheit zu überwinden." In diesem Wahlprogramm wird mit der offenen deutschen Frage nicht nur ein "Friedensvertrag" als selbstverständlich begründet, sondern für die Union steht auch fest, daß es auf alle Fälle eine "gesamtdeutsche, demokratisch gewählte Regierung" geben wird. In den vergangenen Wahlprogrammen war die Wiedervereinigung stark auf die DDR bezogen, diesmal ist von vorneherein klar, daß es nicht allein darum geht und daß die Union Ansprüche gegen Polen und andere osteuropäische Staaten erhebt. Mit diesen Wahlaussa-

wer die Geschichte kennt, kann aus der Geschichte Lehren ziehen. Auch das in Berlin geplante 'Deutsche Historische Museum' und das in Bonn vorgesehene 'Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland' dienen diesem Ziel."

Die Unionsparteien knüpfen mit dieser Forderung an zahlreiche Aktivitäten reaktionärer und konservativer Kräfte in den letzten Jahren an, verstärkt und mehr das Deutschlandlied zu singen.

Um für diese reaktionäre Mobilisierung neue Kräfte zu gewinnen und die "konventionelle Verteidigung zu stärken", machen die Unionsparteien den Soldaten und vielen jungen Leuten ungewöhnlich viele Versprechungen. Sie knüpfen an Forderungen des Bundeswehrverbandes und der Reservistenverbände an und wollen:

- die Wehrgerechtigkeit weiter erhöhen,
- die Attraktivität der soldatischen Laufbahn und die soziale Sicherung des Soldaten weiter verbessern,
- die hohe Dienstzeitbelastung ab-

bauen und notwendige Spitzenbelastungen ausgleichen."

Die "Wehrgerechtigkeit" soll erhöht werden. Die Unionsparteien versprechen: "Es werden

- arbeitslose Wehrpflichtige vorrangig und Abiturienten so zeitgerecht einberufen, daß sie keine Schwierigkeiten mit dem Studienbeginn haben;

- Wehrsold und Entlassungsgeld schrittweise und spürbar weiter erhöht;

- Zeit- und Berufssoldaten mit Beratung und Unterstützung des Berufsförderungsdienstes der Bundeswehr der Übergang ins Zivilleben erleichtert;

- Bildungsmaßnahmen finanziert, um ausscheidenden Soldaten den Weg in eine neue berufliche Zukunft zu ebnen."

Die Regierungskoalition will den gesellschaftlichen Einfluß der Soldaten stärken und als Sprecher für ihre Interessen auftreten. Gleichzeitig kann sie damit die Säuberung in der Armee verstärken und alle, die nicht für die Ziele der Regierungskoalition eintreten, hinausbefördern.

Hetzkampagne gegen das Asylrecht

Die drei Regierungsparteien haben zum Asylrecht unterschiedliche Aussagen gefaßt, sind sich aber über das Ziel einig, die Asylbewerber schnell abzuschieben.

Die CDU fordert: "Wir wollen deshalb den Artikel 16 des Grundgesetzes ergänzen durch einen Gesetzesvorbehalt, der ein Ausführungsgesetz ermöglicht, das die Wahrnehmung des Asylrechts auf die wirklich politisch Verfolgten beschränkt." Die CSU fordert: "Die CSU will deshalb den Artikel 16 des Grundgesetzes so umgestalten, daß wirklich politisch Verfolgte rasch Asyl erhalten, daß aber Bundestag und Bundesregierung den notwendigen Handlungsspielraum erhalten, um die Probleme des Asylbewerberzustroms dauerhaft zu lösen." Die FDP erklärt: "Das im Grundgesetz verankerte Asylrecht für politisch Verfolgte bleibt für uns Liberale unantastbar."

Am gefährlichsten und heimtückischsten ist die Argumentation der FDP: "Die FDP sagt klipp und klar: die schwierige Lage vieler Länder der Dritten Welt darf nicht zu Ausländerfeindlichkeit führen. Die bei uns lebenden Ausländer sind unsere Mitbürger."

Die Liberalen machen die Länder der Dritten Welt verantwortlich für die vielen Asylbewerber in der BRD. In fast allen Fällen ist die Ausbeutung dieser Länder durch die Imperialisten Ursache, in vielen Fällen sind es direkt die NATO-Staaten, die z.B. den Militäraufmarsch in der Türkei durchsetzten. Die liberale Argumentation der Schuldzuweisung ist für faschisti-

sche Kräfte Stoff für neue Hetze. Die Unionsparteien, jede mit einer eigenen Begründung, stärken diese Hetze, indem sie für eine Änderung des Grundgesetzes eintreten. Arbeitsteilig wird in der Regierungskoalition jeder einen Beitrag dazu leisten, daß das Asylrecht verschärft und faschistische Hetze in der öffentlichen Meinung einen festen Platz erhält.

"Das zweite deutsche Wirtschaftswunder"

Die Regierungsparteien haben in den letzten Monaten nicht zuletzt wegen der niedrigen Preissteigerungsraten von den bürgerlichen Medien das Prädikat zugesprochen bekommen, daß die Regierungskoalition wirtschaften könne. Die Union erklärt mittlerweile ihre Politik zum "zweiten deutschen Wirtschaftswunder".

Der "Wiederaufbau der BRD" in den soer Jahren war das erste deutsche Wirtschaftswunder. Die Erwerbstätigkeit stieg wieder an. An diesen Bildern will die Regierungskoalition anknüpfen. Bei den Kapitalisten waren

Sie greifen dabei im Wahlprogramm zum Teil auf grüne Argumente zurück, daß es bei der Arbeitszeitverkürzung um mehr Freizeit und "Selbstverwirklichung" der Menschen gehen würde, und behaupten, daß mehr Flexibilität und Teilzeitarbeit usw. von den Leuten gefordert würden. Sie unterschlagen, daß diese Forderungen vor Jahren von den Kapitalistenverbänden aufgestellt und als unverzichtbar erklärt wurden. Die CDU/CSU schreibt:

"Immer mehr Menschen wollen Lebens- und Arbeitsrhythmus, Familie und Beruf miteinander vereinbaren können ... wollen mehr Freiheit bei der Gestaltung ihrer Arbeitszeit. Der technische und kulturelle Fortschritt gibt uns zum ersten Mal seit Beginn der Industrialisierung die Möglichkeit, den Übergang zwischen bezahlter Arbeit und Freizeit flexibler und individueller zu gestalten."

Die Regierungskoalition und die Kapitalisten wollen höchst intensive Arbeit am liebsten zu jeder Tageszeit. Sie wollen den Arbeitstag verlängern



CDU-Generalsekretär Heiner Geissler in Großaufnahme auf dem CDU-Parteitag 1985. Die "neuen Wege in Familie und Beruf", die die Union Frauen verspricht, sollen die Opposition gegen ihre reaktionäre Familienpolitik schwächen.

es hohe Profite, die sie heute wieder haben. Deshalb wird der Vergleich bei Kapitalisten und Großverdienern Fürsprecher finden. Die Union spricht auch wieder vom "Modell Deutschland" und erinnert an Helmut Schmidts Propaganda, daß die BRD wieder was darstellt in der Welt:

"Nie zuvor waren die Exporterfolge der deutschen Wirtschaft so groß. Das Ausland spricht von einem 'zweiten deutschen Wirtschaftswunder', von einem 'Modell Deutschland'."

Mit ihrem "Modell Deutschland" will die Union alte Schmidt-Wähler, Leute aus den Mittelklassen, für Wirtschaftsexpansionismus und Intensivierung des Arbeitsprozesses gewinnen. Die Regierungsparteien wollen den gesamten Arbeitsprozeß umwälzen.

und durch Teilzeitarbeit auf ein Höchstmaß verdichten und mit wenig Lohn bezahlen. Sie sind schon weit gekommen, der Lohnanteil bei den Ausgaben der Kapitalisten sinkt zunehmend. In den Bundestagswahlen wird die Reaktion eine energische arbeiterfeindliche Politik entfalten. Ein Beispiel dafür konnte man der Bildzeitung entnehmen, in der Otto Graf Lambsdorff die Programmaussage der Regierungskoalition in praktischen Beispielen darlegte. Im Zusammenhang mit der Finanzierung der Rentenversicherung erklärte er:

"Aber die Lebensarbeitszeit wird sich erhöhen. Im Durchschnitt gehen Männer heute mit 58 in Rente. Künftig werden sie wieder bis 65 arbeiten, vielleicht noch länger. Die Lebens-

arbeitszeit muß flexibler werden. Jeder soll entscheiden, ob er 'früh' – also mit 65 – Rentner wird und dafür weniger Rente bekommt. Oder ob er länger im Beruf bleibt und Anspruch auf eine höhere Rente hat. Außerdem muß jeder von uns mehr private Vorsorge fürs Alter treffen."

Die Unionsparteien sprechen in ihren Wahlprogrammen wenig über das Arbeitsleben. Die Flexibilisierung werfen sie als "Freizeitproblem" auf und die Frage von Arbeitszeiten als Familienpolitik. So vermeiden sie, direkt über die Interessen der Lohnabhängigen zu handeln. Der Union geht es darum, die Lohnabhängigen in ein starkes Abhängigkeitsverhältnis vom jeweiligen Kapitalisten zu treiben. Deshalb treten sie für eine stärkere Beteiligung der Arbeiter am Produktivkapital der Wirtschaft ein, wie sie schreiben. Die CDU tritt z.B. für stärkere Beteiligungsrechte des Betriebsrates bei Einführung von neuen Techniken ein. Die Unionsparteien wollen die Montanmitbestimmung sichern. Die FDP tritt gegen die Verlängerung der Montanmitbestimmung auf.

Der CDU/CSU geht es darum, in den höheren Lohnbereichen Wähler und Fürsprecher zu gewinnen. Deshalb erklärt sie: "Durch eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und des Bundespersonalvertretungsgesetzes sollen die Minderheitenrechte in den Betrieben und Verwaltungen verstärkt werden."

Meister und leitende Angestellte sollen verstärkt zum Wohle des Betriebs in Personal- und Betriebsräten tätig werden. Das wird zu Interessenkonflikten in den Vertretungen führen und die jetzt schon geringen Möglichkeiten der Personal- und Betriebsräte noch weiter einschränken. Der Einfluß der Gewerkschaften außerhalb des DGB würde größer werden. Vorsichtig, aber zielstrebig arbeitet die CDU daran, die Einheitsgewerkschaften zu zerlegen.

Die FDP tritt viel schroffer auf. Unter der Überschrift "Der Arbeitsmarkt muß flexibler werden" propagiert sie reine Kapitalistenforderungen:

— Arbeit durch eine beschäftigungs-freundliche Lohnpolitik rentabler zu machen; mehr Differenzierungen nach Branchen, Regionen und Tätigkeiten zuzulassen; das staatliche Vermittlungsmonopol der Arbeitsämter durch Zulassung privater, nicht gewerbsmäßiger Initiative aufzulockern".

Die FDP tritt als Wirtschaftspartei schroff für Kapitalisteninteressen auf. Unentwegt reißt sie am Tarifvertragssystem. Die FDP-Vorstöße gegen das geltende Ladenschlußgesetz verfolgen genau diese Absichten. Die FDP fordert in ihrer Wahlplattform "Zukunft durch Leistung":

— die Ladenschlußzeiten ohne Verlängerung der Gesamtöffnungszeiten

flexibler gestalten; einen Dienstleistungsabend pro Woche u.a. für Banken und Behörden verwirklichen."

Die FDP provoziert: Längere Ladenöffnungszeiten sind für sie Mittel, um das gesamte bestehende Arbeitszeitsystem in Frage zu stellen. Die FDP will, daß die Arbeitszeiten zu jeder Tages- und Nachtzeit frei gestaltet werden dürfen. Setzt sie sich z.B. mit dem Dienstleistungsabend durch, wird es für sie einfach sein, sämtliche tariflichen und betrieblichen Vereinbarungen über Arztbesuche während der Arbeit u.ä. abzuschaffen.

Familie als Arbeit

Die CDU/CSU stand den Forderungen nach Verlängerung der Ladenschlußzeiten längere Zeit distanziert gegenüber, weil die Mittelstandsvereinigungen vehement dagegen waren. Die CDU/CSU hat jetzt eine eigene Begründung gefunden, wie sie zusammen mit der FDP die Ladenschlußverlängerung durchsetzen will:

"Familienfreundliche Arbeitszeiten und Arbeitsabläufe für Erwerbstätige, die kleine Kinder haben, ein vermehrtes Angebot von Arbeitsplatzteilung und Teilzeitarbeit sind ebenso unverzichtbar wie flexible Öffnungszeiten der Kindergärten und der öffentlichen Ämter. Wir müssen Brücken bauen zwischen Familie und Arbeitswelt."

Mit dieser Begründung will die Union vor allem die nichtberufstätigen Frauen ansprechen. Sie hat auch eine Begründung gefunden, wie deren Hausfrauendasein außer dem Kinderkriegen eine Art pädagogische, soziale und "selbstverwirklichende" Stellung in der Gesellschaft finden könnte, die Grüne und feministische Kritik entkräftet:

"Wir brauchen ein neues Verständnis von Arbeit. Arbeit ist nicht nur Erwerbsarbeit, und Leistung ist nicht nur bezahlte Leistung. Es gibt Arbeit nicht nur im Berufsleben, sondern auch in der Familie und im sozialen Dienst für andere, in der Selbst- und Nächstenhilfe... Ehrenamtliches Engagement muß daher im erforderlichen Umfang anerkannt und gefördert werden."

Diese neue Form der "Arbeit", wie sie die Union darstellt, soll die Kritik, daß Frauen keine angemessene und normal bezahlte Arbeit bekommen, entkräften. Diese Demagogie soll bewirken, daß Lohnarbeit und Tätigkeiten im Rahmen der Reproduktion vermischt werden. Gesellschaftliche Arbeiten sollen in Lohnarbeit verwandelt werden, ohne daß sie bezahlt werden. Das wird z.B. dazu führen, daß noch viel häufiger Hausmädchen für Essen und freies Logis Haus- oder Pflegearbeiten verrichten müssen. Die Union erklärt: "Die CDU und CSU sind die Parteien der Familie." Sie will wieder verstärkt Frauen für ihre

Politik gewinnen. In den letzten Jahren hatte die CDU/CSU starke Verluste bei weiblichen Wählern.

Die Union kündigt an, weiterhin alles zu tun, um verstärkt für den Schutz des ungeborenen Lebens einzutreten. Im Wahlprogramm hat sie sich vorsichtig geäußert. Die Unionsparteien erklären, daß sie der hohe Anteil der Notlagenindikationen in hohem Maße bedrücken würde. Sie drohen aber: "Jeder Mißbrauch rechtlicher Vorschriften, die dem Schutz des ungeborenen Lebens dienen, muß verhindert werden." Aus dem gesamten familienpolitischen Teil des Wahlprogramms ergibt sich der Eindruck, daß die Union die Familie noch in den nächsten Monaten finanziell stark fördern will, um dann mit noch größerer Entschiedenheit und vielleicht mit mehr Anhängern jegliche Abtreibung zu bestrafen.

Die Union nimmt grüne Kritik auf

Den Unionsparteien ist es gelungen, die Kritik der Grünen an der Umweltpolitik abzustumpfen. Eine gesellschaftliche Änderung nach Tschernobyl, wie viele Grüne und einige Linke hofften, ist bei den Niedersachsenwahlen ausgeblieben. Die Regierungskoalition gibt sich gerade deshalb umweltbewußt, weil sie weiß, daß diese Kritik ihre Höhepunkte hatte und ihr nichts anhaben kann. So zeigt sich die Union im Wahlprogramm umweltbewußt und hat grüne Kritik aufgenommen:

"Die Gesundheit des Menschen hängt auch von der Umwelt ab, in der er lebt. Umweltpolitik ist deshalb auch Gesundheitspolitik. Der Schutz der Gesundheit unserer Bevölkerung hat Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen."

Das wird kaum grüne Wähler zur Union treiben. Trotzdem, den Grünen ist für absehbare Zeit bei ihrem wichtigsten Wahlkampfthema die Spitze genommen. Ihre Kritik und Abgrenzung gegenüber dem bürgerlichen Lager war in dieser Sache schon immer schwach, jetzt ist sie verschwunden und die Union wird zum demokratischen Partner in Sachen Umweltpolitik.

Ähnliches gilt für die Frauenpolitik. Die Union verspricht: "Wir öffnen den Frauen neue Wege in Familie und Beruf." Auch auf diesem Thema hat sich die Union der Kritik entwunden und aus der Schußlinie gebracht. Das ist für die Regierungskoalition von großem Vorteil, denn sie wird jetzt der politischen Opposition die Themen im Bundestagswahlkampf diktieren. Quellenhinweis: Das Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahlen 1987 in zwei Fassungen: CDU und CSU; Zukunft durch Leistung, Wahlplattform der FDP; Bildzeitung vom 18.11.86.

Konservative, Nationale und Christlich-Soziale: Wachsender Rückhalt für faschistische Propaganda

Die CSU hat das Ergebnis der Landtagswahl in Bayern Mitte Oktober abgewartet, bevor sie ihre Entscheidung für ein von der CDU abweichendes Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen durchgesetzt hat. In den bayerischen Landtagswahlen hatte sich erstmals seit 20 Jahren die ernsthafte Möglichkeit einer rechten Blockbildung außerhalb der CSU abgezeichnet: in Gestalt der Republikaner mit Franz Schönhuber. Die CSU-Spitze hat an dieser Block- und Parteibildung mitgewirkt, die sie aber auch nicht einfach kontrolliert.

Zwei weitere Dinge dürften bei den Gedanken in der CSU zur Überarbeitung ihres Grundsatzprogramms, das aus dem Jahr 1976 stammt, eine Rolle spielen. Die Prognose von Franz Josef Strauß, die GRÜNEN würden baldigst wieder aus der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland verschwinden, hat sich nachdrücklich als falsch erwiesen. Dabei kann es aber nach seiner dezidierten Meinung auf keinen Fall bleiben. In diesem Zusammenhang läßt auch die Gefolgschaft des katholischen Kirchenvolks auf Seiten der CSU-Führung Wünsche offen.

Wie sehendie politischen Vorhaben des CSU-Vorstands in dieser Situation aus? Welche Ziele setzt sich die "Deutsche Rechte"? Wie operiert die CSU-Grundsatzkommission im Hinblick auf das Integrationsproblem der 55%-Partei?

Die Mitte besetzen, die Rechte aufnehmen!

Die Kommentare von Franz Josef Strauß zum Erfolg der Republikaner waren spärlich, aber sicher kalkuliert. In der Wahlnacht und danach sprach er von nicht näher benannten "Rattenfängern". Er enthielt sich bis dato jeglicher Kritik an Positionen der Republikaner, die ja jedenfalls nicht einfach die authentischen Positionen der CSU sind. Die rassistischen und nationalistischen Parolen der Republikaner und anderer Kräfte erhielten also Rückendeckung durch die CSU-Spitze.

Anlässlich der Aufstellung der Landesliste der CSU zu den Bundestagswahlen erklärte Strauß der CSU zweierlei: Wer regieren wolle, müsse sich zur Mitte hinbewegen, gleichwohl dürfe es rechts der Union keine demokratisch legitimierte Partei geben. Aufgabe der Union sei also, sich nach rechts für die Positionen von Schönhuber und Konsorten zu öffnen, statt nach rechts abzugeben. Andererseits müsse dies aber – aus politischem Machtkalkül und mit Rücksicht auf den Charakter der CSU – unter der Fahne der Besetzung der Mitte geschehen. In diesem Sinne hatte sich Strauß schon auf dem Parteitag der CSU 1984 "zur Kursbestimmung" dafür stark gemacht, der CSU das Etikett einer "liberal-konservativ-nationalen Partei im besten Sinne des Wortes" zu verpassen. Diese Veränderung des Parteiselbstverständnisses der CSU ist bisher programmatisch jedenfalls in dieser Form nachvollzogen worden.

Mohler: Auf zur national-konservativen Front!

Unmittelbar nach den Landtagswahlen veröffentlichten die Republikaner einen Grundsatzartikel von Armin Mohler unter der Überschrift "Die konservativen Versäumnisse – ohne nationales Bewußtsein geht es nicht".

Armin Mohler ist eine Leitfigur für "Deutschlands Rechte" und zugleich bei CSU-Kongressen ein gern gesehener Gast. Als ehemaliger SS-Freiwilliger nach Deutschland gekommen, war er Sekretär bei Ernst Jünger und heftigst umstrittener erster Adenauer-Preisträger der Deutschland-Stiftung im Jahre 67. Er ist als Geschäftsführer der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung bekannt und war 1983 mit von der Partie bei der Bildung eines "Deutschlandrats" u.a. zusammen mit Franz Schönhuber. Mohler ist eine der "honorigen Persönlichkeiten", von denen es viele in und um die Republikaner gibt.

Dieser Professor Dr. Armin Mohler stellt also nach der Bayernwahl vor dem Republikaner-Publikum die Frage, woran es wohl läge, "... wenn die deutschen Konservativen bisher keinen Durchbruch geschafft haben, der dem französischen vergleichbar wäre ..." Seine Antwort ist eindeutig: "Aus einer politischen Bewegung kann nichts werden, wenn sie sich vor der wichtigsten politischen Aufgabe drückt, die sich ihr in ihrer konkreten Situation stellt. Für die Deutschen von heute kann diese Aufgabe nur sein: ihre Selbstbestimmung zurückzugewinnen. Selbst wenn die Deutschen ... sich in eine übergeordnete Einheit einfügen, ist die Wiedergewinnung ihres nationalen Selbstbewußtseins die unumgängliche Voraussetzung ..." Sein Aufruf geht an alle Konservativen, das Bündnis – in hier nicht ausgeführter Form – mit den "Nationalen" zu suchen, worunter die faschistischen und faschistoiden Kräfte zu verstehen sind: "Man muß zugeben, daß die Konservativen sich dabei als die feinen Pinkel aufgeführt haben, die die Schmutzarbeit anderen überlassen ... Die Konservativen haben die Nationalen ein wenig wie arme Verwandte behandelt, von denen man in der Öffentlichkeit nicht geduzt werden wolle. Sie sind jedoch in der

Schuld dieser Männer, die sich auch für sie in den Kampf stürzten."

Perspektive Europawahl

Strauß wie Mohler halten den Zeitpunkt für gekommen, eine öffentlichkeitswirksame "national-konservative Front" zu errichten. Ob als offizielles Parteienbündnis einer "Rechtspartei" mit den Unionsparteien, ob als Aufnahme der von faschistischer Seite gepflegten Positionen und des entsprechenden Personals in die CSU und auch CDU oder ob als Aufblühen rechter Organisationen und Positionen unter propagandistischem Schutz von und in politisch konzertierter Aktion mit CSU-Führungspersonal, ist offen und wird oft nur in Anspielungen diskutiert – wie bei der Gratulation des Deutschland-Magazins zu dem Erststimmenfolg von Strauß bei der Bayernwahl: Das Motto "Die CSU ist gut ihr Chef ist noch besser!" ließ Verständnis für die Leser durchblicken, die ihre (Zweit)-Stimme den Republikanern gaben.

Absicht der Republikaner ist es, im Windschatten eines Unionserfolgs bei den Bundestagswahlen bei den kommenden Europawahlen ähnliches zu erreichen wie Le Pens Nationale Front zuletzt. Schon ein unerwartet gutes Abschneiden der NPD bei den letzten Europawahlen sorgte für rechte Aufbruchstimmung. Voraussetzung für einen Erfolg einer derartigen Strategie dürfte neben weiteren Einbrüchen in die Unionsprogrammatik sein, daß es den Rechten gelingt, das Problem des außerbayerischen Kaders etwa über die Vertriebenenverbände und ohne in der Öffentlichkeit überdeutlichen Rückgriff auf das NPD-Funktionärspersonal zu lösen.

Von "Freiheit statt Sozialismus" ...

Aus dem gültigen CSU-Grundsatzprogramm haben sich zwei Bundestagswahlkämpfe unter der Hauptlösung "Freiheit statt Sozialismus" speisen lassen. Durch eine abgestimmte Aufsatzsammlung trägt die Grundsatzkommission der CSU nun u.a. der jetzigen Parole "Konsequent für Deutschland" Rechnung. Nahezu jeder Abschnitt des Grundsatzprogramms wird einer neuen Auslegung oder Akzentuierung unterzogen. Neue Schwerpunkte werden in der Medienpolitik, der Frauenpolitik und im Umweltschutz gesetzt. Zugleich entfällt der gesamte – durchaus zentrale – Abschnitt "Personale Entfaltung und soziale Sicherheit in einer freien Gesellschaft" bei den Erläuterungen.

Die Kritik an liberalistischen Positionen, die die durch die herrschende Politik angestachelte Brutalisierung der Konkurrenz aufnimmt, ist ein Grundmuster faschistoider Argumentation. Die Kritik steuert in ein völ-

kisch-gemeinsinniges Fahrwasser, das alles "Anspruchsdenken" ertränkt. Faschistischer Propaganda den Rücken zu decken, heißt: "liberalistisch" interpretierbare Positionen in der CSU-Programmatik werden zurückgedrängt. Das "Freiheitsmotiv" – zumal in seiner liberal-emmanzipatorischen Ausgestaltung als "Anspruch auf individuelle Selbstverwirklichung" (Grundsatzprogramm) ohne direkten Bezug auf die "Freiheit ... , Eigentum zu erwerben, zu besitzen und zu veräußern" (ebd. an anderer Stelle) – tritt zurück zugunsten eines deutschtümlichen "Gemeinsinnmotivs".

... zu "Konsequent für Deutschland"

Nach geltendem Selbstverständnis ist die CSU eine Volkspartei, deren politische Arbeit ihre Grundlage "in einem Menschenbild (hat), das von christlichen Wertvorstellungen geprägt ist". Sie bezeichnet sich als konservative, liberale und soziale Partei. Des Problems, den Nationalismus mit der Stellung der CSU als christlicher "Partei der Mitte" zu vereinbaren, hat sich Paul Rieger bei der Überarbeitung der Programmpräambel und grundlegender Aussagen zum Selbstverständnis der CSU angenommen. Er setzt neue Akzente, ohne daß die CSU sich damit bereits als nationale oder nationalistische Partei definieren würde.

Ihr politisches Handeln wird nun unter dem Oberbegriff einer "auf Freiheit, Gerechtigkeit, Gemeinsinn und Verantwortung für die Umwelt gerichteten Politik" gebracht, was den Terminus "freiheitliche Politik" überschreibt. Die Grundprinzipien der "Chancengerechtigkeit und des humanen Leistungsprinzips", einstmals als "Grundvoraussetzung der Selbstverwirklichung" eingeführt, werden um das des "Gemeinsinns" ergänzt, als welche sie jetzt den "Inhalt verantwortlicher Freiheit" darstellen.

Das "nationale Motiv" wird also über den Umweg "gemeinsinnigen Handelns" für die CSU-Christen verdaulich angeboten. Widerstände bei den CSU-Christen gegen konzertierte Aktionen mit profaschistischen Kräften außerhalb der CSU und innerhalb der CSU sollen darüber aufgefangen werden, zumal sich unter dem Leitmotiv des Gemeinsinns auch allerhand grüne Anliegen ansprechen lassen.

Platz für Christen, Umweltschützer und Arbeiter?

Trotz ihres Bekenntnisses zu den "Werten christlicher Tradition" hält es die Grundsatzkommission für erforderlich, dem Einfluß der kirchlich gebundenen Kräfte, die oftmals grün

gewirkten Grenzen zu bedeuten – eine neue Erfahrung für die CSU: "Jede Ideologisierung christlicher Glaubensinhalte ... pervertiert Religion zu inhumanen weltanschaulichen Zwängen". Die CSU-Funktionäre werden in ihrer Fähigkeit bestärkt, kirchliche Kritik unterzubügeln oder einzustecken. Aus der den Kirchen zugebilligten "übergangenen Bedeutung folgt nicht, daß der Gottesdienst zum Ort der Austragung tagespolitischer Gegensätze werden darf, noch christlich-religiöses Vertrauenskapital in politischen Machtkämpfen verschlissen werden soll."

Die Umweltschützer erhalten von der CSU nicht mehr als eine "good-will"-Erklärung ohne politische Substanz, die noch dazu etwas makaber



Auftritt von Kohl, Reagan, Ex-Nazi-Offizier Steinhoff und US-General Ridgeway vor SS-Gräbern in Bitburg am 5. Mai 1985.

ausfällt: Die Grundsatzkommission schreibt die Geschichte der CSU rückwirkend um. Aus der Charakterisierung der CSU als Partei, die "sich seit ihrer Gründung an die Spitze der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung gestellt" habe, macht sie, ohne mit der Wimper zu zucken, eine Partei, die "sich seit ihrer Gründung den wirtschaftlichen ... Entwicklungen gegenüber stets wachsam gezeigt" habe.

Die Charakterisierung der Situation der Lohnabhängigen in der BRD fällt der CSU heute bedeutend weniger euphorisch aus als 1976. Damals hieß es: "Dem Arbeitnehmer vor allem wurde ein wirtschaftlicher und sozialer Aufstieg ohne Beispiel ermöglicht". Sie strich kurzerhand das fettgedruckte und gab der Sache durch den Verweis auf das Leben "in einem wieder erstarkten freien Land" einen doch reichlich veränderten Klang. Sozialchauvinistische Lösungen verdrängen das Gerechtigkeitsmotiv weitgehend.

Lebenskampagne und faschistische Klänge

Wesentlich weniger Rücksichten als beim Selbstverständnis kennt die CSU-Grundsatzkommission, soweit es um die Formulierung praktisch-politischer Intentionen geht.

Dr. Stoiber eröffnete das Kapitel zur Sozialpolitik mit einer historischen Anleihe: "Soziale Gerechtigkeit gebietet:

- Jedem das Seine,
- nicht allen das gleiche".

Dr. Vorndran kündigt die Stabilisierung des katholisch-reaktionären Elements in der CSU durch eine Verschärfung der Lebenskampagne an: "Die derzeitige Abtreibungspraxis ... darf vom Staate nicht länger hingenommen werden." Zugleich hebt er den prinzipiellen Vorrang staatlicher

"Sicherheitsansprüche" und Durchsetzungsfähigkeit gegenüber persönlichen und kollektiven Rechten heraus.

MdB Hans Klein, Mitarbeiter des Deutschland-Magazins, räumt auf mit Resten von Friedensmoral in der Politik: "Deutsche Außenpolitik hat ... deutschen Interessen zu dienen ... (dies) erfordert auch Rücksichtnahme auf die Interessen anderer. Doch der moralische Rang staatlichen Handelns erwächst vornehmlich aus der wohlverstandenen Fürsorge für das eigene Volk." Dafür bietet sich SDI als Erpressungsinstrument gegenüber der Sowjetunion an, sie zu zwingen, "ihre millionenfach an Deutschen begangenen Verbrechen genauso als Unrecht anzuerkennen, wie sich die Deutschen seit Kriegsende zu ihrer eigenen Schuld bekannt haben" und endlich ihre "Einwilligung" zur "Lösung der deutschen Frage" zu erhandeln oder zu erbomben – je nach dem: "Die Amerikaner besitzen mit diesem Projekt (SDI) ... ein Mittel, das entscheidende sowjetische Konzessionen erzwingen kann." – (jöd, mas)



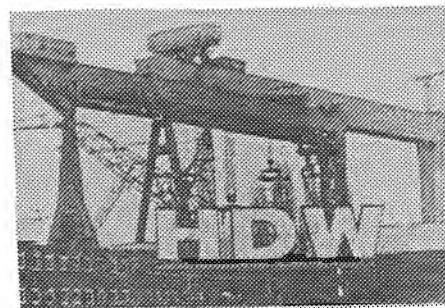
Geschäftserwartungen

Der Sachverständigenrat hat sein Jahresgutachten vorgelegt. Die Konjunktur läuft, der Export blüht, und auch für 1987 sehen die Sachverständigen noch keine Anzeichen einer Geschäftsverschlechterung. Dennoch: Die Tarifabschlüsse müßten 1987 niedriger ausfallen als in diesem Jahr, sonst drohe ein Rückschlag. Das soll

den Gewerkschaften von vornherein die Verantwortung für konjunkturelle Rückschläge aufhängen und den Kapitalisten bei weiteren Lohnsenkungen helfen. Während so die Reallöhne gerade in den unteren Lohngruppen weiter gedrückt werden, schwimmen die großen Monopole geradezu in Geld und kaufen ständig neue Unternehmen auf. Wie wollen sie ihre Expansion weiter beschleunigen?

Österreich nach den Wahlen: Mehr Privatisierung, rein in EG

Die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) tritt für die verstärkte Privatisierung der verstaatlichten Industrie ein; die Österreichische Volkspartei (ÖVP) macht sich für eine neue Steuer- und Rentenreform stark. Klar ist, daß im nächsten Jahr in der verstaatlichten Industrie mehrere tausend Arbeiter entlassen werden sollen. Die Arbeitslosenrate ist in den letzten Jahren drastisch gestiegen. Grund für die Kapitalisten, von den Arbeitern in Tarifverhandlungen Nullabschlüsse zu fordern. Die Exportfähigkeit steigern ist die Devise. Eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft wird vehement angestrebt. Der großdeutsche Zweck heiligt die Mittel.



Werften

Millionenaufträge für HDW – so tönt es nun seit Wochen durch die Medien. Arbeitsplätze bis Ende 1988 gesichert. Vorstand der HDW und Salzgitter AG stampfen angeblich das Unternehmenskonzept für die nächsten Jahre ein, da dafür aufgrund geänderter Auftragslage kein Bedarf besteht. In der jüngsten Vergangenheit wurden



ähnliche Aufträge wie für die American-President-Line (Container-Frachter) mit Millionen Unterdeckung hereingenommen. Nach Ablieferung der Schiffe wurden noch Gewinne gemacht. Bis zu 35% wurde die Produktivität gesteigert. Ohne eine organisierte Gegenwehr lassen sich weder die Intensivierung der Arbeit noch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zurückgeschlagen.

BRD-Außenpolitik und internationaler Klassenkampf

Die Beurteilung der Rolle der BRD im internationalen Klassenkampf geht weit auseinander. Dringende Aufgaben wie etwa der Kampf gegen die Unterstützung des südafrikanischen Apartheidsystems durch die imperialistische Welt, darunter führend die BRD, sowie gegen die Herausbildung einer nach außen aggressiven und im Innern faschistoiden Sicherheitszone Europa unter führendem Einfluß der BRD werden nicht gelöst werden können, wenn Ideen grassieren, daß der Imperialismus die Dritte Welt entwickle oder die EG lediglich Handel und Wandel diene. Wir wollen eine Polemik gegen solche Ansichten beginnen, wie sie im "Beilagenkreis" v.a. aus Kreisen der KG (NHT) zu hören sind.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend, Gefängnisse 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle**. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – **Nachrichten Stahl- und Metallindustrie**. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik

– **Nachrichten, Analysen, Mitteilungen**. Preis je Heft 1,20 DM

– **Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** Preis je Heft 0,50 DM

Bezugsbedingungen für alle Hefte wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen

Großen Döbelnstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

M 2, 7, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21 6442
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21 1658. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmar Elsgehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP.